Dienstag, 8. Mai 1984 - D ✱✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 107 - 19.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 120,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Konsolidierung: Das Defizit im Bundeshaushalt wird 1984 voraussichtlich unter 30 Milliarden Mark sinken, erklärt Bundeskanzler Kohl vor dem Hamburger Übersee-Club. Der im Dezember verabschiedete Etat sieht 33,6 Milliarden Mark Defizit vor.

Rektoren warnen: Vor weiteren Einsparungen im Hochschulbereich warnt der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Berchem. Die Zahl der Studienanfänger sei seit Mitte der siebziger Jahre um 30 Prozent gestiegen; dennoch sei das wissenschaftliche Personal nicht aufgestockt worden. (S. 4)

Arafat bei Deng: Der chinesische Spitzenfunktionär Deng Xiaoping sicherte dem PLO-Chef politische und militärische Unterstützung zu, meldet dpa aus Peking.

Favoriten-Siege: Bei den Präsidentschaftswahlen in El Salvador erklärt sich der Christdemokrat Duarte zum Sieger; in Ecuador gewann der Christdemokrat Febres Cordero. Der Ausgang der Wahl in Panama war gestern noch unklar.

Hinrichtungswelle: In vier Tagen sind in Peking Ende April 23 Todesurteile vollstreckt worden. Auch aus dem Landesinneren werden Exekutionen gemeldet. Seit August 1983 sollen 15 000 Todesurteile in China vollstreckt worden sein.

Konkrete Abkommen: Außenminister Genscher fordert von der Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) konkrete Vereinbarungen. „Die bloße Bekräftigung friedlicher Absichten unter Verzicht auf konkrete, nachprüfbare Schritte" genüge nicht.

Libanon: Der Chef der schiitischen Miliz, Berri, wurde zum Staatsminister für Südlibanon und für den Wiederaufbau ernannt. Damit ist das Haupthindernis für die Bildung einer Koalitionsregierung beseitigt.

Abrüstung: Bonn hat sich von dem Vorschlag des italienischen Regierungschefs Craxi für einen Stationierungsstopp für Mittelstreckenraketen in West und Ost distanziert. Ein Moratorium sei nicht der richtige Weg.

Lebenslänglich für Boock: Der 32jährige RAF-Terrorist ist in Stuttgart zu dreimal lebenslänglich und 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Er war an mehreren Morden, unter anderem an Arbeitgeberpräsident Schleyer und Bankier Ponto, beteiligt. (S. 8)

Heute: Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) beginnt zweite Sitzungsperiode in Stockholm. – CDU-Präsidium tagt zur Vorbereitung des Parteitags. – EG-Agrarminister setzen in Brüssel Beratungen fort.

ZITAT DES TAGES

» Es ist die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts, die den Frieden unter den europäischen Völkern gefährdet «

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, auf einer Tagung von Europapolitikern im Berliner Reichstagsgebäude (S. 4)

FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Dollar-Hausse: In Erwartung steigender US-Zinsen hat der Dollar gestern in hektischem Handel an den internationalen Devisenbörsen kräftig zugelegt. In Frankfurt stieg der Kurs um vier Pfennig auf 2,7540 DM. (S. 9)

Öffentlicher Dienst: Die Zahl der Beschäftigten ist zwischen 1961 und 1982 um 81,3 Prozent auf 3,3 Millionen gestiegen. Jeder fünfte Arbeitnehmer wird vom Staat bezahlt. (S. 9)

Ostblock: Moskau und Warschau vereinbarten einen neuen Wirtschaftsvertrag bis zum Jahr 2000. Die Polen wollen mehr Schiffe, Computer und Maschinen liefern, die Sowjets mehr Energie.

Börse: Zum Wochenbeginn wurden die Aktienmärkte von der Streikdrohung in der Metallindustrie weitgehend gelähmt. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 152,1 (153,1). Dollarmittelkurs 2,7540 (2,7100) Mark. Wegen eines Feiertages war der Londoner Goldmarkt geschlossen.

KULTUR

Oper: Irritationen löste Juri Ljubimow in Florenz mit seiner Inszenierung des „Rigoletto" für das Maggio Musicale Fiorentino aus. Verdi, so höhnten Kritiker, würde sich in seiner Grabesruhe gestört fühlen. (S. 15)

Lagerhaft: Zur Höchststrafe von sieben Jahren Lagerhaft und fünf Jahren Verbannung wurde in Leningrad der Literaturwissenschaftler Michail Mejlach verurteilt. Die Anklage lautete auf antisowjetische Agitation und Propaganda – gemeint war offenbar die Veröffentlichung einer wissenschaftlichen Arbeit im Ausland und die Kontaktaufnahme zu ausländischen Kollegen.

SPORT

Olympia: Das Olympische Feuer für die Spiele in Los Angeles wurde gestern im Heiligen Hain von Olympia entzündet. Vor dem Rathaus der Stadt gab es eine Demonstration gegen die Vermarktung des Feuers in Amerika.

Leichtathletik: In Taschkent stellte der sowjetische Hochspringer Sergej Sossimowitsch mit 2,36 Meter eine neue Weltjahres-Bestleistung auf. Der 22jährige steigerte sich gegenüber dem Vorjahr gleich um sieben Zentimeter.

AUS ALLER WELT

Hackethal: Wegen Verdachts des Totschlags hat die Staatsanwaltschaft Traunstein ein Ermittlungsverfahren gegen Professor Julius Hackethal eingeleitet. Bei dem Fall geht es um Sterbehilfe für eine unheilbar krebskranke Frau, der der Arzt auf ihren eigenen Wunsch Zyankali besorgt hatte.

TV-Skandal: Nach einem Sturm öffentlichen Protestes gegen die Ausstrahlung eines pornographischen Films mußte der Intendant des staatlichen TV-Senders ERT-2 in Athen zurücktreten. (S. 16)

Wetter: Anfangs bedeckt und zeitweise Regen, im Laufe des Tages Aufheiterung. 10 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Amnestiegesetz: Kohl will auf dem Parteitag um Verständnis werben

„Ein Akt der politischen Fairneß" / Biedenkopf kritisiert das Verfahren

DW. Bonn

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, will das Forum des am Mittwoch in Stuttgart beginnenden 10. Bundesparteitages der CDU dazu nutzen, um mit der Autorität des Regierungschefs das Amnestiegesetz für Steuersünder im Zusammenhang mit Parteispenden zu verteidigen. Nach dem Vorsitzenden der Jungen Union, Christoph Böhr, und Repräsentanten der FDP aus Hessen, Schleswig-Holstein, Berlin und Hamburg ging auch der westfälische CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf auf Distanz zu dem Gesetzentwurf der Bonner Koalition. Biedenkopf, der an der Spitze des mit mehr als 130 000 Mitgliedern zweitstärksten CDU-Landesverbandes steht, sagte der dpa: „Ich habe Verständnis für diejenigen, die das Verfahren kritisieren." Biedenkopf stimmte aber dem Grundanliegen ausdrücklich zu, daß Spendern, die an vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannte Organisationen spendeten, jetzt nicht der Prozeß gemacht werden dürfe. Es gebe allerdings ein Defizit in der Erläuterung dieses Grundgedankens.

Dieses Defizit zu beseitigen, bemühten sich gestern Regierungskreise in Bonn. Der stellvertretende Regierungssprecher Jürgen Sudhoff beschrieb die Meinung des Kanzlers mit den Worten, es gehe bei der angestrebten Amnestie um einen „Akt politischer Fairneß", nicht diejenigen nachträglich zu „kriminalisieren", die im Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens gehandelt hätten.

In Bonn wurde darauf hingewiesen, daß es sich bei den betroffenen Personen mehrheitlich um Vertreter der mittelständischen Industrie „bis

SEITE 3:
Weitere Beiträge

zum Handwerksmeister" handle. Die Mehrzahl dieser Bürger sei sich einer Schuld nicht bewußt gewesen, nachdem bei Betriebsprüfungen durch die Finanzämter jahrelang keine Beanstandungen erhoben worden seien. Nun habe für den Herbst dieses Jahres eine „riesige Welle von Verfahren" gedroht, die für unbescholtene Bürger unzumutbar gewesen wären. Gleichzeitig wurde jedoch eingeräumt, daß die Amnestie nicht nur für Spender, sondern auch für die Schatzmeister der Parteien und ihre „Gehilfen" gedacht sei.

Bonner Regierungskreise reagierten gestern durchaus nachdenklich auf Proteste aus den eigenen Reihen. Wie es hieß, war die Information über das Amnestievorhaben deshalb auf den engsten Kreis der Parteispitzen begrenzt worden, damit der Gesetzentwurf nicht „im Vorfeld zerredet" würde. Die CDU/CSU-Fraktion sei, wie eingeräumt wurde, nicht nach der „normalen Prozedur" informiert worden. Aus der CDU war aber zu erfahren, daß alle Präsidiumsmitglieder vorher unterrichtet worden seien.

Die größte Gefahr droht dem Gesetzentwurf nach Ansicht unterrichteter Regierungskreise von Seiten der FDP, deren Bundesparteitag vom 1. bis 3. Juni in Münster „vermutlich vom Spendenthema beherrscht" sein werde. Es sei zweifelhaft geworden, ob der Gesetzentwurf, wie geplant, bis zur Sommerpause verabschiedet werden könne.

Die CSU-Landesgruppe hat nach Angaben ihres parlamentarischen Geschäftsführers Wolfgang Bötsch einstimmig für die Vorlage votiert. Nach einem Jour fixe der CSU-Bundesminister beim Parteivorsit-

● Fortsetzung Seite 8

Kanzler mahnt die Tarifparteien

Urabstimmung der IG Metall in Hessen / Spitzengespräch noch vor dem Streik?

GÜNTHER BADING, Bonn

Unmittelbar vor der zweiten Urabstimmung der IG Metall über einen Streik zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich hat Bundeskanzler Helmut Kohl an die Tarifparteien appelliert, „den Weg der Vernunft zu gehen und es nicht zum Äußersten kommen zu lassen". Im Tarifgebiet Hessen werden heute und morgen rund 90 000 stimmberechtigte Gewerkschaftsmitglieder befragt, ob sie zur Durchsetzung der Forderung nach Wochenarbeitszeitverkürzung in einen Arbeitskampf gehen wollen. Bei der Urabstimmung im Tarifgebiet Nordwürttemberg / Nordbaden hatten sich nach Angaben der IG Metall 80,05 Prozent für den Streik ausgesprochen.

Nach dem Votum für einen Arbeitskampf um die 35-Stunde-Woche im Südwesten haben sowohl der Arbeitgeberverband Gesamtmetall als auch die Spitze der Gewerkschaft ihre grundsätzliche Bereitschaft zu weiteren Gesprächen betont. Der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr sagte, es könne in einer Tarifrunde keine „verhandlungsfreie" Zeit geben; neue Angebote der Arbeitgeber würden Tag und Nacht entgegengenommen.

Mit neuen Kontakten der Spitzenfunktionäre wird allerdings nicht vor Mittwochabend oder Donnerstagmorgen gerechnet. Dann erst wird das Ergebnis der Urabstimmung in Hessen vorliegen. Beide Seiten erhoffen sich von dieser Befragung der organisierten Metallarbeiter weiteren Aufschluß über die tatsächliche Kampfbereitschaft der „Metaller". Das Urabstimmungsergebnis aus Baden / Württemberg steht im Gegensatz zu den Äußerungen der Arbeitnehmer in einer Reihe von Umfragen aus jüngster Zeit.

Nach über 70 regionalen Tarifverhandlungen ohne Einigung und zwei Spitzengesprächen ohne Annäherung beharren beide Seiten noch auf ihrer Ausgangsposition: Die IG Metall will den Einstieg in die 35-Stunden-Woche ohne Lohnabstriche entsprechend der verkürzten Arbeitszeit. Gesamtmetall hält noch am Angebot fest, die Löhne um 3,3 Prozent zu erhöhen, den älteren Arbeitnehmern ab 58 Jahren eine Tarifrente von 70 Prozent des Monatsbruttos zu geben und zusätzliche Freizeit als Gegenleistung für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit zu gewähren. Die 40 Wochenstunden müßten allerdings in einem neuen Tarifvertrag „Meßlatte" bleiben, hieß es bei Gesamtmetall. Tarifexperten suchen die Lösung derzeit in einem Vergleich mit früheren Abschlüssen zur Arbeitszeitverkürzung. Man geht dabei von einem Verteilungsspielraum aus Produktivitätsfortschritt und Inflation von bis zu fünf Prozent aus. Als eine der zahlreichen Lösungsmöglichkeiten käme etwa die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden sowie eine knapp bemessene Lohnerhöhung um zwei Prozent in Frage. Voraussetzung für eine solche Lösung wäre allerdings eine Verlängerung der Laufzeit des Tarifvertrages. 1966 / 67 war ein ähnlicher Kompromiß gefunden worden. Damals wurde die wöchentliche Arbeitszeit von 41¼ auf 40 Stunden gesenkt; die Löhne wurden in drei Stufen um 6,0 Prozent, 1,9 Prozent und 3,1 Prozent erhöht – der Tarifvertrag hatte eine Laufzeit von 27 Monaten.

Rund 10 000 Metallarbeiter beteiligten sich gestern im Bezirk Hessen an Mobilisierungs-Kundgebungen der IG Metall für die Urabstimmung. Tarifexperte Hans Janßen rief in Herborn dazu auf, „lieber heute Opfer zu bringen und in den Streik zu gehen, als morgen vor den Arbeitgebern zu Kreuze zu kriechen".

Die meisten Nein-Stimmen in Ost-Berlin

99,88 Prozent für Einheitsliste der Nationalen Front bei den Kommunalwahlen in der „DDR"

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die „Kommunalwahl" in Mitteldeutschland ging am Sonntagabend mit den erwarteten Ergebnissen aus: Statt 21 229 Bürgern oder 0,18 Prozent wie vor fünf Jahren sprachen sich diesmal lediglich 14 683 Wähler (0,12) von rund 12 Millionen gegen die Einheitsliste aus. Mit 0,40 Prozent Gegenstimmen hielten auch diesmal wieder die Ost-Berliner die Spitzenstellung unter den wenigen Wählern, die in der Wahlkabine den Zettel durchstrichen.

Um 21.53 Uhr unterbrach das Ostberliner Fernsehen sein Schlager- und Liederfestival, um Politbürosekretär Egon Krenz das Wort zu geben. Krenz, der als designierter Nachfolger Erich Honeckers gilt, war als Vorsitzender der Wahlkommission bewußt herausgestellt worden.

Nach Aussage von Krenz erschienen von 12,468 Millionen „DDR"-Bürgern über 18 Jahren 99,37 Prozent oder 12,389 Millionen in ihrem Wahllokal. Lediglich 2982 Stimmen waren ungültig. Für die Liste der „Nationalen Front", mit der rund 200 000 Mandate in den Ostberliner Stadtverordnetenversammlungen, in Bezirks- und Kreistagen vergeben wurden, sprachen sich demnach 12,37 Millionen oder 99,88 Prozent aus.

Das „DDR"-Fernsehen hatte nach westlichem Muster ein Wahl-Sonderstudio aufgebaut und unterbrach jeweils das Programm für „neue Meldungen". Angesichts dieser Massenkampagne, bei der die offene Abgabe des gefalteten Stimmzettels an der Tagesordnung war, verzichtete man allerdings darauf, etwa „Hochrechnungen" vorzunehmen.

In SED-Kreisen war vor dem Wahlgang, den viele „DDR"-Bürger mit dem Ende der großzügig gehandhabten Ausreise-Welle in Verbindung brachten, eine gewisse Unsicherheit zu spüren. Angesichts der Auseinandersetzungen mit unabhängigen Friedensgruppen und kirchlichen Initiativen vor allem in Jena, Weimar und Erfurt sind die diesjährigen Wahlergebnisse in diesen Städten besonders unglaubwürdig. Denn während beispielsweise noch 1979 in Jena 0,24 Prozent Gegenstimmen verzeichnet wurden, sollen es jetzt lediglich 82 oder 0,10 Prozent gewesen sein. Für Erfurt lauten die Vergleichszahlen 0,23 (1979) zu 0,05.

Wie vor fünf Jahren blieben auch am 6. Mai relativ am häufigsten die Ost-Berliner der Wahl fern. Am „Prenzlauer Berg", einem traditionellen Arbeiterviertel, belief sich die Wahlbeteiligung nur auf 96,75 Prozent. Die Zahl der Nein-Stimmen erreichte hier 0,51 Prozent oder 612 Stimmen. Selbst in der Trabantensiedlung Marzahn, in der viele „gesellschaftlich aktive" Mieter wohnen, gab es 291 (0,28) Nein-Stimmen.

Seite 2: Bruchteil-Zustimmung

Plant Iran Umsturz in Saudi-Arabien?

Pakistanische Militärberater im Solde Teherans / Absprache mit Islamabad und Damaskus

DW. Beirut

Ein Großteil der pakistanischen Offiziere und Sicherheitsberater, die in den saudi-arabischen Streitkräften und Geheimdiensten beschäftigt sind, steht nach Berichten aus Riad im Solde iranischer Stellen, die einen Umsturz in Saudi-Arabien vorbereiten.

Geführt werde das Unternehmen von der „Islamischen Aktion" des Ayatollah Mohammed Shirazi und von dem Geistlichen Hadi Moudarrasi. Beide koordinieren die Kontakte mit den pakistanischen Militärberatern in Saudi-Arabien. In Saudi-Arabien sind nach Informationen aus westlichen Nachrichtenkreisen etwa 10 000 Pakistanis als Sicherheitsberater tätig. Die Subversions- und Geheimdiensttätigkeit der Pakistaner konzentriert sich auf die Luftwaffe, die Panzertruppe, aber auch die Nationalgarde.

„Die Islamische Aktion" (El Amal el Islami) arbeitet dabei eng mit der „Organisation der Pilger" (Hadj), die vom iranischen Geistlichen Khoynaha geleitet wird, der auch stellvertretender Vorsitzender der Abgeordnetenkammer in Teheran ist. Beide Organisationen versuchen mit Hilfe der pakistanischen Berater in den saudi-arabischen Sicherheitskräften sowie mit eigenen Agenten das saudische Regime in den kommenden Sommermonaten zu destabilisieren. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es im August und September, dem Höhepunkt der Pilgerreisen nach Mekka, zu Subversionskampagnen kommen wird.

Die Zusammenarbeit zwischen persischen Stellen und den pakistanischen Beratern ist in groben Zügen zwischen Teheran und Islamabad abgesprochen. Die iranisch-pakistanischen Beziehungen haben sich bemerkenswerterweise in den vergangenen Monaten erheblich verbessert. Teheran bemüht sich dabei, den Dreierpakt zwischen der Türkei, Pakistan und Iran wiederzubeleben, der nach dem Sturz des Schahs zunächst annulliert worden war.

Nach Berichten aus Islamabad versuchen iranische Stellen bereits in Pakistan Offiziere, die als Berater für Tätigkeiten in Saudi-Arabien in Frage kommen, für ihre Zwecke zu mobilisieren. Es ist anzunehmen, daß auch Damaskus über die Pläne Teherans informiert ist.

DER KOMMENTAR

Zweierlei Maß

HERBERT KREMP

Mit ihrem Spenden-Amnestiegesetz ist die Regierungskoalition unter schweres Feuer geraten. Anstoß erregt die Überraschungstaktik, mit der die Spitzen der drei Regierungsparteien eine Sache durchzupeitschen versuchten, die mit ausgeruhten Argumenten und einer Serie überzeugender Fallbeispiele vertreten werden muß.

Man weiß, worum es geht. Infolge jahrzehntelangen Versäumnisses des Gesetzgebers ist in der Bundesrepublik eine Spendenpraxis zugunsten der Parteien eingerissen, die sich am Rande der Legalität bewegte, in zahlreichen Fällen auch jenseits des positiven Rechts. Da gibt es nichts zu deuteln. Aber wer waren die Mitwisser? Die Betriebsprüfer der Finanzämter, die Oberfinanzdirektoren, die Finanzminister der verschiedenen Färbungen, die Schatzmeister der Parteien, die Kanzler, einschließlich der Herren Brandt und Schmidt, die Abgeordneten auf allen Seiten des Hohen Hauses, die Parteifunktionäre – also alle, alle. Nur die Spender wußten weniger als alle Herren der Politik, die als kundige Pfadfinder dem großen und kleinen Geld den Weg gewiesen hatten.

Genau dies will ein Teil der Politiker aber plötzlich nicht mehr wahrhaben. Dabei ist es eine in den Archiven festgehaltene Tatsache, daß die sozialliberale Koalition die ersten Versuche unternommen hatte, der Spenderpraxis das Illegale zu nehmen. Sie hatte unter dem 21. November 1981 einen entsprechenden Gesetzentwurf aller Parteien auf den Weg gebracht, der neben einer Grundgesetzänderung eine Steuersünder-Amnestie vorsah. Als das nicht funktionieren wollte, kam der SPD-Abgeordnete Gnädinger (Staatsanwalt a.D.) auf die Idee, jeden Spender straffrei zu setzen, der sich selbst bezichtige und in Form „tätiger Reue" die Steuern nachzahle. Der Plan scheiterte an der SPD-Fraktion, deren Oberherren Brandt und Wischnewski darüber sehr betrübt waren.

Die Politiker waren in der Frage der Amnestie aber nicht immer so prüde. Im März 1970 beispielsweise verabschiedete die damalige Brandt-Koalition ein „Gesetz über Straffreiheit", das im Zusammenhang mit der Reform des Demonstrationsstrafrechts solchen Tätern zugute kommen sollte, die bei politischen Protestzügen gegen das geltende Recht verstoßen und einiges kurz und klein geschlagen hatten. Dieselben Politiker und Medien, die heute schäumen, hatten damals Freudentränen in den Augen. So wird munter mit zweierlei Maß gemessen.

200 000 gingen für Sowjetjuden auf die Straße

DW. New York

Rund 200 000 Menschen haben in New York dagegen demonstriert, daß Moskau zahlreichen Sowjetbürgern jüdischer Herkunft die Ausreise in den Westen verwehrt. An der Spitze des Demonstrationszuges marschierte die Frau des inhaftierten sowjetischen Dissidenten Anatolij Schtscharanski. Der Protestmarsch durch die Straßen von Manhattan endete mit einer Massendemonstration auf einem Platz in der Nähe des UNO-Gebäudes.

Der Protestmarsch und die Kundgebung, die am Vorabend des 36. Jahrestages der Unabhängigkeit Israels stattfanden, waren die größten Veranstaltungen seit Beginn der „Solidaritätsmärsche" für sowjetische Juden vor 13 Jahren. Im Zug befanden sich junge Menschen in gestreifter Gefängniskleidung. Banner mit der Aufschrift „Let my people go" (Laßt mein Volk ziehen) wurden mitgeführt.

Die Zahl der von Moskau erteilten Auswanderungsgenehmigungen ist in letzter Zeit drastisch zurückgegangen. Während 1979 noch mehr als 51 000 Juden die UdSSR verlassen durften, ist 1983 lediglich 1314 Juden die Ausreise gestattet worden, teilten jüdische Organisationen in New York mit. In der Sowjetunion lebten noch 400 000 Juden, die nach Israel auswandern wollten. US-Präsident Reagan beschuldigte die Sowjetunion in einem Telegramm an die Veranstalter, die Menschenrechtsvereinbarungen von Helsinki zu verletzen, indem sie „Hunderttausende von Juden" an der Ausreise hindere.

Bonn bestätigt Kontakte mit Albanien

kr. Bonn

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Albanien wird schrittweise die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vorbereitet. Dies wurde gestern von offizieller Seite in Bonn bestätigt, nachdem in der vergangenen Woche in der Bundeshauptstadt zum erstenmal informelle Gespräche zwischen den beiden Ländern auf hoher Beamten-Ebene geführt worden waren.

Ausdrücklich wurde dabei betont, daß es sich um Vorgespräche handele, die fortgesetzt werden sollten. Vorgespräche dieser Art werden seit längerem in Wien zwischen dem deutschen und dem albanischen Botschafter geführt.

Dem Ziel der Aufnahme diplomatischer Beziehungen steht immer noch die Forderung Albaniens an die Bundesrepublik nach der Zahlung von Kriegs-Reparationen entgegen. Albanien war 1939 zunächst von italienischen Truppen, später von der Deutschen Wehrmacht besetzt worden. Die Bundesregierung ist nicht bereit, Reparationen zu zahlen. Dem Anschein nach wäre die albanische Regierung jedoch an deutscher Wirtschaftshilfe interessiert.

Albanien steht unter der Führung des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Enver Hodscha, außenpolitisch isoliert da. Nach dem Bruch mit Moskau 1956 und dem Austritt aus dem Warschauer Pakt 1968 hatte sich Hodscha der Volksrepublik China angenähert. Nach dem Tode Mao Zedongs brach er jedoch auch mit der neuen Führung in Peking.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bruchteil-Zustimmung

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Wahlergebnisse in der „DDR" sagen nichts darüber aus, was unsere Landsleute drüben wirklich denken. Sie lassen jedoch gut erkennen, was sich das Regime denkt. Im Fall der sogenannten Kommunalwahlen dieses Sonntags hatte das Regime einen ebenso klaren wie unwiderstehlichen Wunsch: Im Vergleich zur Kommunalwahl 1979 sollten eine höhere Wahlbeteiligung, eine noch höhere Quote der Zustimmung zur Einheitsliste, deutlich geringere Wahlenthaltung, weniger ungültige Stimmen und vorzeigbar weniger Nein-Stimmen herauskommen. Und da der Wunsch des Regimes Befehl ist, hat das auch geklappt.

Da die Wahlfarce, Merkmal der Diktatur, von vornherein mindestens 99 Prozent Zustimmung garantiert, äußern sich die gewünschten Nuancen in mikroskopischen Unterschieden von Hundertsteln, höchstens Zehnteln eines Prozents. So ist es zum Beispiel ein toller Erfolg, daß die ungültigen Stimmen von 0,03 auf 0,02 Prozent zurückgegangen sind, hingegen die Zustimmungsquote um ganze 0,06 Prozentpunkte gestiegen ist. Jubel über Jubel.

Wenden wir uns den Nein-Stimmen zu. 1979 waren es 21 229 gleich 0,18 Prozent; am Sonntag wurden 14 683 gleich 0,12 Prozent „gezählt". Es errechnet sich, Dank sei Adam Riese, ein kolossaler Schwund von 0,06 Prozentpunkten, und das sind akkurat jene 0,06 Prozentpunkte, um welche der Zustimmungswert in die Höhe geschossen ist.

Man stelle sich vor: Die 25 400 Einwohner der „DDR", die bis Ende April im Zuge der Ausreisewelle in die Bundesrepublik gekommen sind, hätten nicht mit behördlichem Segen übersiedeln dürfen und am Sonntag mit Nein gestimmt! Die schöne Wahlarithmetik wäre im Eimer gewesen – vorausgesetzt, irgend jemand glaubte wirklich, daß die veröffentlichten Zahlen des Wahlergebnisses stimmen. Das einzige Wahlgeheimnis ist ja wohl, wieviel Nein-Stimmen tatsächlich abgegeben worden sind. Aber die Zahl von 25 400 Ausgereisten wirft einen Trugschimmer von Glaubwürdigkeit auf den vorgeblichen Rückgang der Nein-Stimmen. War dies das Motiv für die Ausreisewelle, die kennzeichnenderweise kurz vor der Kommunalwahl wieder abgewürgt wurde?

Duartes Sieg

Von Manfred Neuber

Der Wahlsieg des Christdemokraten Duarte in El Salvador entfacht einen Hoffnungsschimmer über der düsteren Szenerie Mittelamerikas – mehr aber nicht. Vom Anfang einer Wende zum Frieden zu reden wäre verfrüht.

Duarte steht für die freie Entscheidung eines Volkes über seinen politischen Weg. Das erhebt ihn über die angemaßte Macht der Comandantes in Nicaragua. Als gewählter Präsident verdient er die Unterstützung des Westens.

Durch seinen Wahlerfolg wird die massive US-Hilfe für El Salvador legitimiert und für die Zukunft erleichtert. Ohne ein „Mann Washingtons" zu sein, zu dem ihn Guerrilla und Oligarchie abzustempeln suchen, bietet Duarte die einzige Aussicht, daß Reagans Strategie in Mittelamerika aufgehen kann.

Insoweit findet er Rückhalt; doch die Position des neuen Präsidenten im eigenen Lande bleibt prekär. Ohne Mehrheit im Übergangsparlament, angefeindet von einflußreichen Wirtschaftskreisen und Militärs, muß er um die tatsächliche Regierungsgewalt noch kämpfen.

Wenn die Linkskräfte den Wunsch der Salvadorianer nach Beendigung des Bürgerkrieges achteten und nicht länger für eine ferngesteuerte Revolution kämpften, sollte eine Waffenruhe als erster Schritt zu Friedensgesprächen eingehalten werden. Duarte streckt die Hand aus. Wird sie von Guillermo Ungo, seinem früheren Freund, dem heute führenden politischen Kopf der Guerrilla, ausgeschlagen?

Der furchtlose Volkstribun Duarte ist von einem Sendungsbewußtsein erfüllt, das Berge versetzen könnte. Ihm wird nicht gerecht, wer ihn als ahnungslosen Robin Hood abtun wollte, der da glaubt, die sozialen Probleme in El Salvador durch Umverteilung lösen zu können.

Wie wenig ein friedliches Land in Ruhe leben kann, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt, unterstreicht das Ersuchen Costa Ricas um amerikanisches Militärgerät nach wiederholten Übergriffen der Sandinisten an der Grenze zu Nicaragua. Seit 1949 ohne eigene Armee und auf seine Neutralität vertrauend, hat man in San José jetzt eingesehen, daß die marxistische Revolution keine Friedenszonen respektiert.

O Heimat-Land

Von Uwe Bahnsen

Es ist gewiß keine sachfremde Unterstellung, wenn man einflußreichen Gewerkschaftsführern dieser Republik attestiert, daß es ihnen bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern nicht nur um die 35-Stunden-Woche und dazugehörige Fragen, sondern sehr handfest auch um mehr Macht geht. Es liegen genügend Aussagen dazu vor, die eine solche Feststellung rechtfertigen.

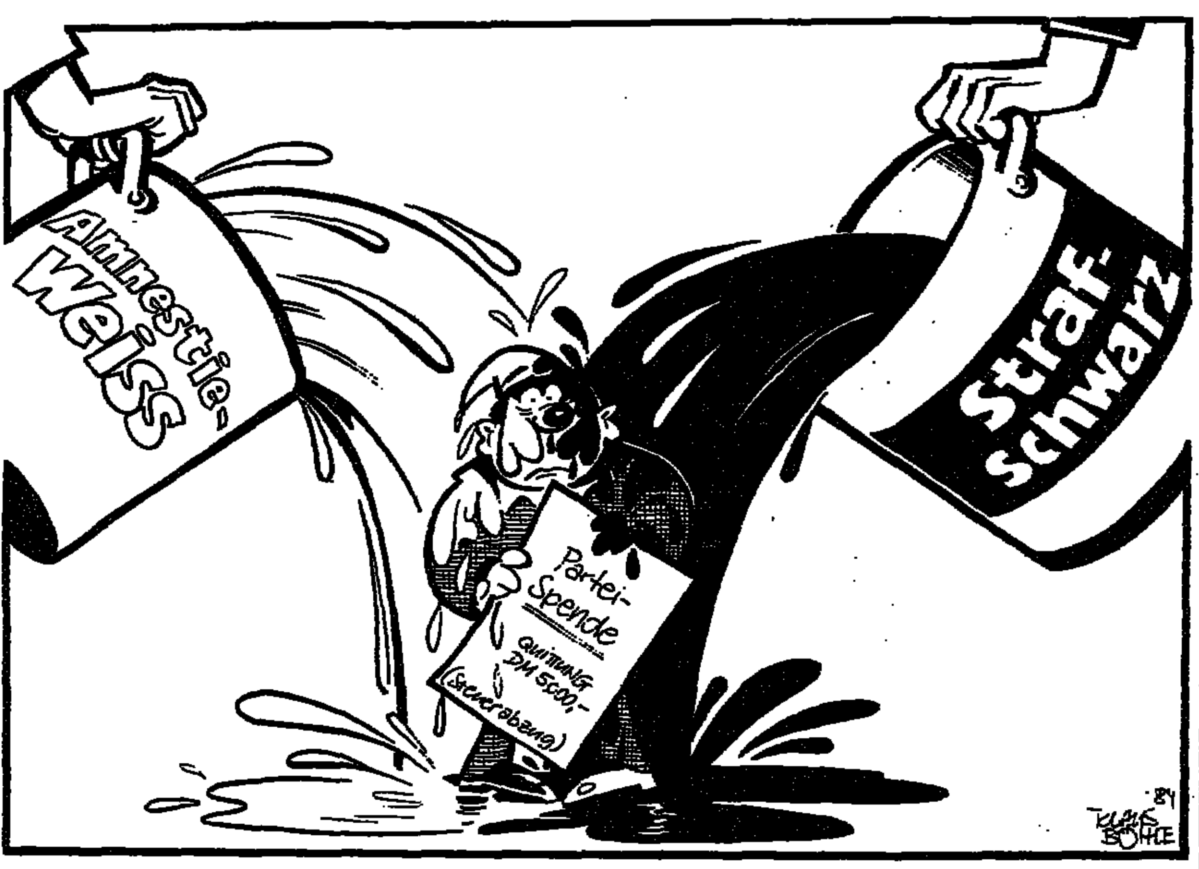
Das reizt naturgemäß zu der Frage, wie die Gewerkschaften selber mit dieser Macht umgehen, deren Ausweitung sie so beharrlich erstreben. Zwecks Beantwortung tut man gut daran, sich vor allem dort umzusehen, wo die Gewerkschaften ganz unbezweifelbar Herren im eigenen Hause sind – nicht gestört von ausbeuterischen Kapitalisten oder profitgierigen Bankiers, kaum behelligt auch durch Mitbestimmung.

Das riesige Unternehmensimperium des DGB bietet insoweit allerlei Vergleichsmöglichkeiten zwischen privat- und gemeinwirtschaftlichen Methoden. Das sozialpolitische Verantwortungsbewußtsein des Arbeitgebers Gewerkschaften etwa stellt sich in etlichen bekanntgewordenen Fällen als beklagenswert unterentwickelt heraus.

Und was das geltende Recht betrifft: Zu dieser Spezialfrage bieten die Verhandlungen des „Neue Heimat"-Untersuchungsausschusses in Hamburg derzeit einen so instruktiven wie bedrückenden Anschauungsunterricht. Die Gelassenheit, mit der Gewerkschaftsmanager ungehindert Jahr um Jahr gesetzliche Bestimmungen wie einen kleinen Stolperdraht behandelt haben, beglückt den Steuerzahler nicht; daß besagter Steuerzahler zudem nach allen Regeln des Frühkapitalismus zur Kasse gebeten wurde, rundet das Bild ab.

Das alles geschah vor dem Hintergrund einer klar definierten Aufsichtspflicht der Gewerkschaftsführer in den dafür berufenen Gremien. Zu den Sitzungen erschienen sind die „Kollegen" eigentlich immer. Von solchen Praktiken gehört und gesehen freilich haben sie kaum etwas – und nachgefragt schon gar nicht.

Es war, sozusagen, der Gewerkschaftsstaat en miniature.



Gemischte Gefühle ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die pazifische Predigt

Von Alfons Dalma

Der Zwischenfall mit der Plastikpistole beherrscht die Schlagzeilen und die Bildgeräte, sagt aber nichts über das Ereignis aus. Bestenfalls bedeuten solche Reaktionen etwas über die Beschaffenheit der medialen Wertskala. Die wirkliche Aussagekraft hatten die Bilder, die den Abschied Karol Wojtylas von Korea schilderten. Jene Million oder mehr Menschen in hellen Farben und heiterer Ordnung haben sich zu vielfacher Signalstärke verdichtet.

Daß Johannes Paul II. auch in diesem vielgeprüften, aber von rascher technischer Revolution in die Höhenluft materieller Kultur erhobenen ostasiatischen Land ein solcher Empfang bereitet wird, hat kaum jemand erwartet, wahrscheinlich nicht einmal der Beraterkreis des Papstes. Worauf der Papst selbst gehofft haben mag, dürfte in der unerforschlichen Zone zwischen seinem bodengebundenen praktischen Sinn und seinen prophetischen Impulsen verborgen bleiben. War es indessen seine Absicht, die Präsenz des Christentums und die Mitsprache der römischen Weltkirche auf der asiatischen Seite des pazifischen Raumes möglichst eindrucksvoll und wirksam anzumelden, dann war ihm ein überraschender Erfolg beschieden.

Während jetzt die Reise sieben Tage über weitere Stationen geht, ist nach Seoul eine erste Bilanz fällig, denn Korea war und bleibt das Haupt- und Kernstück der vatikanischen strategischen Operation Fernost. Es ist zwischen Japan und China das zweite Land in der Hierarchie der nachindustriellen Hochentwicklung auf der westlichen Seite des „Mittelmeeres von 2000", jenes Pazifischen Ozeans, an dessen Rändern die neue Konzentration der Weltmacht und des produktiven Reichtums entsteht. Die auch zahlenmäßig nicht unbedeutende, kulturell und geistig aber besonders kraftvolle christliche und in deren Rahmen wieder katholische Minderheit in Korea war eine meßbare Größe, von der aus der Auftakt des päpstlichen Wirkens in den ostasiatischen nichtchristlichen Gefilden, „in terra infidelium", noch am besten denkbar war.

Dem polnischen Papst ist mehr gelungen. Er hat nicht nur vor den Augen der ostasiatischen Völker den Katholiken das Bürger- und Heimatrecht bestätigen lassen, sondern zugleich auch die verschiedenen protestantischen Konfessionen und Gemeinden in diese Legitimierung einbezogen. Ohne besondere Widerstände im eigenen Lager oder in den Reihen der anderen Gemeinschaften hervorzurufen, gelingt es Karol Wojtyla – vielleicht aufgrund der Erfahrung und der Formung seiner Persönlichkeit unter dem Druck des sowjetrussischen Imperiums –, dem katholischen Dogma die Treue wahrend, über dogmatische Zäune hinweg die ökumenische Solidarität nicht nur mit den Christen, sondern mit allen religiösen Menschen glaubhaft zu machen.

Die Million und mehr Menschen zum Abschied auf dem immensen Yoido-Platz, ebenso wie die anderen in diesen Tagen zusammengeströmten Massen, hatten diese mehrfache Bedeutung: Sie waren nicht nur katholisch und sie bildeten auch nicht eine gesichtslose Menge, sondern eine Summe von – wie der Papst unablässig immer wieder hervorhebt – unauswechselbaren und individuellen Prsonen. In einer Zeit der Massengreuel als Folge der kollektivistischen Abwertung des Individuums in Ländern der noch unvergessenen Traditionen der Grausamkeit war die Predigt Johannes Pauls II. – hier, an der Schwelle des pazifischen Raumes der materiellen Zukunft – die Verkündung einer christlichen Botschaft der Menschlichkeit, die dem Zivilisationsfortschritt ein moralisches Ziel voranzusetzen durchaus berufen wäre. Ein Nebenprodukt dieser Grundhaltung war die Tatsache, daß Wojtyla mit seiner Art, über die inneren Konflikte des Gastlandes hinweg zur Eintracht zu mahnen, auch als Reisender in demokratischer Toleranz ein Rezept hinterlassen konnte.



Über Zäune hinweg: der Papst in Korea FOTO: AP

Neuguinea und die Salomoninseln sind in diesem Besuchsprogramm Symbole für die Gleichheit vor Gott und für die evangelische Hoffnung, der kein Keim zu klein ist, um ihm die ganze Beachtung zu schenken. Und der für Thailand geplante Abschluß? Es ist sowohl richtig, daß hier die Reverenz des ersten Bischofs der Christenheit dem heiligen Land des Buddhismus gilt, als auch zutreffend, daß in der freien Nachbarschaft Indochinas die Anwesenheit des Papstes der schweigenden und verfolgten Kirche Vietnams gilt, die einst die größte und vitalste in Ostasien war. In diesen Tagen feiert das Regime in Vietnam seinen Sieg über die Franzosen in Dien Bien Phu als „Befreiungs"-Tat. Was ist Freiheit, wie empfindet der Mensch sie? Viele in Vietnam fragen sich das aufs neue, nicht nur Katholiken, wenn sie von der Botschaft hören, die der Papst so nahe von ihnen und doch so unerreichbar für sie verkündet.

Wenn nun auf dem großen Platz von Seoul der Millionenkundgebung zu Ehren des Papstes das ähnlich große und frohe Geburtstagsfest Buddhas mit seinen Laternenzügen folgt, wird das nicht als Gegensatz, sondern als Einklang empfunden. Das ist ein Effekt der Papstreise. Der andere – nicht zuletzt versinnbildlicht durch die Begegnung zwischen Wojtyla und Reagan in Alaska, auch als Hinweis an die Adresse von Peking – erinnert daran, daß die römische Kirche weit über Europa hinaus ihre Weltzukunft zu begründen trachtet.

IM GESPRÄCH Reinhold Zundel

Sieger in Heidelberg

Von Xing-Hu Kuo

Heidelbergs neuer Oberbürgermeister heißt, wie seit sechzehn Jahren, Reinhold Zundel. Für die nächsten acht Jahre wird er die Geschicke dieser altehrwürdigen Universitätsstadt, deren Alma mater 1986 auf sechs Jahrhunderte zurückblikken kann, in bewährter, wenn auch gelegentlich recht schroffer Weise lenken. Er hat sein Herz in Heidelberg verloren; die SPD hat die Wahl in Heidelberg verloren: Im ersten Wahlgang erhielt Zundel 54,89 Prozent der Stimmen, 32 865 Heidelberger wählten ihn. Sein Hauptgegner, der aus Bonn entsandte ehemalige Schmidt-Planungschef Albrecht Müller, erhielt zum Lohn für einen besonders polemisch geführten Wahlkampf 24 443 Stimmen oder 40,82 Prozent. Der vor allem von Grünen und Alternativen ins Rennen geschickte Manfred Metzner bekam 2312 Stimmen, 3,86 Prozent.



Ein Bücherwurm in der Universitätsstadt: Zundel FOTO: DPA

Der 1930 in Brackenheim bei Heilbronn geborene Zundel trat 1963 in die SPD ein. Bis 1981 war Zundel als Oberbürgermeister ein prominentes, wenn auch unbequemes Mitglied. Anfangs mit Stirnrunzeln, dann mit offener Kritik verfolgte er die immer deutlicher werdende Linkswende der Partei. Der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte, kam 1981, als die Heidelberger SPD von ihm die Rücknahme eines Strafantrags gegen Hausbesetzer forderte. Zundel brach mit der Partei, er trat aus. Dies brachte ihm freilich aus den vormals eigenen Reihen nicht nur Kritik ein. Die Wahl am Sonntag zeigte, daß er bei nicht wenigen gestandenen Sozialdemokraten nach wie vor ein erhebliches Ansehen genießt. SPD-Stadträte haben offen in Heidelberg für Zundel, den jetzt Parteilosen, gegen den Parteikandidaten Müller gekämpft.

Zundel hat an seinem Eintreten für den Rechtsstaat nie einen Zweifel gelassen. Auch für die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten ist er stets entschlossen eingetreten; gerade in Heidelberg als Sitz des US-Hauptquartiers und gleichzeitig Zentrum linker Bewegungen nicht immer eine populäre Position. Nicht wenige Terroristen und Anschläge aus dieser Szene haben mit Heidelberg zu tun.

Als Werkstudent hatte er nach dem Abitur die Fabrikwelt kennengelernt. Der Jurist begann seine berufliche Laufbahn als Magistratsrat im hessischen Langen, dann war er bei den dortigen Stadtwerken tätig. Als Mitarbeiter von Hoechst und der US-Streitkräfte in Frankfurt/Wiesbaden sammelte Zundel weitere Erfahrungen. Mit 28 Jahren, 1958, wurde Zundel Richter; er war nacheinander in mehreren hessischen Städten tätig. Mit 33 wurde er Regierungsdirektor im hessischen Justizministerium in Wiesbaden. Mit 36 Jahren gewann der gebürtige Schwabe die Oberbürgermeisterwahl im kurpfälzischen Heidelberg; dort will der Familienvater (zwei Kinder), der ein passionierter Bücherwurm ist, seine Laufbahn beenden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Ruhr-Nachrichten

Zur Metall-Abstimmung heißt es in dem Dortmunder Blatt:

Die Gewerkschaft sollte jetzt deutlicher sagen, was sie erstreiken will: die 35-Stunden-Woche auf einen Streich bei vollem Lohnausgleich oder eine den Arbeitnehmern plausible Lösung, die etwa den Charakter eines „Einstiegs" haben könnte? Gegen die Maximalforderung wehren sich am härtesten die mittelständischen Unternehmer, weil sie von ihnen am wenigsten zu verkraften wäre. Doch wenn es um neue Arbeitsplätze geht, sind die Erwartungen an die Mittelständler und die kleinen Unternehmer am höchsten. Das weiß auch die Gewerkschaft, und das sollte sie nicht vergessen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Krisensitzung der westlichen Bankenwelt in New York kommentiert die Pariser Zeitung:

Noch nie stand die westliche und freiheitliche Welt so nahe an der Pleite wie zur Zeit. Der im vergangenen Monat in letzter Minute gefundene Ausweg für die argentinische Verschuldung reichte nicht aus, um die gewaltigen Risse im System zu stopfen. Nach einer Woche der totalen Verwirrung auf den Kapitalmärkten, die die Bilanzen der beiden großen amerikanischen Banken offenlegte, mußte alles, was die westliche Welt an Experten, Talenten und Kompetenzen in diesem Bereich zählt, am Sonntagabend in New York zu einer dreitägigen Konferenz zusammenkommen. Der Kapitalmarkt ist zur Zeit derart am Ersticken, daß selbst traditionell zahlungsfähige Länder keine Finanzierungsmittel mehr finden. Schweden, Dänemark, Australien und Frankreich hatten letzte Woche alle Mühe, ihre „Papiere" auf dem Euro-Dollar-Markt unterzubringen ... Es ist deshalb nur logisch, wenn der Wall-Street-Guru Henry Kaufman eine „neue und spektakuläre Steigerung" der Zinssätze voraussagt.

LE FIGARO

Zum 30. Jahrestag der Niederlage von Dien Bien Phu am 7. Mai 1954 schreibt die Pariser Zeitung:

Das Ereignis weckt einige politische Überlegungen. An erster Stelle betreffen sie die Heuchelei, die seit 1945 bis heute zwischen dem gerechten nationalen Befreiungskrieg der Kommunisten und dem schmutzigen Krieg der „französischen Kolonialisten" und danach der „amerikanischen Imperialisten" getrieben wird. War es wirklich eine Befreiung? Es handelte sich in Wirklichkeit um einen von der Sowjetunion gewollten, geförderten und unterstützten Krieg. Es ist dennoch erstaunlich, daß dreißig Jahre nach Dien Bien Phu die Unterwerfung eines Volkes noch immer als eine „Befreiung" bezeichnet wird.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung meint zum verhinderten Friedensmarsch in Beirut:

Wir sind noch nicht am Vorabend einer Art Erhebung der schweigenden Mehrheit aller Richtungen und Konfessionen gegen die Milizen, die sie als Geiseln halten. Sie sollte ganz einfach nur sagen, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Nase voll hat. Sie wollte aber noch nicht einmal den Willen der Libanesen beweisen, zusammenzuleben, erneut zusammenzuleben. Dennoch haben sich die Milizen aller Richtungen nicht täuschen lassen. Bezeichnender als der Marsch selbst ist, wie er verhindert worden ist.

Der Irak ist erschöpft, die Mullahs wollen weiterkämpfen

Nach 300 000 Toten eine neue Offensive gegen Bagdad / Von Peter M. Ranke

Das Mullah-Regime in Iran hat auch die jüngsten Friedensvorschläge Ägyptens und Indiens abgelehnt. Sie sahen sofortigen Waffenstillstand, einen Rückzug auf die alten Grenzen und eine internationale Beobachtertruppe vor. Teheran ist im Gegensatz zu Bagdad, das den Golfkrieg im September 1980 begann, nicht friedenswillig. Trotz irakischer Luftangriffe hat Iran rund eine halbe Million Glaubenskämpfer (Soldaten, Revolutionsgarden und Milizen) zur Fortsetzung der Offensive „Morgendämmerung" zusammengezogen. Da ein Teil der letzten Geländegewinne im Marsch- und Sumpfland Südiraks wie die Erdölinsel Madschnun gehalten werden konnte, scheinen die Hafenstadt Basra und die Straßen dorthin das nächste Ziel des iranischen Oberkommandierenden General Kassim Zahir-Nezad zu sein.

Mit dem Fall von Basra wäre Bagdad vom Golf und den Nachschubstraßen nach Kuweit abgeschnitten. Aber auch im Nordabschnitt könnten die Iraner den beginnenden Sommer zu einem Vorstoß in den kurdischen Bergen gegen die lebenswichtige irakische Erdölleitung in die Türkei benutzen. Da Syrien eine andere irakische Pipeline zum Mittelmeer blockiert, fließen über die Türkei täglich rund 700 000 Barrel Exportöl. Um diese 960 km lange Leitung zu sichern, hat Bagdad Autonomiezugeständnisse an die Kurdenpartei „Patriotic Union of Kurdistan" (PUK) von Talabani gemacht und konnte so den von Syrien und Iran gewünschten großen Kurdenaufstand bisher vermeiden.

Zur Abwehr des iranischen Öl- und Wirtschaftskrieges plant Bagdad den Bau zweier Entlastungspipelines durch Saudi-Arabien und durch Jordanien zum Roten Meer bzw. zum Hafen Akaba. Angeblich wollen die Israelis die Verladung irakischen Erdöls vor ihrer Haustür im jordanischen Akaba zulassen, womit sie mehr für die Iraker täten als die syrischen „Brüder". Daß Irak seinerseits Iran den Ölexport abschneiden will, geht aus den Bombardierungen von Tankern im Golf hervor, doch bisher arbeitet die iranische Verladepier von Kharg weiter. Allerdings droht Teheran damit, keine Aufträge mehr an westliche Länder zu vergeben, wenn sie Irak und arabische Golfstaaten wirtschaftlich oder militärisch unterstützen.

Iran fällt es dank der ständigen Deviseneinnahmen aus dem Ölexport leichter als dem hochverschuldeten Irak (bisherige Kredite über 30 Milliarden Dollar), auf dem internationalen Waffenmarkt einzukaufen. Vor allem Syrien, China und Nordkorea liefern, aber auch westliche Staaten über Dritte. Irak erhält neuerdings wieder Kriegsmaterial aus der Sowjetunion für angeblich 2,5 Milliarden Dollar, die von den Saudis und Kuweitis gezahlt werden. Auch Ägypten sendet Waffen über Akaba.

Für Iraks Präsident Saddam Hussein (47) ist der Krieg zur Existenzfrage für das von ihm geführte Baath-Regime geworden, das sich sozialistisch nennt und den Islam aus der Politik heraushalten will. Da rund 60 Prozent der 14 Millionen Iraker aber Schiiten sind, hat sich unter ihnen eine geheime Pro-Khomeini-Partei gebildet, „Daawa al Islamiya" („Islamischer Ruf"). Tausende von irakischen Kriegsgefangenen haben sich in Iran dieser Partei angeschlossen und sollen auf iranischer Seite gegen die irakischen Truppen eingesetzt werden. Dennoch ist an einen Aufstand der Schiiten in Irak gegen das Baath-Regime nicht zu denken, Überwachung und Unterdrückung werden von Bagdad mit harter Hand geübt.

Für Ayatollah Khomeini (84) war der Verteidigungskampf in dem ihm zunächst aufgezwungenen Krieg von Anfang an ein Glaubenskrieg, in dem es keinen Kompromiß geben kann. Seine islamische „Revolution" erstrebt die Befreiung der schiitischen Glaubensbrüder in Irak, in Libanon und an der Golfküste, wo in der saudischen Erdölprovinz rund 250 000 Schiiten leben. Der Parlamentssprecher in Teheran und mögliche Nachfolger von Khomeini, Haschemi Rafsandschani, erklärte erst kürzlich, der Weg nach Jerusalem führe über Kerbela und Bagdad. Rafsandschani ist einer der härtesten Kriegstreiber des Mullah-Regimes.

Dieses Regime hat jedoch einen Schwachpunkt: Nicht mehr alle Offiziere sehen ein, warum die Armee und die Jugend für einen Sieg der Mullahs geopfert werden soll. Die Verluste der Iraner werden auf rund 300 000 Tote in den viereinhalb Jahren Krieg geschätzt. Daß das Militär durch den andauernden Krieg und hohe Verluste als innenpolitischer Machtfaktor ausgeschaltet werden soll, ist eine verbreitete Ansicht unter Offizieren. Wenn es einen Gegner Khomeinis gibt, der nach seinem Tod in Teheran an die Macht streben wird, dann sind es nicht Exilgruppen oder Studentenguerrillas, dann sind es die enttäuschten Offiziere einer ausgebluteten Armee.

Ein Bild von der Gesellschaft freier Menschen

Der Freiburger Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Friedrich A. von Hayek, wird 85 Jahre alt. Unser Autor, Fachkollege und Professor in Köln, würdigt das Werk des Jubilars.

Von CHRISTIAN WATRIN

Im September 1982 versammelten sich Nationalökonomen, Soziologen und Politikwissenschaftler deutscher und englischer Zunge auf Einladung des amerikanischen Liberty Fund aus seltenem Anlaß in der kleinen Tiroler Berggemeinde Obergurgl. Es galt das jüngste Buchmanuskript des damals 83jährigen F. A. von Hayek zu diskutieren, der – wie immer in den letzten 30 Jahren – in der Höhe der Ötztaler Alpen seinen Arbeitsurlaub verbrachte. Bei dieser Gelegenheit lernten die Teilnehmer nicht nur Hayeks Angewohnheit kennen, die Manuskripte seiner zahlreichen Werke in der freien Natur an einem Platz hoch über der Ortschaft zu schreiben; sie wurden gleichzeitig einem strengen Stundenplan unterworfen, der an Hand des Textes die Erörterung jedes einzelnen Kapitels des im Entstehen begriffenen Werkes vorschrieb.

Hayeks Buch trägt den Titel „The Fatal Conceit", was sich eher schlecht als recht mit „Die fatale Hybris" übersetzen läßt. Worin soll sie bestehen? Nach von Hayeks Meinung in jener Anmaßung von Wissen, deren sich die Propagandisten der Machbarkeit und Steuerbarkeit der Gesellschaft befleißigen, wenn sie der Öffentlichkeit versprechen, alle Wünsche erfüllen zu können, sofern nur ihren Rezepten gefolgt wird, so die staatliche Garantie der Vollbeschäftigung, die freie Versorgung mit Gesundheitsdiensten, die Sicherung gegen alle Risiken des Lebens oder die uneingeschränkte Selbstverwirklichung.

Soziale Evolution – kein Resultat von Planung

Gegen diese Haltung bedient sich von Hayek nicht in erster Linie des Standardargumentes der Ökonomen, daß die Knappheit der Mittel uns unangenehme Entscheidungen abverlangt. Vielmehr entwickelt er eine Theorie der gesellschaftlichen Evolution, die – weit entfernt von allen Vorstellungen eines überholten Sozialdarwinismus – den Gedanken in den Vordergrund stellt, daß zahlreiche soziale Phänomene, wie die Sprache, die Verhaltensregeln, die Moral, die Schrift oder die gesellschaftliche Arbeitsteilung, zwar aus der Interaktion von Menschen hervorgingen, aber keineswegs als das Resultat einer bewußten und zielgerichteten Planung aufgefaßt werden könnten. Sie sind nicht in dem umfassenden Sinne steuerbar, wie das die Marxsche Auffassung suggeriert, nach der der Mensch sein eigener Schöpfer ist. Aber sie sind ebensowenig machbar, wie dies die Sozialingenieure, Gesellschaftsplaner und Sozialbetreuer verschiedenster Provenienz meinen.

Von Hayeks Einwand gegen den Machbarkeitsglauben lautet: Nicht die menschliche Intelligenz schafft die Gesellschaft, sondern in Wirklichkeit entfaltet sich unsere Intelligenz erst im Prozeß der kulturell-gesellschaftlichen Evolution.

Es mag überraschen, daß ein Autor, der sich mit so weit gespannten Themen wie den Werten unserer gesellschaftlichen Ordnung und der Entstehung von Hochkulturen befaßt, 1974 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet wurde. Und doch ist die wissenschaftliche Entwicklung Hayeks nicht ohne innere Logik.



Ein Plädoyer gegen die „Macher": Professor Friedrich A. von Hayek
FOTO: BACHERT

Als Sproß einer alten Wiener Gelehrtenfamilie, die schon in der dritten Generation namhafte Wissenschaftler hervorgebracht hat, befaßte er sich in seinen jungen Jahren als Professor an der berühmten London School of Economics (1931–1950) zunächst mit der Konjunktur- und dann mit der Kapitaltheorie. Zu Ende des Zweiten Weltkrieges aber wandte er, der ursprünglich einer gemäßigten Richtung des fabianischen Sozialismus zuneigte, sich unter dem Eindruck der Folgen des Totalitarismus nationalsozialistischer und sowjetischer Prägung und den in England geführten Debatten über die Wege zu einem demokratischen Sozialismus Fragen der Gesellschaftsordnung zu. Er trat 1944 mit einem Buch an die Öffentlichkeit, das seinen Namen schnell einem breiten Publikum bekannt machte. Sein Titel: „Der Weg zur Knechtschaft".

Gegenstand des Werkes, das zunächst bei mehreren renommierten Verlagen auf Ablehnung stieß, ist der Nachweis, daß die Wirtschaftsplanungsideale des damaligen demokratischen Sozialismus (Beveridge, Wootton u. a.) aus zwei Gründen nicht mit einer freiheitlichen Ordnung vereinbar sind. Einmal, weil Parlamente ihrer Struktur und Aufgabe nach ungeeignet sind, gesamtwirtschaftliche Planungsentscheidungen sinnvoll zu fällen, was bedeutet, daß nicht gewählte Experten in unkontrollierbare Herrschaftspositionen gelangen, und zum anderen, weil der Rechtsstaat, für den die Gleichheit aller unter dem Gesetz unverzichtbar ist, durch die Wirtschaftsplanung unterminiert wird, da sie zur Ungleichbehandlung führt.

Kritik ist die eine Seite der Medaille, die andere ist die positive Theorie einer Gesellschaft freier Menschen. Sie zu entwickeln, hat sich Hayek in seiner Zeit an der Universität in Chicago, wo er 1950 bezeichnenderweise eine Professur für Sozial- und Moralwissenschaft angenommen hatte, und an seinen weiteren Wirkungsstätten Freiburg (1962–1968), Salzburg und seit einigen Jahren wieder Freiburg zur Aufgabe gesetzt.

Das Ergebnis langen Nachdenkens und Arbeitens sind zwei profunde Werke „Die Verfassung der Freiheit" und die Trilogie „Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie". In sorgfältigen geistesgeschichtlichen Auseinandersetzungen mit den Traditionen und Rezeptionen freiheitlichen Denkens und detaillierten Analysen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik, die einer Gesellschaft freier Menschen angemessen ist, wird nicht ein liberales Utopia als Gegenentwurf zum sozialistischen Gesellschaftsplan dargestellt, sondern es wird erwogen, wo die Pfeiler der liberalen Ordnung defekt sind und wo sich ein vorsichtiges Weiterentwickeln anbietet.

Hayek sieht sich oft dem Vorwurf ausgesetzt, ein Neokonservativer zu sein. Ist er dies? Kaum. Auch wenn er ständig betont, daß überkommene Institutionen nicht durch die Hand des Sozialreformers über Bord geworfen werden dürfen, bloß weil sie alt sind, so ist er doch durchaus bereit, neue Ideen zu prüfen und vorzustellen. Zu nennen sind sein Vorschlag eines Zwei-Kammer-Systems zur Reform der demokratischen Ordnung, nach dem die Gesetzgebungsbefugnisse einer Kammer mit langfristig gewählten Mitgliedern zur alleinigen Entscheidung zuzuweisen sind, während einer zweiten Kammer, aus deren Mitte die Regierung hervorgeht, die Erledigung der laufenden Staatsaufgaben übertragen wird. Damit will Hayek die in der Gegenwart so problematische Verknüpfung, die den Politiker gleichzeitig auch zum Gesetzgeber macht, die ihn aber in dieser Aufgabe nicht unabhängig von Partei-Interessen entscheiden läßt, durch die personelle Trennung zwischen gesetzgebender und politischer Instanz zugunsten einer besseren Wahrnehmung beider Aufgaben auflösen.

Hoffnung auf Erfolge durch Wettbewerb

Zu nennen ist aber auch sein den in traditionellen Kategorien erzogenen Volkswirt revolutionär dünkender Vorschlag, das Monopol der Geldmengenkontrolle durch die staatlichen Notenbanken durch ein System konkurrierender Banken abzulösen. Die gegenwärtige Ordnung hat sich als ungeeignet erwiesen, um die Geldwertstabilität zu gewährleisten. Hayek hofft, daß der Wettbewerb im Geldwesen bessere Erfolge bringt.

Einen Konservativen kann man ihn also nicht nennen. Eher ist sein Bemühen auf die Entfaltung der menschlichen Möglichkeiten gerichtet. Er benutzt gern das Bild des Gärtners, der mit behutsamer Hand den Wachstumsprozeß fördert. Daß dabei die englische Landschaftsgärtnerei in Hayeks Selbstverständnis doch Vorzug vor der künstlichen Natur französischer Parks gebührt, ist eine unausgesprochene, aber wichtige Prämisse.

Wie finanzieren sich Parteien in anderen Demokratien? – Drei Beispiele

Mitglieder allein schaffen es nicht

Das Ziel, die finanziellen Mittel der Parteien ausschließlich oder doch überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und kleine Spenden der Parteianhänger aufzubringen hat sich bisher in keiner Demokratie realisieren lassen.

Vereinigte Staaten

Skandale in den frühen 70er Jahren waren es, die in den Vereinigten Staaten schließlich 1974 zur Formulierung eines umfassenden Parteienfinanzierungs-Gesetzes führten. Als Skandal galt es damals, daß reiche Amerikaner sich praktisch jeden Posten „kaufen" konnten. Botschafter-Posten in wichtigen Hauptstädten wurden mit rund 1,2 Millionen Dollar „gehandelt". Finanziert werden seither grundsätzlich nicht Parteien, sondern Wahlkandidaten. Allein die Kandidaten im Präsidentschafts-Wahlkampf werden aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Kandidaten für den Kongreß (Abgeordnete und Senatoren) erhalten keine staatlichen Zuschüsse. Da es keine Mitgliedsbeiträge für Parteien im deutschen Sinne gibt, sind die Politiker zur Finanzierung ihrer Wahlkämpfe auf Spenden angewiesen.

Die Wahlkampfspenden kommen von Einzelpersonen oder von „politischen Aktionsausschüssen". Einzelpersonen können nach dem Gesetz jedem einzelnen Kandidaten jeweils nur 1000 Dollar zukommen lassen. Jedoch ist es gestattet, diesen 1000-Dollar-Betrag mehrmals zu geben: für die Vorwahl, für eine eventuell notwendig werdende Stichwahl und für die eigentliche Wahl im November. Hält die Partei einen Parteitag ab, so darf der Spender auch dafür noch einmal 1000 Dollar hergeben. Steuerlich absetzbar sind derartige Spenden nicht. Freilich haben clevere Leute auch Wege gefunden, die gesetzlich vorgeschriebenen Höchstgrenzen zu umgehen.

Schließlich nehmen auch die „National Committees" der Parteien Gelder ein, die sie im Wahljahr gezielt in Wahlkreise und Bundesstaaten lenken können. Auch für Spenden an die Parteiorganisationen gelten die Höchstgrenzen. Sogenannte 1000-Dollar-Dinner, bei denen die geladenen Gäste für jedes Gedeck jeweils einen Tausend-Dollar-Schein aufwenden müssen, sind seit der Verabschiedung des Parteienfinanzierungsgesetzes in Amerika große Mode geworden. (D. Sch.)

Großbritannien

Parteienfinanzierung findet in Großbritannien in einer politischen und juristischen Schattenwelt statt. Der Grund: Die beiden großen Parteien, Labour und Konservative, werden vornehmlich von Interessengruppierungen finanziert. Eine staatliche Parteienfinanzierung gibt es in Großbritannien nicht. Parteien, die keine großen Interessenverbände hinter sich haben, so die Sozialdemokraten und die Liberalen, leben in erster Linie von Mitgliedsbeiträgen. Die der Sozialdemokraten sind mit jährlich elf Pfund (rund 40 Mark) die höchsten, die der Labour-Party mit sechs Pfund (rund 22 Mark) die niedrigsten.

Hauptgeldgeber der Labour-Party sind die Gewerkschaften. Vom Jahreseinkommen der Partei in Höhe von 3,6 Millionen Pfund 1983 stammten zwei Millionen Pfund (rund 7,7 Millionen Mark) aus Gewerkschaftskassen. Das System dieser Finanzierung ist umstritten. Danach werden von jedem eingeschriebenen Gewerkschaftsmitglied automatisch ein halbes Pfund (rund 1,90 Mark) als Beitrag für Labour einbehalten. Wenn es diesen Parteienzuschuß nicht leisten will, muß es einen schriftlichen Befreiungsantrag stellen.

Die Regierung Thatcher hält das für unzumutbar. Sie plante deshalb ein neues Gewerkschaftsgesetz, das einen umgekehrten Weg vorsah. Künftig sollte Labour nur noch von jenen Gewerkschaftsmitgliedern Beiträge erhalten, die dazu ausdrücklich eine schriftliche Genehmigung gaben. Wäre dies zum Gesetz geworden, hätte es den Bankrott der Labour-Party bedeutet.

TUC-Chef Len Murray gelang es in den letzten Monaten, die Regierung zu überreden, diesen Gesetzvorschlag fallen zu lassen. Statt dessen hat das Unterhaus kürzlich in dritter Lesung ein Gesetz verabschiedet, das jene 62 britischen Gewerkschaften, die einen politischen Fonds für die Labour-Party unterhalten, zwingt, bis zum 31. März nächsten Jahres eine Urabstimmung anzusetzen, in der die Gewerkschaftsmitglieder entscheiden, ob Beiträge an Labour geleistet werden.

Die Finanzierung der Konservativen ist wesentlich undurchsichtiger. Sie selbst behaupten, nur einen geringen Bruchteil ihrer Parteieinnahmen aus Industriespenden zu erhalten. Nachprüfbar ist es nicht. Ein Gesetz aus dem Jahre 1967 sieht vor, daß die Firmen Parteispenden in ihren Jahresberichten auszuweisen haben. Doch selbst eine Überprüfung der Geschäftsberichte der 7000 eingeschriebenen britischen Firmen vermag keine schlüssige Auskunft zu geben. Der Grund: Es gibt Deckadressen, und außerdem erfaßt das Gesetz nicht im Ausland registrierte Firmen. Einige britische Firmen leiten ihre Prteispenden deshalb über die Konten iher ausländischen Zweigstellen.

Die Labour-Party will deshalb ein Gesetz einbringen, das vorsieht, daß Parteienspenden der Zustimmung der Aktionäre und der Mehrheit der Angestellten bedürfen. (wth)

Frankreich

Parteien sind in Frankreich Vereine nach dem Gesetz von 1901, die keinerlei Zuwendungen erhalten dürfen. Offiziell leben die vier großen politischen Formationen des Landes SP, KPF, RP und UDF von den Beiträgen ihrer Mitglieder und von „Zuwendungen", über deren Höhe und Herkunft sie keinerlei Angaben zu machen brauchen.

Man weiß indes, daß zum Beispiel die bürgerlichen Parteien vor 1981 in starkem Maße von der Industrie und den Banken finanziert wurden, was heute nicht mehr ganz so der Fall sein dürfte. Außerdem ist bekannt, daß die KPF ihre weitverzweigte Organisation, den auf etwa 30 000 Mann geschätzten Funktionärskader und ihr imponierendes Presse-Imperium weitgehend von der Sowjetunion finanziert bekommt; und daß die ökologische Partei, den Grünen vergleichbar, Zuwendungen von der deutschen Schwesterpartei für den Wahlkampf zur Europawahl am 17. Juni erhält. Die einzige Partei, die sich hauptsächlich aus den Beiträgen ihrer rund 230 000 zahlenden Mitglieder ernährt, ist die Sozialistische Partei. Die Höhe der Beiträge wird geheim gehalten; sie richtet sich nach dem Einkommen. Bei der KPF muß jedes Mitglied ein Zehntel seines Jahreseinkommen abführen.

Eine gewisse Rückzahlung der Wahlkampfkosten der Parteien hat der französische Staat sich unter Giscard abringen lassen. Sie besteht in der Übernahme der Kosten für Wahlplakate und Saalmieten. Wer aber nicht fünf Prozent der Stimmen erreicht, muß die Vorschüsse zurückzahlen. (v.K.)

Als auch die SPD noch eine Amnestie wollte

Die Koalition knüpft mit ihrer Absicht, eine Amnestie für Steuersünder bei Parteispenden zu schaffen, an Pläne der SPD und der FDP aus dem Herbst 1981 an. Die SPD-Führung einschließlich des Parteivorsitzenden Willy Brandt war damals für eine solche Amnestie. Aber sie scheiterte in der SPD-Bundestagsfraktion.

Von MANFRED SCHELL

Einer der Architekten des geplanten Amnestie-Gesetzes ist der erste parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble. Er ist auch in dieser Situation, in der Zeitungskommentatoren, die SPD und die Grünen die Koalitionspläne in der Luft zerreißen, durchaus nicht am Boden zerstört. „Es kommt darauf an, wer am Ende gut aussieht", sagte Schäuble gestern zur WELT.

Er setzt darauf, daß die Bürger die Entscheidung der Koalition wenn schon nicht akzeptieren, dann aber wegen des darin steckenden Mutes würdigen. „Wir sagen: So war es. Wir bekennen uns dazu", sagte Schäuble. Bei der SPD, vor allem auch bei deren Wortführer gegen die Amnestie, dem früheren Bundesjustizminister Schmude, stecke „viel Heuchelei drin". Der SPD-Politiker müsse in der Vergangenheit schon „beide Augen zugemacht haben", wenn er nichts über die Parteienfinanzierung gewußt haben wolle.

Wie war das im Jahre 1981? SPD und FDP stellten die Regierung. Die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen Spender und Politiker wegen des Verdachts der Steuerverkürzung häuften sich. In dieser Situation setzten sich prominente Koalitionspolitiker an einen Tisch, um ein Gesetz zu erarbeiten, das eine Generalamnestie für Spender und Empfänger herbeiführen sollte.

Von der SPD saßen der stellvertretende Parteivorsitzende Hans-Jürgen Wischnewski und der Obmann für Rechtspolitik der Fraktion, Staatsanwalt d.D. Fritz-Joachim Gnädinger, dabei. Nach ihm wurde später auch das Papier genannt, das die Zustimmung von Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher gefunden hat. Die Union hatte insgeheim ihre Zustimmung signalisiert. Herbert Wehner, so berichtete der „Spiegel", habe sich ebenfalls für die Amnestie-Regelung eingesetzt. Ihm sei es um die Folgen der Spenden-Affäre für die damalige Koalition gegangen. „Häme" habe er auf den Gesichtern einiger Genossen entdeckt. Der „Spiegel" zitierte Wehner: „Da wollen welche den Grafen im Regen stehen lassen."

Die Initiative berührt den Fall Lambsdorff nicht

Nun, um das laufende Strafverfahren gegen Repräsentanten des Flick-Konzerns und gegen Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff geht es diesmal nicht. Die Amnestie, sollte sie kommen, berührt diesen Vorgang nicht. Lambsdorff selbst hat Wert darauf gelegt, daß hier die Sachverhalte sauber auseinandergehalten werden.

Die Koalition aus SPD und FDP wollte Straffreiheit für alle Beteiligten an der Spenden-Affäre, und als Modell sollte ein Vorgang dienen, der 1969 in der Schweiz praktiziert worden ist. Die Schweizer hatten nach einem Referendum allen Steuersündern, die ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse entgegen ihrer früheren Praxis ehrlich offenlegten, Straffreiheit zugesagt. Tatsächlich wurden danach zusätzlich 11 Milliarden Franken versteuert.

Gnädinger schlug vor, und die Spitzen von SPD und FDP stimmten diesem Weg zu: Wer sich selbst bezichtige, also dem Staatsanwalt bei der Ermittlung helfe, solle von Strafe verschont bleiben. Außerdem müßten Steuernachzahlungen erfolgen. Gnädinger hatte in seiner Argumentation spitzfindig die Formulierung eingebaut, nur „tätige Reue" werde belohnt. Und dies sei kein besonderes Amnestiegesetz. Willy Brandt war auch in der Fraktionssitzung, in der es Widerstand gegen solche Pläne gab, für eine Amnestie. Er sprach von Problemen in der Parteienfinanzierung, die es gegeben habe und über die man sich Gedanken machen müsse. Angesichts der breiteren Ablehnungsfront wurde der Gesetzentwurf nicht in der Fraktion verabschiedet, sondern an die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. Dort ist er bis heute begraben. Genscher kritisierte damals, die SPD habe schließlich ihr Wort gegeben und es nicht eingehalten.

CDU/CSU und FDP haben jetzt diese Pläne von damals aufgegriffen und als Gesetzentwurf vorgelegt. Schäuble ist zuversichtlich, daß er einer verfassungsrechtlichen Überprüfung standhalten wird. „Die verfassungsrechtlichen Fragen sind abgeklärt." Hinter dem unpopulären Vorgehen der Koalition, so sagte Schäuble, stehe der Wille, eine Kriminalisierung von Spendern, die im guten Glauben gehandelt hätten, zu verhindern. Dies sei eine „Schutzfunktion" gegenüber denjenigen, die über Jahrzehnte hinweg dem demokratischen Staat, der sich auf die Parteien stütze, Unterstützung geleistet haben. Schäuble geht davon aus, daß der CDU-Parteitag in Stuttgart mit einem überzeugenden Votum die Amnestie unterstützen wird.

Bei der FDP regt sich Widerspruch

Dagegen ist bei der FDP das Gelände unübersichtlicher. Die Landesverbände und einzelne Bundestagsabgeordnete machen Front gegen die Amnestiepläne und wie es aussieht, wird dieses Thema den Parteitag der FDP Anfang Juni in Münster prägen. Im Bundeskanzleramt hieß es gestern, wenn sich erst die Parteibasis der FDP dieses Themas bemächtige, dann drohten Risiken. Bei der Abstimmung in der FDP-Bundestagsfraktion hat es allerdings nur drei Enthaltungen gegeben. Bei der Union waren eine Gegenstimme und vier Enthaltungen registriert worden, obwohl beide Fraktionen ziemlich überrumpelt worden sind. Den Vorwurf, die Koalition habe in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gehandelt, läßt Schäuble nicht gelten. Es sei „intern" beraten worden.

Die Kritik an dem Vorgehen der Koalition kommt freilich nicht nur aus dem politischen Lager. Auch Professoren, die in der Gutachter-Kommission des Bundespräsidenten für die Parteienfinanzierung gesessen haben, fühlen sich getäuscht. Der Staatsrechtler Peter Schneider (Hannover) hat dies zum Ausdruck gebracht. „Die Entscheidung, keine Amnestie, war Geschäftsgrundlage der Kommissionsarbeit."

„Geduldig und unbeirrt nach Einheit streben"

Windelen warnt vor neutralistischen Tendenzen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Eine „neutralistisch-nationalstaatliche" Lösung der deutschen Frage kommt für die Bundesregierung nicht in Betracht. Wer dieses wolle, müsse „mit unserem entschiedenen Widerstand rechnen", erklärte Bundesminister Heinrich Windelen gestern auf einer Tagung im Berliner Reichstagsgebäude. „Die deutsche Frage wird nur im Einvernehmen mit unseren Nachbarn gelöst, oder sie wird nie gelöst", sagte er.

Es sei „kurzsichtig und falsch", zu behaupten, die Integration Westeuropas erschwere die Lösung der deutschen Probleme: „Allein die historische Entwicklung, die durch die Einigung der Völker Europas in Gang gesetzt ist, kann jene veränderte Kraft auf unserem Kontinent entfalten, die wir brauchen, um in einer stabilen Ordnung in Europa die von allen Völkern und besonders vom ganzen deutschen Volk ersehnte Freiheit der Selbstbestimmung Wirklichkeit werden zu lassen."

Windelen nannte das „Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in Ost und West, ihr Wille zu Zusammenhalt und Einheit" einen wichtigen Faktor des europäischen Friedens. „Der gemeinsame Wille der Deutschen zur Zusammengheörigkeit in Freiheit dämpft in diesem wichtigen Abschnitt Europas, in seiner Mitte, die Gegensätze." Dieses Gefühl der Verbundenheit sei eine Kraft, „die sich der Eingrenzung durch das System dessen, was man den realen Sozialismus nennt, entzieht". Windelen stellte fest: „Die getrennten Bürger lassen sich nicht gegeneinander aufhetzen, mag in den Schulen der DDR auch noch so sehr zum Haß auf den Klassenfeind erzogen werden."

Es sei „unzweifelhaft", erklärte der Minister, daß die Deutschen die jetzige Form „staatlicher und gesellschaftlicher Teilung, die Zugehörigkeit zu zwei gegensätzlichen Weltsystemen" – ablehnten. „Das deutsche Volk will, mit einem Wort, Freiheit." Kohls Minister wandte sich dagegen, in der Offenheit der deutschen Frage eine Beeinträchtigung des europäischen Gleichgewichts zu sehen: „Es ist die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts, die den Frieden unter den europäischen Völkern gefährdet."

Solange die Deutschen getrennt seien, lege es das „nationale Empfinden" der Bundesregierung nahe, „die im Grundvertrag mit der DDR vereinbarten gutnachbarlichen Beziehungen so weit wie möglich auszubauen". Immerhin besitze nahezu ein Drittel aller Bürger in der Bundesrepublik Verwandte in Mitteldeutschland.

Die Bonner Politik gegeüber der „DDR" sei auch als Schritt zu einer stabilen europäischen Staatenordnung zu verstehen, „in der Grenzen ihre trennende Wirkung verlieren". Zwar sei der Weg „schwer und weit, aber niemand kann behaupten oder den Beweise dafür führen, daß dieses Ziel erst im nächsten Jahrhundert erreichbar sei. Aber es wird uns nicht in den Schoß fallen. Wir müssen geduldig und unbeirrt danach streben".

Nach Auffassung von Windelen ist das Verhältnis der Bundesrepublik zur „DDR" von der Tatsache der „ungebrochenen Einheit unseres Volkes" geprägt. „Es ist nicht nur das Recht der vier Mächte, bis zu einer friedensvertraglichen Regelung über alle Angelegenheiten Deutschlands als Ganzes zu bestimmen, die das besondere Verhältnis der beiden Staaten in Deutschland prägt und es von sonstigen internationalen Beziehungen zwischen Staaten unterscheidet. Es ist unbestreitbar, daß dieses Volk sich bisher nicht zu seiner künftigen staatlichen Lebensform äußern konnte."

Der Gast aus Bonn machte zwei aktuelle Anmerkungen: die Kommunalwahlen in der „DDR" könne man angesichts der Ergebnisse von 99 Prozent schwerlich als die von den Mitteldeutschen beispielsweise am 17. Juni 1953 begehrten freien Wahlen werten. Zur Grenzlinie durch Europa merkte Windelen an, sie werde in Deutschland „um keinen Deut durchlässiger, selbst, wenn Herr Honecker, wie versprochen, die Todesautomaten abbaut".

In seiner Begrüßungsrede sprach der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen von „wetterfesten" deutsch-deutschen Beziehungen. Trotz zurückgehender Ausreise-Zahlen, behinderter Tätigkeit der Ständigen Vertretung und anderen Vorfällen müsse man vom unveränderten Interesse der „DDR" an „projektbezogener Zusammenarbeit auf längere Frist" ausgehen.

Mit der Bürde des Skandals muß Neue Heimat noch lange leben

UWE BAHNSEN, Hamburg

Am 13. Juni wird vor einer Zivilkammer des Hamburger Landgerichts ein brisanter Millionenprozeß beginnen, der für Schlagzeilen sorgen dürfte. Die Kontrahenten: Albert Vietor, bis Februar 1982 Konzernchef des Bauriesen „Neue Heimat", und der jetzige Vorstand des gewerkschaftseigenen Unternehmens. Der 61jährige Vietor begehrt die gerichtliche Feststellung, daß seine Kündigung widerrechtlich gewesen sei, und verlangt von der „Neuen Heimat" die Zahlung von insgesamt 22 Monatsgehältern. Das Gericht hat den Streitwert auf 1,1 Millionen Mark festgesetzt.

Im Gegenzug hat der Baukonzern, der noch immer einen langen und dornigen Weg zur Sanierung vor sich hat, Albert Vietor eine gepfefferte Rechnung aufgemacht und eine Klageforderung präsentiert, die wesentlich höher ist: Die „Neue Heimat" verlangt zehn Millionen Mark Schadenersatz. Diese Summe soll Vietor, so NH-Anwälte in ihrem Schriftsatz, bei Geschäften mit der „Terrafinanz" im Münchner Stadtteil Neu-Perlach zum Nachteil der gesamten Unternehmensgruppe „Neue Heimat" kassiert haben. „Terrafinanz"-Gesellschafter Vietor habe dort Grundstükke erworben und dann mit kräftigem Zugewinn an den Baukonzern verkauft, den er selbst leitete

Für Vietors Nachfolger im NH-Vorstand, den früheren Gewerkschaftsbankier Dieter Hoffmann, ist dieser Prozeß ebenso wie die Tätigkeit der mit dem „Neue Heimat"-Skandal befaßten parlamentarischen Untersuchungsausschüsse in Hamburg und München, eine überaus mißtönende Begleitmusik zu seinen Bemühungen, den angeschlagenen Koloß wieder auf eine gesunde betriebswirtschaftliche Grundlage zu stellen. Im Oktober vergangenen Jahres hatte Hoffmann den Vertretern der Banken, die bei der „Neuen Heimat" Engagements unterhalten, bereits bekümmert erklärt, zwar sei es „in den letzten Monaten" vor jener Zusammenkunft der Banker gelungen, die „Neue Heimat weitgehend aus der Presseberichterstattung herauszuhalten", aber für die Zukunft könne er das wegen der gerichtlichen Auseinandersetzungen mit der früheren Geschäftsführung und angesichts der Untersuchungsausschüsse nicht versprechen: „Wir werden daher noch für längere Zeit mit einer auch für unsere Tätigkeit nicht gerade dienlichen Berichterstattung rechnen müssen."

Das jedenfalls war ein realistisches Urteil. Denn was etwa vor dem Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft über die Geschäftsmethoden des NH-Vorstands unter Vietor und über die „schützenden Hände" im sozialdemokratischen Beamtenstaat der Hansestadt ans Licht kommt, ist auch für den früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Hartmann, der dem Gremium vorsitzt, starker Tobak. Zuständig für die Rechtsaufsicht über die „Neue Heimat" nach den Bestimmungen des Gemeinnützigkeitsgesetzes ist die Hamburger Baubehörde, genauer deren Amt für Wohnungswesen – traditionell eine Bastion sozialdemokratischer Staatsmacht in Hamburg.

Der Chef dieses Amtes, der Leitende Regierungsdirektor Gottfried Scholz, schilderte vor dem Ausschuß, wie es denn so zuging im Verkehr zwischen Behörde und Konzern. Das Fazit: „Da das Kind (der Konzern, Red.) einmal da war, mußte es doch am Leben erhalten werden." Mit anderen Worten: Die eigentlich eindeutigen und strikten Vorschriften des Gemeinnützigkeitsrechts wurden nach den Gesichtspunkten der „Verhältnismäßigkeit der Mittel" so ausgelegt, daß eines jedenfalls immer möglich war: die nachträgliche Heilung von Verstößen gegen das Gesetz auf dem Wege der Ausnahmegenehmigung.

Das führte dazu, daß nach den Erkenntnissen des Ausschusses insgesamt horrende Summen aus dem gemeinnützigen Bereich der „Neuen Heimat" in den nicht gemeinnützigen Unternehmensteil abflossen, zum Schaden des Steuerzahlers. In vielen Fällen, so suchte Amtsleiter Scholz solche Praktiken jedenfalls zu erklären, seien Verstöße gegen die Gemeinnützigkeit für die Baubehörde nicht rechtzeitig erkennbar gewesen; bei später aufkommenden Zweifeln habe man dann die Ausnahmegenehmigung als das „geringere Übel" einer eigentlich gebotenen Aberkennung der Gemeinnützigkeit vorgezogen. Denn eine solche Maßnahme wäre ja gleichbedeutend mit einer „Todesstrafe" gewesen, und die galt es, siehe oben, durchaus zu vermeiden, denn „das Kind" mußte ja „am Leben erhalten werden".

Seite 2: O Heimat-Land

„Ruf nach Eliteschulen entbehrlich machen"

Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz

PETER PHILIPPS, Hannover

Als „unstreitig" hat es der niedersächsische Kultusminister und derzeitige Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), Georg-Bernd Uschatz, bezeichnet, daß „unsere Bildungsinstitutionen trotz deutlicher Ausweitung und Verbesserung des gesamten Bildungswesens kaum in der Lage sind, den Anforderungen der Zukunft zu genügen". Vor der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Hannover sagte er, daß die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland „immer mehr in die Rolle eines Durchlauferhitzers für akademische Konsumenten" gerieten und immer weniger ihre Aufgabe erfüllten, „auch Brennglas wissenschaftlicher Spitzenqualität" zu sein. Die Hochschulen stünden vor der „Nagelprobe ihrer wissenschaftlichen Qualität".

Die vor allem vom FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher in den vergangenen Monaten immer wieder prononciert in die Debatte eingebrachte Forderung nach mehr die Qualität förderndem Wettbewerb zwischen den Universitäten und die Frage nach den einen solchen Wettstreit fördernden privaten Hochschulen stehen im Mittelpunkt dieser Jahrestagung von mehr als 160 Universitäts-Präsidenten und -Rektoren. Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) sprach in seiner Begrüßungsrede von der Freiheit der Institutionen, Personen und Ideen, die vom Staat nicht behindert werden dürfe. Allerdings machte Uschatz die Meinung der Landesregierung deutlich, daß sich „ein Ruf nach Elite- oder Privathochschulen als entbehrlich und überflüssig erweisen" werde, wenn eine stärkere Differenzierung und ein offener Wettbewerb in den bestehenden Hochschulen „als Chance zu Spitzenleistungen in Forschung und Lehre real werden".

Aus den Reihen der Professoren wurde in Hannover daran erinnert, daß ein Wettbewerb um mehr und bessere Leistungen nicht zum Nulltarif zu haben sei. Der Präsident der WRK, Theodor Berchem, erinnerte daran, daß seit Mitte der siebziger Jahre die Zahlen der Studienanfänger um rund 30 Prozent gestiegen sind. Wer dennoch dafür plädiere, die prognostizierten 200 000 bis 300 000 zusätzlichen Studenten „kostenneutral" in den Universitäten unterzubringen, der solle jedenfalls hinterher nicht über „die mangelnde Qualität der Absolventen und über mangelnde Leistungsfähigkeit der Forschung klagen".

Der Kölner Ordinarius und Vorsitzender der wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates, Peter Graf Kielmannsegg, unterstrich, daß es um den Wettbewerb zwischen den deutschen Universitäten „miserabel" stehe. Es fehle an der Handlungsfreiheit der Hochschulen, aber auch an der Motivation. Selbst in der Zeit der Bildungsreform habe man die Chancen der föderalistischen Ordnung nicht genutzt, da einige Bundesländer zwar den Ehrgeiz gehabt hätten, mehr Universitäten zu gründen, aber einen Wettstreit um die besten Universitäten habe es nicht gegeben.

Graf Kielmannsegg erinnerte an den Ökonom Adam Smith, der das marktwirtschaftliche System auch zur Qualitätssteigerung der Universitäten propagiert hatte. Auch für die Hochschulen habe die Botschaft des Schotten gelautet, daß die Produktivkraft, auf die in der menschlichen Gesellschaft alles ankommt, das in Freiheit gesetzte, durch den Wettbewerb stimulierte, vom Markt gelenkte Eigeninteresse des einzelnen sei. In dieser idealen Welt seien die Universitäten den Gesetzen des Marktes ganz und gar unterworfen. Es gebe auch heute viele, die im Wettbewerb um Studenten „recht eigentlich das Schwungrad eines wettbewerbsorientierten Hochschulsystems sehen". Zu den Voraussetzungen eines solchen Wettstreits gehöre aber vor allem Leistungstransparenz. Denn, so Graf Kielmannsegg, „Studenten haben ganz anderes im Kopf als Ansehen und Leistung der Fakultät". Und von den Universitäten habe er auch nicht den Eindruck, „daß sie die Aufgabe der Auswahl unter den Studienbewerbern, wenn sie ihnen anvertraut würde, wie die amerikanischen Universitäten als erste und wichtigste aller ihrer Pflichten begreifen würden".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Honecker: „Beziehungen fortgestalten"

SED-Chef spricht von „vernünftigem Nebeneinander" zwischen Bonn und Ost-Berlin

hrk. Berlin

In einem moderat gehaltenen Grundsatzartikel im Wiener „West-Ost-Journal" bekräftigte SED-Chef Erich Honecker jetzt die Bereitschaft Ost-Berlins, mit der Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft zusammenarbeiten zu wollen. Honecker kündigte diese Absicht mit der Formulierung von der „weiteren Gestaltung" der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin an.

Der Staatsratsvorsitzende griff damit wenige Tage nach einem formellen Protest Ost-Berlins gegen eine angebliche westliche „Diffamierungs-Kampagne", an der sich auch die Bundesregierung beteilige, die Tonlage seiner Leipziger Gespräche mit Strauß, Graf Lambsdorff und anderen führenden Bundespolitikern wieder auf.

Honecker schreibt in seinem Beitrag, die Beziehungen der beiden deutschen Staaten seien von den Erfordernissen einer friedlichen Zukunft Europas, eines „vernünftigen Nebeneinanders und Miteinanders nicht zu trennen". Offenbar auch für den „Innengebrauch" ist Honeckers Bemerkung über eine mögliche, vor allem in der „DDR" selbst befürchtete „Verschärfung der Situation" gedacht.

Bemerkenswert ist, daß Honecker in seinem Artikel quasi eine Rechtfertigung für seine zahlreichen Gespräche mit westlichen Politikern versucht. Sie seien unter dem „Gesichtspunkt zu sehen", daß die Fortsetzung des Ost-West-Dialogs „sehr wichtig" sei.

Marcos: Die Opposition hat ihre Chance verpaßt

Ruhiger Wahlkampf auf den Philippinen/ Protest flaut ab

CHRISTEL PILZ, Manila

In einem Land, in dem Politik der nationale Volkssport ist, kommt vieles anders, als man denkt. So hat die Opposition einen „heißen Wahlkampf" gegen Präsident Marcos prophezeit. Heiß wurde er, aber nur deshalb, weil die Trockenzeit zu Ende geht und die feuchtschwüle Tropenhitze jedermann zum Triefen bringt. Der Wahlkampf, der am 27. März begann und am 12. Mai, also zwei Tage vor dem Urnengang, enden wird, ist der friedlichste, an den sich die Filipinos erinnern können. Bei früheren Wahlkämpfen, so sagte Verteidigungsminister Ponce Enrile im Gespräch mit der WELT, gingen Häuser und ganze Dörfer in Flammen auf, Handgranaten explodierten inmitten von Versammlungen.

Dagegen ist das Ausmaß der Gewaltakte diesmal relativ gering. Nach in Manila vorliegeden Meldungen aus den Provinzen wurden bisher 14 Kandidaten und Wahlhelfer erschossen, fast alle waren Vertreter der Regierungspartei „Neue Gesellschaft" (KBL).

Als Täter gelten Mordkommandos der kommunistischen Neuen Volksbefreiungsarmee (NPA). Die Sicherheitsbehörden befürchten ein Aufflammen der NPA-Sabotage am Wahltag selbst. Deshalb sollen Einheiten der Streitkräfte im Umkreis von hundert Metern um die Wahllokale postiert werden. Er werde nicht zögern, mahnte Präsident Marcos, die Streitkräfte einzusetzen, sollte das zum Schutz der Wahlen notwendig sein.

Marcos ist zuversichtlich, daß die Wahlen eine neue Popularitätsbekundung für seine autoritäre Herrschaft werden. Er selbst meinte, die Opposition habe ihre Chance verpaßt, ihn aus dem Amt zu zwingen. Die nationale Protestwelle gegen den immer noch unaufgeklärten Mord an dem charismatischen Oppositionsführer Benigno Aquino sei abgeflacht. Aquino wurde am 21. August am Flughafen von Manila erschossen, als er nach dreijährigem Exil in Amerika zurückkehren wollte.

Herrscht seit 19 Jahren

Es würde ihn sehr überraschen, sagte Marcos, wenn die Opposition auch nur 36 der 183 zu wählenden Parlamentssitze erhalten würde. Der Wähler werde schon wissen, wer in der Vergangenheit etwas für ihn getan habe. Wer Straßen, Brücken, Schulen und Hospitäler baute, wer auch ein Programm für die Zukunft habe. Dagegen stehe die Opposition mit leeren Händen da. Ein Argument, dem niemand widersprechen kann. Denn Marcos herrscht seit 19 Jahren. Die ersten sieben im Rahmen einer selbstzerfleischenden Demokratie, die nächsten neun mit dem Kriegsrecht. Seit 1981 bemüht er sich, seinem 52-Millionen-Volk eine Form der Demokratie zu geben, die seinem Temperament und den nationalen Traditionen entspricht. Auf einen Nenner gebracht: eine Demokratie, in der die von Marcos gegründete „Neue Gesellschaftspartei" die unumstrittene Führung hat. Wie aber werden sich die 29 Millionen wahlberechtigten Filipinos am 14. Mai entscheiden?

Wir werden mindestens 72 Sitze erringen, behauptet Ex-Senator Salvador „Doy" Laurel, Vorsitzender der Vereinten Nationalen Opposition (Unido), einer Dachorganisation, die bislang zwölf Parteien umfaßte. Seit einigen Tagen sind es nur noch zehn. Zwei scherten aus. Daß Unido schon vor den Wahlen zerfällt, ist symptomatisch für die innere Zerrissenheit der Opposition, die insgesamt aus mehr als 40 Parteien besteht. Im Grunde genommen, sagt Marcos, habe die Opposition bereits aufgegeben, sie habe ihre Argumente wie ihre Finanzen vorzeitig verbraucht. Es fehle ihr die Basis-Organisation. Viele Oppositionskandidaten kämen dieser Tage zu ihm, um ihren Wechsel zur Regierungspartei KBL zu bekunden.

Wahlboykott umstritten

Selbst Ex-Senator Diokno, einer der schärfsten Gegner von Marcos und Advokat der Kampagne zum Wahlboykott, gibt zu: „Stünden die Wahlen nicht ohnehin auf dem Programm, würde Marcos sie abhalten wollen." Die Anti-Marcos-Stimmung, die nach dem Tod Aquinos das ganze Volk erfaßte, scheint der Einsicht in die Realitäten gewichen zu sein.

Marcos, dem man ein Nierenleiden nachsagt, scheint wieder bei Kräften zu sein. Damit ist die Frage, „Wer nach Marcos?" in den Hintergrund der politischen Diskussion und Sorge gerückt. Er wird wohl, so heißt es in Manila, seine Amtszeit bis 1987 durchstehen können. Niemand schließt aus, daß er sich dann erneut zur Präsidentenwahl stellt. Bei dem bevorstehenden Votum kandidieren weder er noch seine mächtige und ehrgeizige Gattin Imelda, die Gouverneurin von Groß-Manila und Ministerin für Siedlungspolitik ist. 17 Sitze des insgesamt 200 Sitze zählenden Parlaments kann Marcos mit Mitgliedern seiner Wahl besetzen.

Wie aber wird die Volksstimmung nach den Wahlen sein? Das ist das meistdiskutierte Thema dieser Tage. Die Frage dahinter: Wird der Wahlverlauf „ehrlich und sauber" sein? „Unmöglich", sagen die Anhänger der radikalen Boykottbewegung. Und deshalb boykottieren sie. Doch die Mehrheit der Marcos-müden Filipinos will den Wahlen eine Chance geben und zur Abstimmung gehen. Das Wahlprocedere sei besser als 1978.

Hart will über Versöhnung mit Sieger Mondale noch nicht reden

Spekulationen um das Wahl-Ticket der Demokraten / Jesse Jacksons nützliche Rolle

DIETRICH SCHULZ, Washington

Für Gary Hart, den politischen Senkrechtstarter, der in den ersten Vorwahlwochen bei den Demokraten von Erfolg zu Erfolg schritt, sind schlechte Zeiten angebrochen. Nachdem am Wochenende auch die Vorwahlentscheidung im Bundesstaat Texas enttäuschend für ihn ausging, setzt er nun alle seine Hoffnungen auf die nächste Runde am heutigen Dienstag, auf die Vorwahlen in den vier Bundesstaaten Ohio, Maryland, Indiana und North Carolina. Im Lager des Rivalen, des früheren Vizepräsidenten Walter Mondale, der in allen vier Staaten als Favorit gilt, hofft man, so eindeutig triumphieren zu können, daß dem jungen Senator aus Colorado die Lust zum Weitermachen vergeht.

Mondale hat jetzt 1249 der 1967 Delegiertenstimmen, die im Juli auf dem Parteikonvent in San Francisco zur Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei notwendig sind. Weder Gary Hart noch der dritte Mann im Rennen, der farbige Jesse Jackson, könnten Mondale noch überholen. Wohl aber könnten sie, wenn sie sich zusammentun, es Mondale schwermachen, in San Francisco schon im ersten Wahlgang gewählt zu werden.

Alle Versuche von Parteisenioren, die Mißhelligkeiten zwischen den drei Präsidentschaftsbewerbern schon vorweg auszuräumen und so schädliche Streitigkeiten auf dem Parteikonvent zu vermeiden, sind bisher gescheitert. Eine Zeitlang sah es aus, als gelänge es dem früheren Parteivorsitzenden Robert Strauss, wenigstens zwischen Mondale und Jackson Frieden stiften zu können. Doch seit Jesse Jackson am Samstag im Bundesstaat Louisiana unter merkwürdigen Begleitumständen seinen zweiten Vorwahlsieg erringen konnte, ist auch er wieder ganz auf Kampf eingestellt.

Gary Hart ließ sich am Sonntag ebenfalls wenig versöhnlich aus. In einem Interview mit der „Washington Post" erteilte er der Idee eine Absage, sich mit der Kandidatur für das Amt des Vizepräsidenten an der Seite Walter Mondales zufriedenzugeben. Das, was viele für einen Versuchsballon hielten, schoß er mit der Bemerkung ab, er eigne sich nicht dazu, die „zweite Geige" zu spielen. Eine „Kombination" mit Mondale könne er sich nur vorstellen, wenn er, Hart, die Spitzenposition einnehme. Er kandidiere nicht für das Amt des Vizepräsidenten, sondern für das des Präsidenten.

Derartige Absagen können freilich Spekulationen nicht verhindern, wie ein von Walter Mondale angeführtes Wahlteam der Demokraten aussehen könnte. So hat unter anderem das Gallup-Meinungsforschungsinstitut herausgefunden, daß Mondale gepaart mit Hart bessere Chancen hätte, Präsident Reagan aus dem Weißen Haus zu verdrängen. Ein Wahl-„Ticket" Mondale–Hart läge danach mit 49 Prozent der Stimmen gleichauf mit dem republikanischen „Ticket" Reagan–Bush, während, wenn die Befragten nur vor die Wahl zwischen Mondale und Reagan gestellt werden, Mondale weit hinter Reagan zurückblieb.

Die Frage, wie eine Mondale-Kandidatur attraktiver gemacht werden könnte, beschäftigt die Demokratische Partei lebhaft. Es wirkt nicht gerade ermutigend, daß der frühere Vizepräsident mit einer einzigen Ausnahme (Missouri) noch nirgendwo mit einer wirklich überzeugenden Mehrheit bei den Vorwahlen gewonnen hat.

Mondale wird deshalb von einflußreichen Kräften in der eigenen Partei bedrängt, erstmals in der amerikanischen Geschichte eine Frau zur Kandidatin für das Amt des Vizepräsidenten zu machen. Man will nämlich auch herausgefunden haben, daß man mit einer Frau auf dem Wahlzettel selbst solche Wähler für die Demokraten gewinnen könnte, die bislang auf Ronald Reagan eingeschworen sind. Auch ein Name wird bereits gehandelt: Geraldine Ferraro (48), Kongreß-Abgeordnete aus dem New Yorker Stadtteil Queens.

Jesse Jackson, der sich immerhin mit seinen Stimmerfolgen bei seinen schwarzen Landsleuten ein Mitspracherecht erworben hat, kommt in den Spekulationen über den besten Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten so gut wie nie vor. Die Mehrheit der Demokraten glaubt einfach nicht, daß er für das „Wahlticket" der Partei im Herbst ein Gewinn wäre. Andererseits herrscht Einigkeit darüber, daß man die vielen schwarzen Bürger, die in den Vorwahlen für Jackson stimmten, nicht vor den Kopf stoßen darf, wenn man nicht Gefahr laufen will, daß sie sich im November ganz den Wahlen fernhalten. Also sieht man es in der Partei nicht ungern, daß Jackson weiterkämpft. Jackson gewann in Louisiana die Vorwahlen mit 43 Prozent der abgegebenen Stimmen, auf Hart entfielen 25 und auf Mondale 22 Prozent.

(SAD)

Warschau: Anklage nach Tod eines Schülers

dpa, Warschau

Fast genau ein Jahr nach dem Tod des Abiturienten Grzegorz Przemyk hat der zuständige Staatsanwalt jetzt beim Bezirksgericht in Warschau Anklage gegen zwei Polizisten, zwei Sanitäter eines Rettungswagens und zwei Ärzte erhoben. Wie die amtliche ponische Nachrichtenagentur PAP am Montag berichtete, sollen sich die beiden Sanitäter wegen Schlagens mit Todesfolge verantworten, während die Polizisten lediglich wegen gesundheitsgefährdenden Schlagens vor Gericht erscheinen. Die Anklage gegen die beiden Ärzte lautet auf unterlassene Hilfeleistung. Grzegorz Przemyk war am 14. April letzten Jahres an den Folgen schwerer innerer Verletzungen gestorben.

Peking verstärkt Personalkontrollen

AFP, Peking

Zur besseren Erfassung der Bevölkerung und Vereinfachung der umständlichen Behördengänge führt die Volkrepublik China Personalausweise für die über 16 Jahre alte Bevölkerung mit Ausnahme von Polizisten, Militärangehörigen und Häftlingen ein. Wie gestern Renmin Ribao" („Volkszeitung") meldete, sollen die Ausweise, die zuerst in den großen Städten eingeführt werden, „die legitimen Rechte und Interessen der Bürger besser schützen und gleichzeitig die politische Stabilität, den wirtschaftlichen Wohlstand und die soziale Ordnung stärken". Bisher besaß jede chinessiche Familie lediglich ein Stammbuch, „Hukou", in dem die Geburten, Sterbefälle und das bürgerliche Statut – städtisch oder ländlich – eingetragen werden.

Spitzendiplomat „abgesprungen"?

AP, Washington

Der Leiter der diplomatischen Mission Äthiopiens in Washington, Geschäftsträger Tesfaye Demeke, hat nach Darstellung eines amerikanischen Kongreßmitarbeiters am vergangenen Freitag um politisches Asyl in den Vereinigten Staaten gebeten.

Der Berater der Republikanischen Partei für den Afrika-Unterausschuß des Repräsentantenhauses, David Lonie, berichtete in Washington, Demeke habe sein Ersuchen an die Einwanderungs- und Naturalisierungsbehörde der USA gerichtet.

Der 40jährige Demeke, ein Berufsdiplomat, war 1980 zum äthiopischen Geschäftsträger in Washington ernannt worden, nachdem Addis Abeba die Beziehungen zu den USA herabgestuft hatte.

Duarte muß sich mit den Militärs arrangieren

Sieger bei den Präsidentschaftswahlen in El Salvador

W. THOMAS, San Salvador

Nun durfte José Napoleón Duarte doch noch einen späten Triumph feiern. Zwölf Jahre nach seinem ersten Sieg bei einer Präsidentschaftswahl, dem eine Intervention der Streitkräfte, eine Festnahme, Folter und ein Exil in Venezuela folgten, konnte der salvadorianische Christdemokrat ein zweites Mal gewinnen. Diesmal wird er die Gelegenheit erhalten, das Land zu regieren.

„Wir werden das Vertrauen des Volkes in das demokratische System nicht enttäuschen", betonte Verteidigungsminister Carlos Eugenio Vides Casanova in einer von den Zeitungen veröffentlichten Erklärung, in der auch von nicht näher erläuterten „Fehlern der Vergangenheit" die Rede war.

Der Gedanke an die Zukunft läßt bei Duarte keine euphorische Stimmung aufkommen. „Wir haben eine Hürde genommen", warnte er vor Parteifreunden, „wir müssen noch andere nehmen." Die meisten politischen Beobachter in der Hauptstadt San Salvador nennen die Streitkräfte an erster Stelle, wenn sie die potentiellen Probleme Duartes ansprechen. „Sein Verhältnis zu den Offizieren entscheidet über diese Präsidentschaft", meinte ein Diplomat.

Duarte ist der erste salvadorianische Präsident seit mehr als einem halben Jahrhundert, der ohne die Unterstützung der Militärs gewählt worden ist. Die Militärs bleiben jedoch die einflußreichste Institution des Landes, solange der Krieg gegen die marxistischen Rebellen der „Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) anhält, der bisher 46 000 Todesopfer forderte. Bei einem Angriff der Guerrilla auf die Provinzhauptstadt San Miguel wurden am Wahltag 19 Personen getötet.

Nationale Versöhnung

Die Frage, wie dieser blutige Konflikt einmal enden soll, spaltet die Streitkräfte und die Christdemokraten. Für Duarte gibt es keine militärische Lösung, weil seiner Ansicht nach weder die Regierungstruppen noch die Partisanen dem Gegner einen entscheidenden Schlag versetzen können. Er sprach im Wahlkampf immer wieder von der Notwendigkeit einer „nationalen Versöhnung" und eines „Dialoges".

Stabschef Adolfo Blandon, der zweithöchste Offizier der Streitkräfte, hat Verhandlungen strikt abgelehnt: „Ich bezweifle, daß man mit Kommunisten in gutem Glauben verhandeln kann." Angeblich denken Verteidigungsminister Vides Casanova und andere Vertreter der Armee-Hierarchie ähnlich wie dieser Oberst. Sie hoffen immer noch auf einen militärischen Sieg, wenn die Amerikaner weiter Waffen liefern und eine Ausbildungshilfe gewähren.

Eine Gruppe von Offizieren appellierte Ende April an den Verteidigungsminister, dem nächsten Präsidenten die Grenzen seiner Autorität klarzumachen: Er könne wohl personelle, nicht aber strukturelle Änderungen vornehmen. Die Offiziere reagierten offenbar auf Gerüchte, daß Duarte die Finanzpolizei auflösen will, die über einen berüchtigten Geheimdienstapparat verfügt. Der Oberst Nicolas Caranza, der Kommandeur der Finanzpolizei, soll auf einer Liste jener Offiziere stehen, die Duarte sofort ablösen möchte.

Kampf gegen die Rebellen

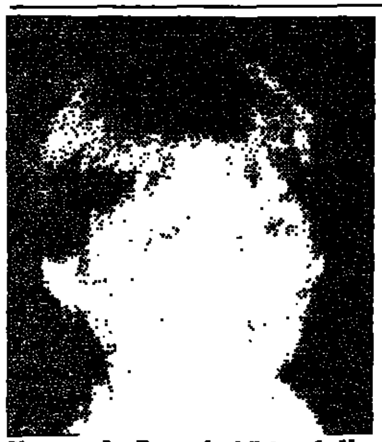
General Vides Casanova, der sich während seiner eineinhalbjährigen Amtszeit als fähiger und resoluter Verteidigungsminister erwies, braucht dagegen nicht um seine Position zu fürchten. Auf ihn möchte der neue Präsident nicht verzichten. Vides Casanova spielt nicht nur eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die marxistischen Rebellen. Er hat in den letzten Monaten auch die Aktivitäten der Todesschwadronen unterbinden lassen. Jetzt plant Duarte die Untersuchung einiger spektakulärer politischer Verbrechen wie die Ermordung des Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero vor vier Jahren. Ohne die Hilfe des Verteidigungsministers kann er nicht viel erreichen.

Niemand weiß, wie sich Roberto d'Aubuisson nach seiner Niederlage verhalten wird. Ob sich der ehemalige Geheimdienstoberst und Führer der rechten Arena-Partei wieder radikalisiert und Unruhe schürt, oder den im Wahlkampf eingeschlagenen gemäßigten Kurs beibehält. „Wir haben d'Aubuisson gebeten, eine konstruktive Rolle zu spielen", sagte ein Offizier aus der Umgebung des Verteidigungsministers.

D'Aubuisson, (40), ist verbittert und spricht von einem unfairen Wahlkampf. Er beschuldigt die Reagan-Regierung, Duarte offen unterstützt zu haben. Washingtons Botschafter Thomas Pickering wies diese Vorwürfe zwar zurück. Aber es war ein offenes Geheimnis, daß sich der Diplomat und seine Regierung lieber den Christdemokraten im Präsidentenamt wünschten als seinen Rivalen, dem Verbindungen zu Todesschwadronen nachgesagt wurden.

Duarte repräsentiert die politische Mitte. Während seiner Amtszeit als Junta-Chef (1980 bis 1982) wurden soziale Reformen durchgeführt, wie die Verteilung des Landes, die Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels. Hinter ihm stehen die Vertreter der unteren Mittelklasse, vor allem Arbeiter und Bauern. (SAD)

IM BLICKPUNKT / Zwei Frauen, zwei Männer: Nadia Comaneci, Stefan Bellof, Sabine Paetz und Raimund Dietzen



Eine große Turnerin hört auf: Nadia Comaneci. FOTO: AGERPRESS

Mit 23 schon eine Legende

DW. Bukarest

Sie hat eine Vorliebe für Schweizer Schokolade, amerikanische Zigaretten und den französischen Filmstar Alain Delon. Dabei ist sie selber ein Star, über den in Hollywood ein Film gedreht werden soll: „Nadia – eine Legende". In Bukarest wurde Nadia Comaneci, mittlerweile 23 Jahre alt, am Sonntag offiziell vom Hochleistungssport verabschiedet. Es war eine große Feier für eine große Turnerin, denn niemand hat das Kunstturnen der Mädchen in den letzten Jahren dermaßen beeinflußt wie die Rumänin Nadia Comaneci. Bei internationalen Meisterschaften und Olympischen Spielen gewann sie insgesamt 21 Goldmedaillen, die letzten beiden 1980 in Moskau. Doch von da ab ging's nur noch bergab.

Nachdem ihr Trainer Bela Karoly in die USA geflüchtet war, sorgte die Comaneci auf ihre Weise für Aufsehen: Durch zwei Selbstmordversuche, durch eine Affäre mit Nicu Ceausescu, dem Sohn des rumänischen Staatschefs, durch ständige Ankündigungen, doch noch ein Comeback als Turnerin zu versuchen. Nun schreibt sie an ihren Memoiren – eine junge Frau von 23 Jahren.

Ihr früherer Trainer Bela Karoly erklärte in den USA: „Nach dem überragenden Erfolg von Nadia Comaneci bei den Olympischen Spielen 1976 in Montreal wurde sie uns weggenommen und nach Bukarest geschickt. Danach kam ihr weltweit publizierter Abstieg in den Jahren 1977 und 1978. Und dann bat man mich und meine Frau wiederum um Hilfe. Das passierte dreimal. Es machte uns sehr unglücklich." Nach ihrem Rückzug im Jahre 1981 von den internationalen Bühnen gab es niemals eine offizielle rumänische Auskunft darüber, ob es sich nun um einen Rücktritt oder nur um eine zeitweilige Unterbrechung handelte.



Senkrechtstarter in der Formel 1: Stefan Bellof. FOTO: BILD+NEWS

„Fahre nur auf Angriff"

K. Bl. Bonn

Sechster Platz beim Großen Preis von Belgien in Zolder, fünfter Platz beim Grand Prix von San Marino in Imola – der 26jährige Gießener Autorennfahrer Stefan Bellof gilt schon nach vier Rennen als Senkrechtstarter in der Formel 1. Sein Tyrrell-Ford ist als einziges Rennauto im Feld der Konkurrenten mit einem herkömmlichen Saugmotor ausgerüstet, mit dem Bellof eigentlich den Kontrahenten unterlegen sein müßte. Was wäre also, wenn er einen Turbo-Motor hätte? „Dann müßte auch alles erst zusammenpassen. Es ist gar nicht gesagt, daß es besser wäre."

Abwarten und Ankommen, das müßte eigentlich die Devise eines Formel-1-Anfängers sein. Bellof aber sagt im Gespräch mit der WELT: „Ich fahre nur auf Angriff. Was sollte ich denn abwarten?" Diese aggressive Taktik hat ihm bei seinem Teamchef Ken Tyrrell hohes Lob eingebracht. Tyrrell zur WELT: „Für mich ist Bellof das größte fahrerische Talent, das Deutschland nach dem letzten Krieg hervorgebracht hat." Der Mann muß es wissen, schließlich fuhr für ihn einmal der Schotte Jackie Stewart, der erfolgreichste Grand-Prix-Rennfahrer aller Zeiten ...

Was das Talent Bellof erstaunt: „Ich stehe ganz schön im Mittelpunkt, wenn ich mal nach Deutschland komme. Aber das hat wohl weniger mit meiner Person etwas zu tun als vielmehr mit meinem Arbeitsfeld, der Formel 1. Wenn man in der höchsten Motorsportklasse der Welt fährt, wird man zwangsläufig mehr beobachtet. Das schlägt sich dann auch nieder, wenn ich für Porsche in der Langstrecken-Weltmeisterschaft starte."

Was wohl so nicht ganz stimmt und deshalb als Understatement zu werten ist.



Stellte einen Weltrekord auf: Sabine Paetz. FOTO: AP

„Augen zu und durch"

KLAUS BLUME, Bonn/Leipzig

Am Sonntag stellte die 26jährige Leipziger Sportstudentin Sabine Paetz in Potsdam mit 6867 Punkten einen neuen Weltrekord im Siebenkampf auf. Die WELT sprach mit Sabine Paetz.

WELT: Weltrekord zum Saisonauftakt – kann man so etwas eigentlich planen?

Paetz: Nein. Ich wußte nur, daß eine hohe Punktzahl möglich war, weil ich wettkampfnah trainiert hatte.

WELT: Als Sie bei Halbzeit Ihre Punktzahl sahen, was dachten Sie da?

Paetz: Ich habe mich erst einmal mit einer Punktetabelle in ein stilles Eckchen gesetzt und angefangen zu rechnen. Da wurde mir immer klarer, daß ich schon ganz schön weit gegangen war.

WELT: Dann wollten Sie den Rekord?

Paetz: Ich habe erst nach dem Weitsprung, der mir mit 6,86 Meter ganz hübsch gelungen war, an den Rekord gedacht.

WELT: Wie macht man so etwas beim abschließenden 800-m-Lauf?

Paetz: Indem man sich sagt: Sabine, mach die Augen zu, und dann durch.

WELT: Stichwort Weitsprung ...

Paetz: Auch ohne Rückenwind: Man kann auch innerhalb des Siebenkampfes mehr als 7 Meter springen.

WELT: Was schon notwendig wäre, um sich eventuell als Spezialistin zu behaupten.

Paetz: Ich gehe mal davon aus, daß ich mich als neue Weltrekordlerin für unsere Olympia-Mannschaft qualifiziert habe. Aber man weiß ja nie, was der Sommer so alles bringt. Deshalb lasse ich mir zwei Hintertürchen für Los Angeles offen. Die eine heißt Hürdensprint, die andere Weitsprung.

Aus den Schatten von Thurau und Braun getreten: Raimund Dietzen. FOTO: AP

Er wollte schon aufhören

F. VERMEEREN, Bonn

Im vorigen Jahr galt er noch als die dritte Kraft im deutschen Profi-Radsport, neben Dietrich Thurau aus Frankfurt und Gregor Braun aus Neustadt in der Pfalz. Inzwischen ist Raimund Dietzen aus Trier, 24 Jahre alt, so etwas wie die erste Kraft seiner Branche geworden, hierzulande. Dritter Platz bei der schweren Spanien-Rundfahrt, der „Vuelta" – das zählt in seiner Zunft viel. Denn die „Vuelta" ist viel schwerer als der Giro d'Italia und die Tour de Suisse. Das Rennen wird vom Schwierigkeitsgrad her nur noch von der legendären Tour de France übertroffen.

Übrigens Tour de France: Als Dietzen 1982 als Profi-Neuling daran teilnehmen wollte, befiel ihn drei Tage zuvor ein Virus. Am Start in Basel war er ein Häuflein Elend. Schon nach zwei Tagen war die große Tour für ihn zu Ende. Doch kaum hatte er die Krankheit überwunden, fuhr er zum Training in die Eifel. Doch da kam es noch schlimmer. Ein Pkw, der die Vorfahrt nicht beachtete, rammte den Radfahrer Raimund Dietzen. Gehirnerschütterung, Knochenabsplitterungen am Arm, Fleischwunden, drei Wochen im Krankenhaus, Saisonende, noch bevor diese zu Ende war.

Als er im Oktober wieder anfing, stellten sich ständige Rückenschmerzen ein, und Dietzen dachte daran, den Beruf des Radrennfahrers wieder an den Nagel zu hängen. Klaus-Peter Thaler, sein früherer Kollege aus alten Querfeldein-Zeiten, besorgte ihm dennoch einen Vertrag beim spanischen Teka-Rennstall, dessen Kapitän er mittlerweile ist. Im vorigen Jahr lag Dietzen bei der Spanien-Rundfahrt auf Platz neun, als er aufgeben mußte: Fisch-Vergiftung!

Nun scheint die Pechsträhne vorbei zu sein, nun klappte es: Platz drei.

Rund um Dada – Die „Flametti"-Produktion der Schlicksupp teatertrupp

Wo der Traum von Freiheit zerplatzt

Man schreibt das Jahr 1916. – Während draußen der Weltkrieg tobt, bildet Zürich eine Insel des Friedens. Hier treffen sich Pazifisten, Revolutionäre und Anarchisten verschiedenster Herkunft, die den Krieg und den wechselseitigen Massenmord verabscheuen, die das bestehende Gesellschaftssystem ablehnen und längst die Katastrophe heraufziehen sehen, während man im Todestaumel noch um Sieg kämpft. Diese geistige Protesthaltung gegen Kriegshysterie und Bürgerideologie fand ihr auslösendes Ventil in den Dada-Manifestationen des „Cabaret Voltaire", das im Februar 1916 unter anderem von Tristan Tzara und Hans Arp an der Spiegelgasse eröffnet wurde. Und während zur selben Zeit Lenin, der vis-à-vis wohnte, über Pläne für den Aufbau der neuen Gesellschaft nachsann, probte man im Kabarett bereits den ästhetischen Anarchismus.

Flametti. ARD, 23.00 Uhr

Hier obstruierte, brüskierte und spektakelte man; drehte nihilistische Pirouetten und sprang anarchistische Hüpfer. An dem Roman des Dadaisten Hugo Ball ist die Geschichte von „Flametti", die heute abend vom Studio des Hessischen Rundfunks ausgestrahlt wird, locker aufgehängt. Wieder steht das Kabarett im Mittelpunkt, in dem junge Künstler mit ihren wilden, krausen Ideen aufeinandertreffen, Einzelgänger, die mit ihrem künstlerischen Verweigerungsstil mit den Formen der alten Welt brechen wollen. Dem Besitzer des Etablissements kann das nur recht sein, er denkt nur an seinen steigenden Bierumsatz.

Doch der große Traum von unendlicher Freiheit zerplatzt sehr schnell an der Uneinigkeit der hier Versammelten. Sie sind und bleiben Individualisten, pochen auf ihr Recht und entzweien sich wegen der trivialsten Dinge. Am Ende taucht der Varieté-Artist Flametti wieder auf. Er bringt Volkskunst, wovon all die anderen geredet haben, allerdings auf seine Weise: autoritär, anspruchslos und unterhaltsam. Die große Kunst, von der alle einst träumten, bleibt auf der Strecke; nur die Erinnerung an eine Handvoll Individualisten, die scheiterten, bleibt zurück.

Diese „Flametti"-Produktion wurde von der in Frankfurt ansässigen Schlicksupp teatertrupp erarbeitet. Gordon Vayen von der Gruppe: „In diesem Stück sehen wir einen Spiegel, mit dem wir unsere eigenen politisch-ästhetischen Probleme reflektieren können." Die Schauspieler um den Regisseur Paul Binnerts erarbeiteten sich das Stück selbst aus Briefen, Tagebüchern, Gedichten und Manifestationen. Dabei näherten sie sich dem historischen und literarischen Material mit Assoziationen und Improvisationen, bevor sie dann eine vorläufige Stückfassung entwickelten, die auch nach der Premiere immer wieder gestrafft und verändert werden kann. Auch diese Fernsehfassung wurde eigens erarbeitet.

Die Schlicksupp teatertrupp „verdankt" ihr Entstehen der kulturpolitischen Wende: 1979 schloß der Magistrat der Stadt Frankfurt das mitbestimmte „Theater am Turm" (TAT) und entließ das gesamte Ensemble. Ein Teil der Schauspieler (mit Technik und Organisation sind es insgesamt 14 Leute) scharte sich um den holländischen Regisseur Binnerts und arbeitet seitdem weiter zusammen. „Kollektiv zu arbeiten heißt", so Gordon Vayen, „für uns: improvisieren, diskutieren, alles gemeinsam entscheiden. Unsere Stücke sind wirklich unsere Stücke, verbunden mit unseren persönlichen Erfahrungen, unserer Geschichte. Die so veränderte Arbeitsweise bedeutet auch, daß wir eine direktere Beziehung zu unserem Publikum entwickeln können. Das heißt aber auch lange Probezeiten, in denen kaum gespielt wird – und vor allem wenig Geld. Wir werden nicht subventioniert."

Gespielt wird überall: in Theatern, Jugendzentren, Schulen, in Zelten, Kneipen und auf der Straße. Für die „Flametti"-Produktion allerdings gab es erstmals Geld, sie wurde subventioniert. Der Toneelrad (Theaterrat) der Stadt Rotterdam bot der Truppe für das Stück 150 000 Gulden und freie Probemöglichkeiten. Eine Tournee folgte dann durch die Niederlande und Belgien.

„Flametti" – dieses Stück über Dada, Dadaisten, über ein Varieté-Ensemble zeigt enge Parallelen zu heute und unserer Situation: ein Stück nämlich über Aufstieg und Untergang, über Enttäuschung und Hoffnung", so die trotzig-resignierende Feststellung von Gordon Vayen von der Gruppe.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Mit Musik, Artistik und Kabarett verarbeitet „Schlicksupp teatertrupp" Ideen der Dadaisten FOTO: DIE WELT

KRITIK

Spurenelemente des Bösen

Die Italiener kennen die große Geste des dramaturgischen Bogens. Schon in der ersten Folge des sechsteiligen Films sind die Spannungselemente im Gewirr der mafiosen Handlung zu erkennen: **„Allein gegen die Mafia"** (ZDF). Das ist ein guter Brauch, Disposition nannte man das früher.

Die handelnden Personen werden vorgestellt, das Ambiente angeleuchtet, die ersten Spurenelemente des Bösen schimmern schon in den Augen der Verdächtigen auf, kurz, man möchte, verdammt, jetzt so bald wie möglich wissen, wie der junge Kriminalkommissar den Mord der Mafia an seinem Vorgänger aufklärt. Die Schuldigen glaubt man jetzt schon zu kennen (daß sie es schließlich nicht sind, was macht das heute schon aus).

Da kommen Menschen daher, die nicht von der Menu-Karte der deutschen Fernsehproduktion stammen, neue Gesichter, eine andere Welt, fast möchte man vergessen, daß es von deutschen Antennen über das Land geht. Michele Placido und Barbara de Rossi nehmen gefangen. Der Regisseur, Damiano Damiani, macht, was man am liebsten Handwerk der Phantasie nennen möchte.

Man soll nach der ersten Folge, die letztlich nur Muster sein will, keine Wertung vornehmen, aber eines darf man wohl, die großen Augen einer schönen Neugier machen und darüber berichten.

VALENTIN POLCUCH

GALOPP-KOLUMNE / Mit Akitos fiel ein weiterer Kandidat aus dem Favoritenkreis für das Derby

Abary und Ordos treffen wieder in Iffezheim aufeinander

Die Liste der Pferde, die zum ernsthaften Kreis der Kandidaten für den Sieg im Deutschen Derby (300 000 Mark) am 1. Juli 1984 in Hamburg-Horn zu zählen sind, reduziert sich immer mehr. Ausgeschieden ist am Sonntag nach seinem enttäuschenden zweiten Platz im Kölner Behr-Memorial hinter Aratan (Gestüt Fährhof) der zunächst hocheingeschätzte, letztlich aber wohl überschätzte Schlenderhaner Hengst Akitos. Wegen einer Verletzung wird Trapphahn aus dem Gestüt Ravensberg wohl kaum bis zum Derby wieder fit sein, Utamaro aus dem Gestüt Erlengrund laboriert ständig an anderen Blessuren. Diese sechs Pferde sind nach den Resultaten der letzten Rennen die Derby-Favoriten: Lagunas, Apollonios, Daun, Der Wind, Aratan und Lave Letter.

*

Den endgültigen Beweis, daß er die Derby-Distanz von 2400 m wohl kaum bewältigt, lieferte der Hengst Tobelo am Sonntag in Frankfurt/Main im Großen Preis der Steigenberger Hotelgesellschaft (Europa-Gruppe III, 2000 m, 51 000 Mark, 30 000 Mark dem Sieger). Als heißer 14:10-Totofavorit war er nach einem einwandfreien Rennverlauf schon zu Beginn der Zielgeraden geschlagen und wurde nur Siebter. Überlegener Sieger mit sechs Längen Vorsprung: Der Wind aus dem Gestüt Röttgen mit Jockey Patrick Gilson (23). Die Außenseiter Kioto und Prestissimo belegten die weiteren Plätze.

*

In Iffezheim ist auch das nächste Aufeinandertreffen der beiden vierjährigen Hengste Abary und Ordos geplant. Beide sollen dort am 27. Mai im Großen Preis der Badischen Wirtschaft (Europa-Gruppe II, 110 500 Mark, 65 000 Mark dem Sieger, 2200 m) antreten. Abary mit Georg Bocskai (25) besiegte in Köln im Gerling-Preis Derby-Sieger Ordos mit Peter Alafi (48) mit einer halben Länge Vorsprung, formgemäß wurde Belesprit Dritter, der Niederländer Mickemans überraschte als Vierter.

*

44 000 Mark kassierte das Gestüt Fährhof für den Erfolg Abarys. Fährhofs Besitzer, der Bremer Kaffee- und Schokoladen-Multi Walther Jacobs (74), erlebte die Erfolge seiner Pferde Aratan und Abary in Köln nicht persönlich, er war zum Steigenberger-Renntag nach Frankfurt geflogen. Er traf dort Alt-Bundespräsident und Galopper-Chef Walter Scheel und Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann, die sich im Festzelt vom Gourmet-Service des Hotel-Konzerns verwöhnen ließen. Der Totoumsatz in Frankfurt: 897 775 Mark, in Köln wurden 1 016 935 Mark umgesetzt. Kölns Manager Hans-Jürgen Braun möchte für die Zukunft verhindern, daß große Renntage in Köln und Frankfurt an einem Tag stattfinden.

*

Im Alter von 89 Jahren ist der zuletzt in Gelsenkirchen lebende Hippologe Dr. Josef Pulte verstorben. Seine letzte Funktion im Galopper-Lager: Berater von Horst-Herbert Alsen im Hamburger Gestüt Falkenstein.

*

Eines der besten englischen Rennpferde aller Zeiten, der legendäre Hengst Brigadier Gerard, ist plötzlich unfruchtbar geworden. Die beiden deutschen Züchter Karl-Dieter Ellerbracke und Heinz Weil waren davon betroffen, ihre Stuten werden jetzt von den Hengsten Nininski und Milford gedeckt.

KLAUS GÖNTZSCHE

SPORT-NACHRICHTEN

Zola Budd in Oslo Dritte

Oslo (sid) – Im ersten internationalen Rennen ihrer Laufbahn belegte die 17jährige Zola Budd am Sonntag in Oslo den dritten Platz. Die nach Großbritannien eingebürgerte Südafrikanerin mußte sich über 10 000 Meter in guten 31:42,5 Minuten gegen die Norwegerinnen Ingrid Kristiansen (31:25,2) und Marathon-Weltmeisterin Grete Waitz (31:28,1) geschlagen geben.

Fey nach Leverkusen

Leverkusen (dpa) – Handballnationalspieler Claus Fey (29) wechselt vom VfL Gummersbach zum Zweit-Bundesligaklub Bayer Leverkusen. Fey spielte 70 Mal in der Nationalmannschaft.

UEFA-Cup-Finale im TV

Düsseldorf (sid) – Vom ersten Spiel im 13. Finale um den Fußball-UEFA-Pokal zwischen dem RSC Anderlecht und Tottenham Hotspur London berichtet das Deutsche Fernsehen (ARD) am Mittwoch (9. Mai) im ersten Programm in einer Aufzeichnung von 23.00 bis 23.45 Uhr. Vom Final-Rückspiel am 23. Mai in London sendet das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ab 22.10 Uhr ebenfalls Ausschnitte.

Ali: Zwangsversteigerung

Pittsburgh (dpa/UPI) – Das 1974 vom früheren Schwergewichts-Box-Weltmeister Muhammad Ali für 32 000 Dollar erworbene zweistöckige Haus in Pittsburgh soll zwangsversteigert werden, weil er mit der Abtragung seiner Hypothek im Verzug ist. Die Bank beklagte schon des öfteren verspätete Zahlungen.

Juventus wieder Meister

Rom (sid) – Europacup-Finalist Juventus Turin sicherte sich zum 21. Mal in der Vereinsgeschichte die italienische Fußball-Meisterschaft. Am 29. und vorletzten Spieltag reichte ein 1:1 im Heimspiel gegen AC Avellino zum vorzeitigen Titelgewinn.

ZAHLEN

HOCKEY

1. Feldhockey-Europameisterschaft der Damen in Lille/Frankreich, dritter Spieltag, Gruppe A: Österreich – Italien 3:2, Holland – Belgien 4:0, UdSSR – Schottland 4:0. – Tabellenspitze: 1. UdSSR (23:0 Tore/6:0 Punkte), 2. Schottland (14:0/6:0). – Gruppe B: Deutschland – Irland 3:0, CSSR – Frankreich 2:1, England – Spanien 2:0. – Tabellenspitze: 1. Deutschland (7:0/6:0), 2. Irland (2:3/4:2).

LEICHTATHLETIK

Sportfest in Athens (Georgia), Männer: 100 m: 1. Lattany (USA) 9,96 Sek. – **In Houston:** 100 m: 1. Lewis (USA) 9,99.

GOLF

Turnier in Monza: 1. Lyle (England) 277 Schläge ...11. Langer (Deutschland) und Torrance (England) je 285. – **„Captains Cup"** in Frankfurt, erstes deutsches Ranglisten-Wettspiel, (Standard 71). Herren: 1. Dekorsy (Stuttgart) 69+74+71=214, 2. Städler (Wuppertal) 70+75+70=215, 3. Schulte (Sauerland) 72+74+73=219.– Damen: 1. Koch (Hannover) 73+75+73=221, 2. Lampert (Kronberg) 73+77+75=225, 3. Steinert (St. Eurach) 74+75+79=228.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0,1,1,1,2,2,1,2,2,1,0. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 13, 16, 17, 21, 35, 39, Zusatzspiel: 26. (Ohne Gewähr).

STAND ● PUNKT

Warnung

Beim Weltcup-Floretturnier in Bonn wurde der Engländer Robert Bruniges von dem Österreicher Joachim Wendt mit der Klinge am Brustkorb verletzt. Die Klinge Wendts war nicht abgebrochen, hatte aber dennoch die Schutzkleidung von Bruniges in Höhe seiner Rippen durchdrungen. Der Engländer erlitt eine Fleischwunde, die im Krankenhaus genäht werden mußte.

Harald Hein, der große deutsche Fechter, sagte in Bonn: „Gerade bei großen Turnieren muß immer wieder auf die Gefahren unseres Sports hingewiesen werden, ohne dabei in Hysterie zu verfallen. Man kann Unfälle nur durch neuartige, bessere Klingen aus Kunststoff verhindern. Wenn dieses aber nicht möglich ist, muß ein neues Reglement her: Keine Nahkämpfe mehr und somit auch keine sturzflugartigen Angriffe." Harald Heins Worte ins Ohr der Funktionäre.

DW

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.03 Vor dem Sturm (2)
11.05 Umschau
11.25 Filmforum
Mit Muskeln und Sandalen
Herkules & Co.
12.10 Rüstung
Arme Welt – reiche Welt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau

16.10 Frauenberufe
Die Zukunft begann vor 100 Jahren
4. Folge: Dienstmädchen: Perlen, die zu teuer sind

16.55 Spaß am Dienstag
Mit Stefanie und Frank
Kleine Tiere – große Wirkung. Eine Spinne treibt Frank auf die höchste Leitersprosse, und eine winzige Mücke bringt Donald Duck zur Weißglut.

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Kurt Tucholsky

21.00 Report
Druckerstreik – ein Arbeitskampf mit neuer Satzung / Verteidigungsminister: Alle wollen neue Waffen, keiner kann zahlen / Parteien, Spenden, Amnestie – Interview mit Ernst Benda / Köln, Hamburg, Dresden – die Memoiren des „bomber" Harris / Der Aufstand der Frauen in der Politik
Moderation: Guenther von Lojewski

21.45 Dallas
Schutt und Asche
Southfork steht in Flammen. Der Brand auf der Ewing-Ranch ist ausgebrochen, als J.R. und Ray Krebbs in einer dramatischen Auseinandersetzung erbittert aneinandergerieten. Nur das rasche Eingreifen der Feuerwehr und die solide Bauweise verhindern, daß das Haus völlig abbrennt; auch entkommen alle, die zur Zeit des Brandes dort sind, den Flammen. Der Schock ist dennoch groß genug, um die Mitglieder der zerstrittenen Familie zum Nachdenken zu bringen.

22.30 Tagesthemen

23.00 Flametti
Kulturwelt
Man schreibt das Jahr 1916. Der Weltkrieg tobt mit seinen Schrekken. Die junge Generation, die ihn zunächst beinahe als Befreiung von der Langeweile vergangener Jahrzehnte begrüßt hatte, sieht schnell ein, wie grausam und sinnlos er ist. Es gibt zwei Möglichkeiten: mitmachen oder aussteigen.

0.50 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Mosaik
Naturkosmetik – hausgemacht
anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Ravioli
10. Teil: Solo für Pepe

17.00 heute / Aus den Ländern

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Toquinho

17.50 Waldheimat
Wie ich die Pariser Mode eingeführt habe / Der versteigerte Schneider
dazw. heute-Schlagzeilen

19.00 heute
anschließend Parteien zur Europawahl

19.30 Ball
Fernsehfilm von Istvan Szabo

21.05 Tierporträt
Unternehmen Saddleback – Rettungsaktion für einen seltenen Vogel
Dokumentation von Robert Brown
In Neuseeland gibt es sehr viele bedrohte Tierarten, die durch Rodung oder von Haustieren, die neu eingeführt wurden, ausgerottet wurden oder nur noch in Restbeständen verborgen leben. Zu ihnen gehört auch der Saddleback, der Lappenvogel. Nur durch Umsiedlung in geschützter liegende Gebiete konnte diese Art erhalten werden.

21.15 WISO
Wirtschaft und Soziales
Die Themen: CDU – auf der Suche nach einem neuen wirtschaftspolitischen Kurs, Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre – Rezept gegen Arbeitslosigkeit? / Berichte über positive Ausbildungsinitiativen, Ratschläge für die Lehrstellensuche / Was dürfen Arbeitslose nebenher verdienen?
Moderation: F. Ost

21.45 heute-journal

22.05 5 nach 10
Deutschland – was ist das?
Das deutsch-deutsche Verhältnis ist diesmal Thema der Open-end-Diskussion. Am 39. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches gehen Gesprächspartner aus beiden deutschen Staaten sowie aus den Nachbarländern Frankreich und Österreich der Frage nach, was denn heute „die nationale Sache der Deutschen" sei.
anschl. heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Ein Kind ist genug! - Familienpolitik in China
20.45 Ächz! Stöhn! Schnauf!
Die alte Ente: 50 Jahre Donald Duck
21.00 Formel Eins
21.45 Ausgestrahlt und abgebrannt
22.15 Thema des Monats:
Entweder: Parteienfinanzierung oder: Arbeitskampf
anschl. Letze Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Ratschläge für die Gesundheit
Durchblutungsstörungen
19.15 Beat-Club
Heute: Inga Rumpf
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Live Show aus Berlin
21.15 Alcatraz(4)
22.05 Frauengeschichten: Veronika Fischer
Eine deutsch-deutsche Sängerin
Film von Katja Aschke
22.50 Letzte Nachrichten

BAYERN

18.15 Von der Weitergabe der Weiblichkeit
18.45 Rundschau
19.00 Maigret kennt kein Erbarmen
Französisch-italienischer Spielfilm (1959)
Regie: Jean Delannoy
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Der Sportstammtisch
23.15 Rundschau

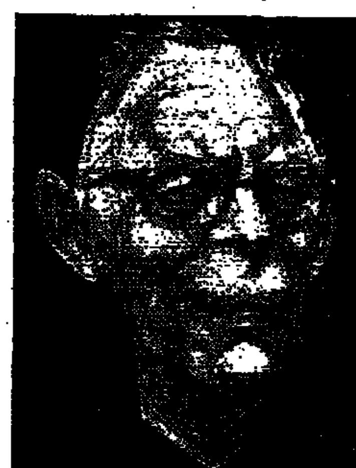
Personalien

DIPLOMATIE

Bundespräsident **Karl Carstens** empfing in der Villa Hammerschmidt in Bonn den neuen Botschafter des Ölstaates Bahrein, **Karim Ebrahim Al-Shakar**. Der Diplomat, Jahrgang 1945, der politische Wissenschaften studierte, gehört dem Außenministerium seines Landes seit 1971 an. Er wurde hier unter anderem Leiter des Referates für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Organisationen. Botschafter Al-Shakar nahm an einer Vielzahl internationaler Konferenzen teil, so als Delegationsmitglied bei der UNO-Seerechtskonferenz, bei Konferenzen der Arabischen Liga und bei Konferenzen zum Arabisch-Europäischen Dialog. 1982 wurde er Botschafter beim Büro der Vereinten Nationen in Genf, im gleichen Jahr Generalkonsul in der Schweiz. 1983 wurde er Delegationsleiter Bahreins bei der sechsten Konferenz der UNO für Handel und Entwicklung in Belgrad.

GEBURTSTAG

Seine Gärten werden jährlich von mehr als zwei Millionen Menschen besucht. Er selbst hat einmal von sich gesagt, er habe „grünes Blut" in den Adern – **Graf Lennart Bernadotte**. Der „Vater" der Blumeninsel Mainau im Bodensee feiert heute seinen 75. Geburtstag. Seit 1932, als er von seinem Vater **Prinz Wilhelm von Schweden** die kleine Insel übertragen bekam, hat er aus dem damals verwilderten Park eine Garten-Oase geschaffen, deren Blütenpracht und gärtnerische Vielfalt zahlreiche Besucher *immer wieder* erfreuen. Der Landschaftsgestalter aus Passion, hat einige seiner zahlreichen Aktivitäten jetzt in die Hände seiner jüngeren Frau gelegt. Doch Bernadotte, der auch Präsident des Kuratoriums der Nobelpreisträger-Tagung in Lindau ist, wird das bleiben, als was er sich selber bezeichnet hat: Gärtner um der Menschen willen.



Graf Lennart Bernadotte

VERÄNDERUNG

Kakojan Niazi, der in Bonn vor drei Jahren das Hilfswerk „Help" für sein Heimatland Afghanistan aufbaute, hat sich von seinen Freunden verabschiedet, um als verhinderter Jura-Student seine *Hochschullaufbahn* doch noch mit der Promotion abzuschließen. Niazi begann nach dem Einmarsch der Sowjets in Kabul in seiner Studentenbude Freunde um sich zu sammeln, die zunächst Medikamente und Verbandsmittel für Afghanistan sammelten und verschickten. Spendenaufrufe hatten damals überraschende Erfolge. Heute ist „Help" die tragende Organisation der Afghanen in der Bundesrepublik Deutschland.

VERANSTALTUNG

Prags Botschafter in Bonn, **Dusan Spacil**, hat den Nationalfeiertag seines Landes in diesem Jahr um sechs Tage vorverlegt. Anlaß für die Terminverschiebung zur Feier in seiner Residenz war die zufällige Anwesenheit *einer berühmten Musikergruppe*, des „Quatuor Zelenka de Prague", eines Quartetts aus Prag, das von Fernsehaufnahmen aus Paris zurückkam und in Bonn eben nicht am 9. Mai, sondern am 3. Mai Station machte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bedauernswerter Stil

„Wahrheiten über ein Land, das gegen Israel 'Heiligen Krieg' führt"; WELT vom 27. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

es kann Herrn Axel Springer gar nicht oft genug für die Verbreitung der Wahrheiten über die Feinde Israels gedankt werden.

Nun ist der Inhalt des Briefes von H.-J. Wischnewski an Herrn Springer sicher keine Überraschung, der bedauernswerte Stil schon eher. Wäre Wischnewskis Meinung die nur eines Teils *der deutschen Parlamentarier*, man könnte sie – mehr oder weniger gelassen – für eine in einem demokratischen System denkbare halten.

Das Beunruhigende ist nicht diese Einstellung à la Ben Wisch. Das Beunruhigende ist die Tatsache (und das bewies die Bundestagsdebatte nach Kohls Israel-Besuch leider eindrucksvoll), daß es nicht einen deutschen Politiker gibt, der die Tatsa*chen in und um Israel in seinen Äuße*rungen angemessen berücksichtigt, geschweige denn diese zur Grundlage seiner Meinung macht.

Das ist das eigentlich Erschütternde und für ein frei gewähltes deutsches Parlament, welches die gesamte demokratische Meinungsvielfalt des Volkes widerspiegeln sollte, eine sicher unverzeihliche Entwicklung.

Diese Art der „geistig-moralischen Wende" hätte uns erspart bleiben sollen.

Beste Grüße
D. Ruheibany,
Hamburg 26

Hauptprodukt

„In Modena zählt für Unternehmer und KPI nur eins: Erfolg"; WELT vom 7. April

Ihr Korrespondent Friedrich Meichsner berichtet in der obigen Ausgabe über die Industrieaktivitäten im Gebiet Modena/Italien. Erstaunlicherweise läßt er die Unternehmen aus, die zu den wichtigsten in diesem Gebiet gehören. Es handelt sich um die Fliesenbranche.

Im Raum Sassuolo, in unmittelbarer Nachbarschaft von Modena, befinden *sich ca. 300* Fliesenwerke mit über 30 000 Beschäftigten. Dies sind etwa 75 % der italienischen Fliesenproduktionskapazität, mit mehr als 30 % Anteil an der Weltproduktion.

Von dieser Gesamtproduktion werden über 50 % exportiert. Das Exportvolumen dürfte mittlerweile bei 130 Millionen qm Fliesen im Jahr liegen und mit über 2 % am Nettoüberschuß der italienischen Handelsbilanz beteiligt sein. Der derzeitige Anteil der Fliesenproduktion in Sassuolo und Umgebung am gesamten Produktionspotential der EG liegt bei über 60 %.

RAAB KARCHER,
Fliesenhandel GmbH,
Köln

Lob der Theorie

Wie kürzlich der Presse zu entnehmen war, wird Frau Funke Ehrendoktor der türkischen Universität in Bursa. „Wegen ihres engagierten Eintretens für die ausländischen Arbeitnehmer und deren Eingliederung in die Gesellschaft der Bundesrepublik", heißt es dort weiter. Frau Funke ist also „anerkannte" Spitzenexpertin des Ausländerproblems in unserem Land.

Welche Erfahrungen hat denn Frau Funke mit dem Ausländerproblem gemacht? Wieviel weiß sie denn, kann sie überhaupt wissen, von den Problemen der Deutschen in oder in der Nähe der ausländischen Wohngebiete in unseren Städten?

Wer von „Integration der Ausländer" redet, sollte zuerst einmal ein einjähriges Praktikum in Berlin-Kreuzberg, im Frankfurter Bahnhofsviertel oder in der Dortmunder Nordstadt ablegen. Dort, in der „Hölle" der Kulturüberschneidungen, sollten unsere Integrationstheoretiker ihre praktischen, lebensnahen und hoffentlich auch ernüchternden Erfahrungen sammeln.

So aber sind leider die Ausländer und ihre Kinder *einer Großzahl* von Integrationstheoretikern ausgeliefert, die – zumeist in schönen Villen im Grünen beheimatet – keinerlei Tuchfühlung mit den unmittelbaren Folgen des Ausländerproblems haben, sich aber dennoch erdreisten, dem deutschen Volk „Vorurteile" vorzuwerfen, wie Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit.

Winfried Reinke,
Böblingen

Wort des Tages

„Es ist fraglos ein Übel, voller Fehler zu sein, aber es ist ein noch größeres Übel, es zu sein und sie nicht kennen zu wollen, weil das heißt, daß man ihnen willentlich noch den Betrug hinzufügt."

Blaise Pascal; franz. Philosoph und Mathematiker (1623 – 1662)

RAF-Mitglied zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt

dpa/rtr/AP, **Stuttgart**

Der Zweite Senat des Stuttgarter Oberlandesgerichts hat den 32jährigen Peter-Jürgen Boock gestern nach 15monatiger Verhandlungsdauer zu einer dreimal lebenslangen Freiheitsstrafe und zusätzlich zu 15 Jahren verurteilt. Das Gericht, das dem Strafantrag der Bundesanwaltschaft folgte, sah es als erwiesen an, daß Boock 1977 als Mitglied der Rote-Armee-Fraktion (RAF) an der Ermordung des Bankiers Jürgen Ponto und des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer sowie seiner vier Begleiter beteiligt gewesen sei.

Der Senatsvorsitzende Walther Eitel, der die RAF als straff organisierte terroristische Vereinigung bezeichnete, begründete das Urteil mit dem Hinweis auf die führende Rolle Boocks innerhalb der RAF. Der 32jährige war nach Meinung des Senats kein „nützlicher Idiot", sondern voll informiertes Mitglied des harten Kerns der Terrororganisation.

Die Aussage des Angeklagten, er habe sich im Januar 1980 von der RAF getrennt, sah das Gericht als nicht erwiesen an. Hierzu erklärte der Senatsvorsitzende: „Das Verhalten des Angeklagten in der Hauptversammlung läßt nicht auf eine, auf ethische und moralische Gründe gestützte innere Loslösung von den Zielen der RAF schließen." Von Reue sei, von einer Ausnahme abgesehen, nichts zu bemerken gewesen.

In einer ersten Stellungnahme begrüßte Generalbundesanwalt Kurt Rebmann das Urteil. Er sagte, daß diese Entscheidung seine Rechtsauffassung und juristische Wertung des Sachverhalts bestätige. Die Verteidigung kündigte hingegen Revision an.

Rothemund sieht Übereinstimmung mit Strauß in Sicherheitspolitik

lz. **München**

Eine „gewisse Übereinstimmung" mit sicherheitspolitischen Überlegungen des CSU-Vorsitzenden Strauß registriert der bayerische SPD-Chef Rothemund. Die am Wochenende von Strauß erhobene Forderung, die Europäer müßten militärisch eine stärkere Selbständigkeit und Unabhängigkeit erringen, decke sich im Kern mit sozialdemokratischen Gedanken zur künftigen NATO-Konzeption.

Für eine größere Selbständigkeit der Europäer plädierte gestern auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt in München. Die Vorsitzende des SPD-Landesarbeitskreises „Defensive Verteidigung" sprach sich für ein Angebot an die Amerikaner aus, die konventionellen US-Truppen aus Europa abzuziehen und diesen Teil des militärischen Schutzes in die Hand der europäischen Staaten zu legen. Die Amerikaner sollten aber weiterhin einen atomaren Schutzschild garantieren, den Frau Schmidt angesichts der derzeitigen Weltlage für noch unverzichtbar hält. Ein Austritt aus der NATO wird nach Angaben der Politikerin von ihrem Arbeiskreis nicht befürwortet: „Es gibt keinen bei uns, der das Bündnis in Frage stellt. Das gäbe im Moment auch nur eine größere Unsicherheit."

Dagegen wünschen die bayerischen Sozialdemokraten einen engeren Kontakt zur „Friedensbewegung", die nach der Raketendiskussion nach neuen Themen sucht. Die Gefahr einer kommunistischen Unterwanderung der Friedensinitiativen sieht Renate Schmidt nicht: „Dies wurde anfangs versucht und ist gescheitert. Jetzt sind kirchliche Bewegungen wesentlich stärker in diesen Initativen engagiert."

Papst-Reise stärkt den Katholizismus in Neuguinea

dpa/KNA, **Port Moresby**

Papst Johannes Paul II. ist gestern – aus Südkorea kommend – zu einem zweitägigen Besuch in Papua-Neuguinea eingetroffen. Sein Besuch steht im Zeichen des 100jährigen Jubiläums der Christianisierung dieser westpazifischen Inseln. Der Papst wurde bei seiner Ankunft auf dem Flughafen der Hauptstadt Port Moresby von Ministerpräsident Somare sowie Tausenden von Einheimischen begrüßt.

Der Abstecher des Oberhauptes der Katholischen Kirche gilt einem politisch geeinten, demokratischen und unabhängigen Land, das sich innerhalb eines Jahrhunderts vom tief verwurzelten Aberglauben eines primitiven Animismus befreit und aufgrund der Tätigkeit von Missionaren weitgehend die Botschaft des christlichen Evangeliums angenommen hat. So bekennen sich heute ein Drittel der rund drei Millionen Einwohner des Ostteils der Insel zum katholischen Glauben. Mit vier Erzdiözesen und 14 Diözesen führte Papst Paul VI. 1966 die ordentliche Hierarchie der Kirche ein. Weitere 800 000 Bewohner gehören den verschiedenen protestantischen Kirchen an, und die restlichen 1,2 Millionen sind weiterhin Anhänger ihrer alten Naturreligionen oder folgen dem „Cargo-Kult", der ein großes Schiff der Europäer mit all ihren Errungenschaften als die Erlösung aus dem ärmlichen Dasein der Eingeborenen erwartet.

Vor seinem Abflug aus Seoul hatte der Papst die Lebendigkeit des christlichen Glaubens ins Südkorea gewürdigt und sein Bedauern über die Schwierigkeiten der Untergrundkirche in Nordkorea sowie die Teilung des Landes ausgedrückt.

Seite 2: Die pazifische Predigt

Frankreich: Wieder schwere Niederlage für die KP

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Eine neue schwere Wahlniederlage, die siebente im ehemals von ihr beherrschten Raum Paris seit Oktober 1983, hat die französische Kommunistische Partei hinnehmen müssen. Im Vorort Noisy-le-Grand im Südosten von Paris siegte die Kandidatin der gaullistischen RPR-Partei Françoise Richard, mit fast 53 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang einer Nachwahl zu den Kommunalwahlen des März 1983 über ihre kommunistische Rivalin Therese Gutman.

Der Staatsrat hatte, wie in allen anderen Orten, das Ergebnis der ersten Wahl wegen erwiesenen Wahlschwindels der KPF annulliert. Da sich die bisherige Bürgermeisterin Gutman trotzdem an ihren Stuhl klammerte, mußte der Ministerrat den Gemeinderat von Noisy auflösen und Neuwahlen ansetzen. Die gemeinsame Liste der Parteien der Regierungskoalition, Sozialisten und Kommunisten, erreichte mit 36 Prozent fast 10 Punkte weniger als bei den Parlamentswahlen vom Juni 1981 in Noisy.

Auffallend war auch hier, daß die Wähler der Linken von 1981 und 1983 diesmal den Wahlurnen in hohem Maße fernblieben. Dies gilt als Zeichen der Enttäuschung über die Politik der Regierung Mauroy. Nach einer von der französischen Nachrichtenagentur AFP verbreiteten Meinungsumfrage sind 58 Prozent der Franzosen der Ansicht, daß das „Links-Experiment" spätstens bei den Präsidentschaftswahlen 1988 beendet sein wird und die rechten Politiker wieder das Ruder übernehmen. 25 Prozent erwarten diesen Umschwung bereits nach den Parlamentswahlen in zwei Jahren.

Genscher plädiert für neuen Abrüstungsdialog mit Moskau

Vor Moskau-Reise Abstimmung mit Washington / NATO soll ein Signal geben

DIETRICH SCHULZ, **Washington**

Themen der Rüstungskontrolle stehen im Mittelpunkt der intensiven Gespräche, die Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher seit gestern in Washington führt. Zwei Wochen bevor er auf Einladung seines sowjetischen Kollegen Gromyko nach Moskau reist, traf der Außenminister zu ausführlichen Konsultationen mit Präsident Reagan und seinem amerikanischen Kollegen Shultz zusammen.

Obwohl weder auf amerikanischer noch auf deutscher Seite große Hoffnungen bestehen, daß es noch in diesem Jahr zu entscheidenden Fortschritten auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle kommen könnte, möchte Bonn erreichen, daß der NATO-Rat in drei Wochen ein Signal zur Fortsetzung des Abrüstungsdialogs aussendet. Die deutsche Seite – und dies hat Genscher in Washington betont – hält es für wichtig, daß jederzeit Klarheit darüber besteht, wo die Verantwortung für den derzeitigen Stillstand der Abrüstungsbemühungen liegt. Andererseits hat Bonn auch ein Interesse daran zu vermeiden, daß sich, wie Genscher in Washington sagte, „das Ost-West-Verhältnis auf die zur Zeit nicht vorhandenen Abrüstungsverhandlungen verkürzt".

Mit Genugtuung ist in der Umgebung des Bundesaußenministers registriert worden, daß US-Präsident Reagan am vergangenen Wochenende unter Hinweis auf die zweite Runde der europäischen Abrüstungskonferenz in Stockholm an die Sowjetunion appelliert hat, auf breiter Front die Rüstungskontrollgespräche wieder aufzunehmen. Reagan hatte in dieser Erklärung besonders auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Gefahren eines Kriegsausbruchs aufgrund von gegenseitigen Fehleinschätzungen zu vermindern.

Richard Burt, der Leiter der Europaabteilung des State Departement, führte den Bundesaußenminister in die Pläne der Washingtoner Administration zur Erforschung und Entwicklung neuer Weltraumwaffen zur Abwehr feindlicher Raketen ein. Genscher hatte Wert auf diese Unterrichtung gelegt, weil er neue Probleme für das NATO-Bündnis sieht, falls es zur Verwirklichung dieser amerikanischen Pläne kommt. Er sieht die Gefahr, daß es mit solchen neuen Waffensystemen zu einer Art „Abkoppelung" der Amerikaner von ihren europäischen Verbündeten kommen könnte. In seinen ersten Gesprächen mit Außenminister Shultz spielte neben dem Abrüstungsdialog auch die Frage des im Juni in London stattfindenden Weltwirtschaftsgipfels eine besondere Rolle. Außerdem ließ sich der Minister über neue Entwicklungen in der Gen-Technologie unterrichten.

Amerikanische Regierungsvertreter hatten am Vorabend der Washingtoner Gespräche des Bundesaußenministers angedeutet, es werde Genscher voraussichtlich nicht gelingen, die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten für eine versöhnliche Geste gegenüber der Sowjetunion oder politische Konzessionen im Hinblick auf mögliche Rüstungskontrollverhandlungen über die Entwicklung von Weltraumwaffen zu gewinnen. Es werde voraussichtlich bei einer grundsätzlichen – allgemein gehaltenen – Bereitschaft zu umfassenden Gesprächen zwischen Ost und West bleiben.

Genscher will am 20. Mai nach Moskau reisen, um in Gesprächen mit der sowjetischen Regierung eventuelle Möglichkeiten für die Wiederaufnahme eines umfassenden Ost-West-Abrüstungsdialogs auszuloten.

Hu Yaobang fordert Einheit Koreas

Chinas Parteichef unterstützt Position des Nordens / Mehr Kontakte Peking-Seoul

DW./xhk. **Peking**

Der chinesische Parteichef Hu-Yaobang hat in Nordkoreas Hauptstadt Pjöngjang eine Verhandlungslösung für das Korea-Problem gefordert und erneut den nordkoreanischen Vorschlag für Dreier-Gespräche der beiden Koreas und der Vereinigten Staaten unterstützt. Auf einer Massenkundgebung sagte Hu nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vor 100 000 Koreanern: „Wenn der Krieg von vor 30 Jahren durch Verhandlungen beendet werden konnte, dann ist es absolut notwendig und möglich, den Waffenstillstand zu einem dauerhaften Frieden zu machen."

Vorher war Hu zu einem zweiten Gespräch mit Präsident Kim Il Sung zusammengetroffen und hatte dabei die Wiedervereinigung Koreas nach den Vorstellungen Nordkoreas befürwortet. Der Süden und die mit ihm verbündeten USA treten hingegen für direkte Gespräche der beiden Teile Koreas ein. Am Freitag abend hatte Hu die Idee eines Staatenbundes als vernünftig bezeichnet. Nach Ansicht von Diplomaten in Peking ist China bemüht, sich der Sorge um den Konfliktherd Korea durch dessen endgültige Befriedung zu entledigen.

Zwischen Seoul und Peking ist es in letzter Zeit zu einer Annäherung gekommen, die sich konkret zunächst im sportlichen, kommerziellen und humanitären Bereich niederschlug. So durften Chinesen koreanischer Abstammung nach Südkorea reisen, weitere Erleichterungen sind in Peking in Aussicht gestellt worden. Südkoreanische Geschäftsleute aus den USA wurden zur Teilnahme an der Messe in Kanton eingeladen.

Gleichzeitig haben sich aber die Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea verschlechtert: Anlaß gab das Ranguner Attentat vom Oktober 1983, bei dem drei Nordkoreaner während des Besuches des südkoreanischen Präsidenten 21 Menschen töteten.

Pekings Rolle gegenüber Pjöngjang wird in Seoul seit Jahren als mäßigend empfunden. Dies wurde kürzlich auch vom ehemaligen CIA-Chef William Colby bestätigt. Danach habe China den nordkoreanischen Staatschef Kim Il Sung bereits 1975 davon abgehalten, nach dem Abzug der Amerikaner aus Südvietnam Südkorea zu überfallen. Die weltweiten terroristischen Aktivitäten Nordkoreas, nicht zuletzt das Massaker von Rangun, sind auch in Peking mit Unbehagen und Entsetzen aufgenommen worden.

Nordkorea wiederum verfolgt mit Unmut die Annäherung Pekings an Seoul, die auch mit wirtschaftlichen Interessen beider Staaten zu erklären ist. Südkorea sucht Absatzmärkte im Bereich der Mikroelektronik und des Schiffbaus; China ist an neuen Technologien interessiert.

Pjöngjang hat seinerseits seine Beziehungen zu Moskau intensiviert – immer ein Indiz für Diskrepanzen zwischen Nordkorea und China. Kim Il Sung räumte der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass das „Privileg" eines Interviews ein. Auch hat die Zahl der Delegationen zwischen Moskau und Pjöngjang in letzter Zeit stark zugenommen.

Kreml spricht wieder von Revanchisten

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Seit dem Regierungswechsel in Bonn entdecken die Kundschafter des Kreml immer neue Anzeichen von Revanchismus, Neofaschismus und Militarismus in der „BRD". Diese Sichtweise Moskaus, in den Zeiten der sozial-liberalen Koalition fast ignoriert, werden den „regierenden Kreisen" in Bonn zur Last gelegt. Denn, so fand die „Prawda", die Revanchisten „würden es nicht wagen, eine Atmosphäre des Nationalismus und der Konfrontation zu verbreiten, hätten sie nicht die direkte Unterstützung durch die CDU / CSU, den Kern der regierenden Koalition".

Während die Liberalen geschont werden, geraten der Bundeskanzler und Kabinettsmitglieder wie Zimmermann, Windelen und Mertes in den Verdacht, die „Ergebnisse des Krieges" revidieren und den „Revanchismus" wie zu Adenauers Zeiten in den Rang einer „offiziellen Staatsdoktrin" erheben zu wollen. Amtliche Karten mit den Grenzen von 1937, eine Begegnung Kohls mit führenden Mitgliedern des Bundes der Vertriebenen, die Bewahrung deutscher Rechtspositionen und die Betonung der Fürsorgepflicht für Deutsche in Osteurpa gelten in zahlreichen Berichten der sowjetischen Presse als Belege dafür, daß die „Revanchisten wieder Morgenluft wittern".

Die „Gefährlichkeit" des Vorgangs wird nicht selten mit der Behauptung illustriert, die „ewig Gestrigen" erhofften sich eine Lösung der deutschen Frage mit Hilfe der neuen amerikanischen Atomraketen. Damit kommt, in Verbindung mit den aggressiven Zielen des US-Imperialismus, der altvertraute deutsche Militarismus ins propagandistische Spiel. Entrüstet nehmen Moskauer Beobachter zur Kenntnis, daß westdeutsche Zeitungen, Radio und Fernsehen ständig das „Märchen von der Bedrohung aus dem Osten" verbreiteten – eine Verleumdung der friedliebenden Sowjetunion.

Der „Prawda" blieb es vorbehalten, die gegenwärtige Situation so zu verzeichnen, daß nun Moskau eigentlich zur vorbeugenden Intervention schreiten müßte, um einen neuen deutschen Gewaltausbruch zu verhindern: Einflußreiche Industrie-, Finanz- und Militärkreise betrachteten sich als legitime Nachfolger des alten deutschen Militarismus, erklärte der Publizist Ernst Henry im Partei-Organ. Es werde ihnen nicht schwerfallen, sich eigene Atomwaffen zu beschaffen. Das Reich in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen, sei nur ihr erstes revanchistisches Ziel. Danach werde es um Österreich, die Tschechoslowakei, einen großen Teil Polens und „weiteres" gehen. Originelle Abweichung vom bisherigen Schema: Nicht im Dienste des amerikanischen Imperialismus werde das alles geschehen, sondern sobald Washington einmal die Kontrolle über das aggressive deutsche Potential eingebüßt haben werde.

Einen ersten Schritt auf diesem verhängnisvollen Wege sah die außenpolitische Zeitschrift „Neue Zeit" bereits in der Gewichtsverlagerung innerhalb der NATO zugunsten der westeuropäischen Union. Davon habe die Bundeswehr ständig profitiert, so daß sie zur stärksten und konventionell am modernsten bewaffneten Macht des europäischen Westens geworden sei. Komme jetzt noch im Zusammenwirken mit Frankreich die atomare Komponente hinzu, werde die Entwicklung noch riskanter.

Jo Leinen in Kiel freigesprochen

rtr, **Kiel**

Mit einem Freispruch endete am Montag vor dem Landgericht Kiel auch das zweite Verfahren gegen das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Jo Leinen. Die Staatsanwaltschaft hatte dem 36jährigen vorgeworfen, im Februar 1981 die von den Behörden verbotene Großdemonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe geleitet und veranstaltet zu haben. Leinen war bereits im Dezember 1982 vom Landgericht Itzehoe von diesem Vorwurf freigesprochen worden. Dagegen hatte die Anklagebehörde beim Bundesgerichtshof (BGH) Revision eingelegt. der BGH entschied, das Landgericht habe die Tatsachen nicht ausreichend gewürdigt. Die Kieler Richter befanden nun, daß Leinens Auftreten und Äußerungen objektiv den Tatbestand eines Vorgehens gegen das Versammlungsgesetz erfüllten. Es sei ihm subjektiv nicht nachzuweisen, daß er als Veranstalter habe auftreten wollen.

Kohl zum Amnestiegesetz

● **Fortsetzung von Seite 1**

zenden Strauß sagte Bötsch, auch Strauß habe dem Entwurf zugestimmt. Die Bitte der WELT um eine Stellungnahme beschied der CSU-Vorsitzende mit dem übermittelten Hinweis: „Die Sache ist eine Angelegenheit der Bundesregierung."Als drittes Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich der Abgeordnete Horst Eylmann (CDU) gegen das geplante Amnestiegesetz ausgesprochen. Nach Angaben der „Bild-Zeitung" hat er erklärt, wenn das Gesetz nicht wieder in den Schubladen verschwinde, werde es zu einer „schlimmen politischen Zerreißprobe für die Koalition" kommen.

Viele seiner Kollegen hätten ihm am vergangenen Donnerstag nach der Fraktionssitzung „tief bestürzt" gesagt, es gehe ihnen jetzt um eine Gewissensfrage. Bei der Abstimmung in der Unionsfraktion hatte als einziger Norbert Lammert gegen die Amnestie gestimmt. Vier Abgeordnete hatten sich enthalten. Außer Lammert und Eylmann lehnt auch der Abgeordnete Reinhard Göhner die Gesetzesänderung ab.

Der CDU-Rechtsexperte und Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Benno Erhard, hat erklärt, daß die Koalition trotz der öffentlichen Kontroverse das Gesetz durchbringen wolle. „Wir haben die Mehrheit im Parlament, das zählt." Im „Wiesbadener Kurier" sagte Erhard, er halte das Gesetz für „in der Sache richtig" und notwendig, weil damit die strafrechtliche Gleichbehandlung von Spendern nach dem neuen Parteienfinanzierungsgesetz und der alten Regelung sichergestellt sei. Er hätte sich lediglich gewünscht, daß die Koalition bei ihren Amnestieplänen etwas geschickter vorgegangen wäre, beispielsweise die Öffentlichkeit früher informiert hätte, erklärte der CDU-Politiker.

Der Bonner Oberbürgermeister Hans Daniels (CDU) hat im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in der Parteispendenaffäre einen Strafbefehl in Höhe von 8000 Mark erhalten. Die Geldbuße ist wegen Steuerhinterziehung ergangen. Daniels hat die Summe sofort bezahlt, obwohl er nach wie vor der Auffassung ist, daß er rechtmäßig gehandelt hat. Er wollte damit jedoch jeden Verdacht entkräften, die Diskussion über eine Amnestie für Steuersünder bei Parteispenden für Eigeninteressen nutzen zu wollen.

Dienstag, 8. Mai 1984
Nr. 107

Geben und Nehmen

dos – Seit 1978 verhandelt die Bundesregierung, immer wieder stimuliert durch Initiativen aus Niedersachsen, mit der niederländischen Regierung über die Errichtung des Dollart-Hafens vor Emden. Oft genug schon wähnte sich die deutsche Seite am Ziel, wurden Termine zum Vertragsabschluß genannt, die ebenso oft platzten. Die Gründe dafür ließen sich en detail nie so recht ausmachen. In mehr oder minder offiziellen Stellungnahmen wurde jeweils auf immer neu formulierte Umwelt- und Naturschutzbedenken holländischer Parlamentarier verwiesen.

Jetzt aber soll das Jahrhundert-Projekt endgültig die staatsvertragliche Hürde nehmen: Am 22. Mai, so heißt es im Auswärtigen Amt, wird der Vertrag in Den Haag paraphiert. Obwohl von den ursprünglichen Planungen beträchliche Abstriche gemacht werden mußten – die Industrialisierung des neu gewonnen Geiserückens ist ad acta gelegt worden –, zeigen sich die Beteiligten auf deutscher Seite erleichtert. In besonderem Maße gilt das für die Wirtschaft der Emdener Region, die jetzt längerfristig mit Impulsen für die Erschließung neuer Güterströme durch den Dollart-Hafen rechnen kann.

Was die Holländer letztendlich bewegt hat, bleibt weiter im unklaren. Der Schluß allerdings liegt nahe, daß der Bau des Emstunnels, auf den die Niederlande seit geraumer Zeit drängten und der vor kurzem von der niedersächsischen Landesregierung in Auftrag gegeben wurde, die bisherige Kontra-Position umschlagen ließ. Auf der Basis von Geben und Nehmen hätte sich der Dollart-Vertrag sicher schon früher unter Dach und Fach bringen lassen.

Nur Scherben

hdt. – Mehrwegflaschen bedeuten zweifellos eine geringere Umweltbelastung, eine Erkenntnis, zu der sicher auch schon die meisten Verbraucher gekommen sind. Aber zwischen Theorie und Praxis klaffen oft große Lücken. Die Milchversorgung Rheinland in Köln hat das gerade wieder einmal erfahren. Vor drei Jahren ließ sie einen auch von der Bundesregierung unterstützten Versuch anlaufen, der der guten, alten Mehrweg-Milchflasche zu einem Comeback verhelfen sollte. Ende nächsten Monats wird dieser Versuch nun eingestellt, er hat nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Dieser wäre eingetreten, wenn die Flaschen durchschnittlich mindestens 20 Umläufe erzielt hätten, sie kam aber nur auf unrentable zwölf. Außerdem wurde auch der erhoffte Nebeneffekt, eine Steigerung des Milchabsatzes, nicht erreicht. Die Molkereiwirtschaft stand der Wiedereinführung der Mehrwegflasche von Anfang an skeptisch gegenüber, leider hat sie recht behalten.

Börsenreform

Von WILHELM FURLER, London

Die einen sprechen von einer Revolution, wie sie die Londoner City bislang nicht erlebt hat. Andere von einem bevorstehenden Desaster. Gemeint ist die Reform des Londoner Börsengeschäfts, die jetzt mit ersten Veränderungen eingeleitet wurde.

So dürfen seit kurz vor Ostern internationale Börsenhändler Mitglieder der Londoner Börse werden und – zunächst allerdings nur im Handel mit ausländischen Papieren – sowohl als Jobber (Eigenhändler) auftreten, als auch als Broker (Börsenmakler) Geschäfte mit Kunden aufnehmen. Im Handel mit britischen Wertpapieren gilt weiterhin die Londoner Bestimmung der „single capacity".

Doch die Tage dieser nirgendwo anders bestehenden Funktionstrennung zwischen Maklern und Jobbern sind gezählt. Denn den britischen Kartellwächtern ist sie seit Jahren ein Dorn im Auge. Dies liegt daran, daß an der Londoner Börse Jobber Aktien und Anleihen auf eigene Rechnung kaufen und verkaufen, während Makler die Verbindung zur Außenwelt bilden. Maklern ist der Handel in eigener Rechnung untersagt, Jobbern die Vermittlung. Das Publikum selbst hat keinen Zugang zur Börse. Verbunden mit dieser Funktionstrennung war bisher auch ein Courtagen-Kartell von Mindestprovisionen.

Ein regelrechter Kuhhandel zwischen dem britischen Handelsminister und dem Wertpapiermarkt führte im Herbst letzten Jahres schließlich zur Zustimmung der Mehrheit der Börsenmitglieder zur weitreichendsten Reform in der Geschichte der Stock Exchange: Die Regierung sah davon ab, der Börse ein Kartellverfahren wegen wettbewerbsbeschränkender Praktiken anzuhängen und ließ sich dafür versprechen, daß bis spätestens 1986 alle Makler-Courtagen frei ausgehandelt werden.

Mit der Zulassung internationaler Börsenhändler als Mitglieder der Londoner Börse dürfen Makler nun seit Ostern in einem Zwischenschritt ihre Provisionen für den Handel mit ausländischen Wertpapieren frei vereinbaren. Gleichzeitig wurde die untere Grenze der Kommissionen für mittlere und längerlaufende Staatsanleihen gesenkt. Damit hat sich ersten Schätzungen zufolge der Handel für Großkunden zwischen zehn und 20 Prozent verbilligt. Entsprechend dürften die Maklerfirmen jährlich bis zu 60 Millionen Mark an einbüßen.

Bereits bis Herbst 1985, so hat der Börsenvorstand vor kurzem beschlossen, wird das Courtagen-Kartell ganz abgeschafft sein. Wann die völlige Beseitigung der „single capacity" vollzogen sein wird, läßt sich dagegen noch nicht absehen. Doch der Abbau der Restriktionen ist in Gang gekommen und damit auch ein spektakuläres Karussell von Beteiligungen an Börsenmitgliedern, in das sich britische Großbanken und Merchant-Banken genauso eingeschaltet haben wie ausländische Finanz- und Börsen-Konglomerate.

Die Gründe liegen auf der Hand: Auf der einen Seite sind die Mitgliedsfirmen der Londoner Börse relativ kapitalschwach. Sie suchen im Hinblick auf die bevorstehenden Umwälzungen die Anlehnung an kapitalkräftige Partner. Die auf der anderen Seite sehen die große Chance, bei der Umgestaltung der Londoner Börse eine führende Rolle zu spielen und sich die Möglichkeit zu sichern, große integrierte Konglomerate für alle Arten von Finanzdienstleistungen nach amerikanischem oder japanischem Vorbild zu schaffen.

Bislang müssen die Beteiligungen an Börsenmitgliedern auf 29,9 Prozent beschränkt bleiben, da Außenseiter vorerst noch vom Parkett ferngehalten werden sollen. Doch es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch diese Schranken fallen. Dann, darauf bereiten sich die großen Bank- und Finanzinstitute aus dem In- und Ausland fieberhaft vor, wird auch in London eine neue Ära anbrechen.

Dem künftig schärfer wehenden Wind des Wettbewerbs und dem Druck der großen Institute werden etliche kleinere Börsenfirmen kaum lange standhalten können. Schaffen sie es nicht, zu fusionieren oder sich noch rechtzeitig an ein kapitalkräftiges Unternehmen anzulehnen, sind Pleiten unabwendbar. Doch dies ist, so hart es klingen mag, das zwangsläufige Opfer, das eine solche begrüßenswerte Liberalisierung nun einmal fordert. Eher zu beklagen ist der künftige Nachteil für kleinere Investoren, die beim Aushandeln der Kommissionen nicht über die gleiche Macht verfügen wie institutionelle Anleger.

KONJUNKTUR / RWI mahnt die Bundesregierung

Die Wirtschaftspolitik muß weitere Wachstums-Hindernisse wegräumen

JOACHIM GEHLHOFF, Düsseldorf

Die bisherige Erholung der deutschen Konjunktur könne man noch nicht als den Beginn eines sich selbst tragenden Aufschwungs werten. Dieser Einschätzung fügt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, in seiner jetzt veröffentlichten „Konjunkturprognose 1984" die Mahnung an die Bundesregierung hinzu: Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik müsse noch deutlicher auf die Beseitigung der Wachstums-Hindernisse ausgerichtet werden.

Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts schätzten zwar auch die RWI-Forscher im Einklang mit anderen Prognosen aus jüngster Zeit für 1984 auf drei Prozent nach 1,3 Prozent im Vorjahr. Doch der Schwung der seit dem zweiten Halbjahr 1983 stärker gewordenen Konjunkturerholung stamme zu einem beachtlichen Teil von der Investitionszulage, den Subventionen für den Wohnungsbau, einer vorübergehenden Steigerung des privaten Verbrauchs sowie einem starken Nachfrageschub aus dem Ausland.

Die Investitionszulage jedoch habe ebensowenig wie die Wohnungsbau-Subventionen die Wachstumsbedingungen nachhaltig verbessert, „sondern nur die Nachfrage nach Investitionen vorübergehend hochgezogen". Bei den Ausrüstungsinvestitionen sei die Schubkraft der Investitionszulage bereits aufgebraucht. Von den Lagerbewegungen sei nicht mehr die gleiche „Schwungverstärkung" wie 1983 zu erwarten.

Zusätzlich Anregungen von der internationalen Konjunktur seien im Saldo aus mutmaßlichem Schwungverlust in den USA und Besserungstendenzen in anderen Ländern für die deutsche Exportwirtschaft wenig wahrscheinlich.

Auch in der 1983 erstmals wieder erzielten deutlichen Besserung der deutschen Unternehmenserträge sieht das RWI noch keine Nachhaltigkeit. Denn auch hier sei ein „beachtlicher Teil" der Erholung nur mit Hilfe der Investitionszulage und der Wohnungsbau-Subventionen zustandegekommen – „und die Schubkraft dieser finanzpolitischen Stützungsmaßnahmen läuft aus".

Von ebenso hoher Bedeutung wie die Ertragsbesserung, so das RWI, dürfte für das Investitionsverhalten der Unternehmen die Erfahrung sein, daß die Regierung der Investitionsfähigkeit der Unternehmen einen hohen Rang zumißt, „sie deshalb fördert und Kürzungen im sozialen Bereich auch gegen breiten Widerstand und Anwürfe durchzusetzen vermag".

Hier meldet das RWI Zweifel an, ob die bisherigen Taten der Regierung bereits ausreichend Vertrauen für ein „Durchstarten der Investitionen" schufen. Denn immer wieder ließen Vorschläge aus den Reihen der Regierung daran zweifeln, „daß diese die Wende von der Umverteilung von Einkommen zu ihrer Steigerung durch Leistungsanreize entschieden genug vollziehen wird". Bremsend wirke hier außerdem natürlich der drohende Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche. Die Investitionsneigung werde daher wohl nur dann an Breite und Stärke gewinnen, wenn die Tarifparteien zu Vereinbarungen finden, die alle Aussichten, daß sich das Investieren in Arbeitsplätze wieder lohne, nicht erneut verdüstern.

Fragezeichen meldet das RWI auch zu der Aussicht an, ob sich der private Konsum, der zumal in der ersten Hälfte von 1983 zu Lasten der Sparquote Hauptstütze der Konjunkturerholung war, auch bei den 1984 erst wieder mäßig um ein Prozent wachsenden realen Bruttoeinkommen erneut zu Lasten der Sparquote konjunkturstützend wirkt. Immerhin wagt das Institut hier die Prognose von 1,5 Prozent nach einem Prozent realen Wachstums des Verbrauchs.

Auf dem Arbeitsmarkt erwartet die RWI-Prognose für 1984 erst eine leichte Entspannung mit jahresdurchschnittlichem Rückgang der Arbeitslosenzahl um 0,1 auf 2,15 Millionen. So werde die Wirtschaft auch Ende 1984 noch weit vom Ziel einer hohen Beschäftigung entfernt sein, bewege sich aber erstmals in der richtigen Richtung. Doch Gefahren für die Nachhaltigkeit dieser Entwicklung „drohen nicht allein von der Lohnentwicklung, sondern auch aus dem Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik".

ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

Wirtschaft stellt deutliches Effizienz-Gefälle fest

HEINZ HECK, Bonn

Jeder fünfte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik war 1982 beim Staat beschäftigt. Wie aus einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) über „Wachstum und Effizienz der öffentlichen Verwaltung" ferner hervorgeht, ist die Zahl der Staatsdiener in den beiden letzten Jahrzehnten „kräftig gestiegen"; allein bei Bund, Ländern und Gemeinden von 1961 bis 1982 von 1,8 auf 3,3 Millionen oder um über 80 Prozent. Rechnet man die Beschäftigten von Bundesbahn und -post, der rechtlich unselbständigen öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, der kommunalen Zweckverbände und die des mittelbaren öffentlichen Dienstes wie zum Beispiel Bundesanstalt für Arbeit und Sozialversicherung hinzu, so kommt man auf rund 4,5 Millionen.

Vor allem mangelnder Wettbewerb und fehlende Leistungsorientierung führen nach Meinung des IW zu einem deutlichen „Effizienz-Gefälle" innerhalb der öffentlichen Verwaltung und gegenüber der privaten Wirtschaft. Ansatzpunkte zur Beseitigung dieser Schwachstellen sieht das Institut in der Verstärkung des Wettbewerbs. Es fordert mehr „öffentliche" Konkurrenz durch Leistungs- und Wirtschaftlichkeitsvergleiche öffentlicher Verwaltungen und mehr „private" Konkurrenz durch Privatisierung bisher öffentlich ausgeübter Tätigkeiten.

Das Leistungsgefälle zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft wird der Studie zufolge durch zahlreiche Kosten- und Produktivitätsstudien erhärtet. 42 solcher Studien zu 19 Aufgabenbereichen seien zwischen 1970 und 1981 in Australien, der Bundesrepublik Deutschland, Kanada, der Schweiz und den USA erstellt worden. Davon bescheinigten nur drei der öffentlichen Produktion wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber privater Betätigung. In 33 Fällen habe sich eine mehr oder weniger deutliche Unterlegenheit des öffentlichen Sektors gegenüber der Privatwirtschaft ergeben (Spannweite von fünf bis über 5000 Prozent). Auch innerhalb der öffentlichen Verwaltung gebe es erhebliche Wirtschaftlichkeitsunterschiede.

Der starke Personalzuwachs bei Bund, Ländern und Gemeinden habe zu einem kräftigen Anstieg der Personalausgaben geführt, deren Anteil an den Gesamtausgaben von 25,9 Prozent 1961 (24,7 Milliarden Mark) auf 32,2 Prozent 1982 (176,1) gestiegen sei. Zum quantitativen komme das qualitative Stellenwachstum: Der höhere Dienst verzeichnet mit 186,5 Prozent in den beiden Jahrzehnten eine weit überdurchschnittliche Zunahme, während nur im einfachen Dienst die Zahl der Planstellen (18,7 Prozent) geschrumpft sei.

Immerhin scheint die Entwicklung der Personalkosten neuerdings an Dynamik zu verlieren; denn 1977 wurde mit einem Anteil von 34,2 Prozent an den Gesamtausgaben der bisher höchste Stand erreicht.

AUF EIN WORT

„Es entspricht einem Zug unserer Zeit, Selbstverständliches für selbstverständlich, Alltägliches für alltäglich zu halten und nicht nach dem Woher, nur nach dem Wohin zu fragen, und danach auch eher mit Skepsis und in der modischen Attitüde des „no future" als in selbstbewußter Hoffnung. Die Apotheker machen da keine Ausnahme."

Dr. Christian Wehle, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände – ABDA, Frankfurt. FOTO: DIE WELT

Erhöhter Absatz bei Mineralölprodukten

AP, Eschborn

Der Absatz von Mineralölprodukten in der Bundesrepublik ist in den ersten beiden Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 3,8 Prozent auf 16,5 Mill. Tonnen gestiegen, wie das Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft mitteilte. Den stärksten Verbrauchsanstieg mit 19 Prozent auf fast zwei Mill. Tonnen gab es bei Dieselkraftstoffen. Auch Super- und Normalbenzin wurden deutlich mehr getankt. Der Inlandsverbrauch von Rohbenzin nahm im gleichen Zeitraum um 14,7 Prozent auf 2,1 Mill. zu. Dagegen ist der Absatz von leichtem und schwerem Heizöl weiter zurückgegangen.

DEVISENMARKT

Zinsprognose treibt Dollar auf einen neuen Höhenflug

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit einem neuen Höhenflug an den internationalen Devisenmärkten reagierte gestern der US-Dollar auf die Prognose des Zinspapstes Henry Kaufmann (Salomon Brothers), daß die langfristigen US-Kapitalmarktzinsen von derzeit gut 13 Prozent auf 15 Prozent im nächsten Jahr steigen, wenn das Budgetdefizit nicht reduziert wird. Dadurch geriet als wichtigste internationale Alternativwährung, in der man den Dollar wie im Spiegel betrachtet, die D-Mark unter Druck. Sie wurde zusätzlich durch die Gefahr eines großen Streiks belastet. Die Zinssteigerungsängste in den USA schlugen auf den Euromarkt und den deutschen Kapitalmarkt durch.

Der Dollar-Kurs, der am Freitag in Frankfurt amtlich mit 2,7100 DM notiert wurde, kletterte gestern vormittag bis auf 2,7610 DM und ermäßigte sich bis zum Fixing auf 2,7540 DM. Schwächer tendierte die Mark auch gegenüber anderen wichtigen Währungen.

So verteuerte sich der Yen um siebenachtel Prozent von 1,1990 auf 1,2095 DM, das Pfund befestigte sich von 3,8240 auf 3,8430 und der Schweizer Franken von 120,78 auf 121,34 DM, beides Gewinne von knapp einem halben Prozent.

Am Euromarkt zogen die Zinsen für sechs Monatsdollar um dreiachtel Prozentpunkte auf elffünfachtel Prozent und für sechs Monatsmark um einachtel Prozentpunkte auf fünfsiebenachtel Prozent an. Der deutsche Rentenmarkt quittierte den amerikanischen Zinsanstieg mit Kursverlusten bis zu 40 Pfennig, und an den Aktienbörsen büßten die Spitzenwerte drei bis sechs DM ein.

STEUERBERATER

Höhere Mehrwertsteuer ist notfalls akzeptabel

GISELA REINERS, Bonn

Ein „Kartell des Stillstands" hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) bei den Großverbänden DGB und der Bundesvereinigung der Arbeitgeber entdeckt. Auf dem Deutschen Steuerberaterkongreß in Bonn warf er Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden vor, „nur ihre Einfallslosigkeit zu verwalten". In „ihrer Unbeweglichkeit" seien sie nicht in der Lage, die Arbeitsmarkt-Impulse, die von seinem Gesetzentwurf zur Förderung der Beschäftigung ausgingen, positiv zu bewerten.

Für die anstehende Steuerreform forderte Blüm im Rahmen des Familienlastenausgleichs eine Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht. Dies sei eine allgemeine sozialpolitische Aufgabe, die von der Gemeinschaft der Steuerzahler und nicht nur von den Beitragzahlern der Sozialversicherung erfüllt werden müsse.

Auch die Bundessteuerberaterkammer hat sich in die Steuerreform-Diskussion eingeschaltet. Auf ihrer Jahrestagung in Bonn erklärte Präsident Dr. Wilfried Dann, eine eventuelle Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Teilfinanzierung des Gesetzesvorhabens erscheine als letztes Mittel sachgerecht.

Eine solche Maßnahme würde einer den gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen folgenden Steuerpolitik entsprechen, welche die Umschichtung von den direkten zu den indirekten Steuern zum Ziel haben müsse. „Auch im Falle einer Mehrwertsteuer-Erhöhung wird die persönliche Leistung bei der Einkommensteuer überproportional geschont", stellte der Verbandspräsident am ersten Tag der Jahrestagung, die noch bis zum Mitwoch geht, fest.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Opec: Erdölpreise bleiben stabil

Wien (dpa/VWD) – Auf der Wiener Tagung der Mitglieder des Marktüberwachungsausschusses der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) einigten sich die vier Erdölminister Algeriens, Indonesiens, Venezuelas und der Vereinigten Arabischen Emirate, die den Ausschuß bilden, darauf, den Mitgliedsländern zu empfehlen, weder den gegenwärtigen Rohöl-Preis von 29 US-Dollar pro Barrel (159 Liter) noch die vereinbarte Gesamtfördermenge von 17,5 Mill. Barrel pro Tag anzuheben.

Konstante Arbeitslosenrate

Washington (AP) – Die Arbeitslosenrate in den Vereinigten Staaten ist im April den dritten aufeinanderfolgenden Monat mit 7,8 Prozent stabil geblieben. Das gab das Arbeitsministerium in Washington bekannt. Die Zahl der Arbeitslosen sei zwar im April um 260 000 auf die Rekordmarke von 104,4 Mill. Menschen gestiegen, doch sei dies durch die Wiederbeschäftigung von knapp 333 000 bisher Arbeitslosen wettgemacht worden.

Bundesbahn begibt Anleihe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Deutsche Bundesbahn wird noch in der ersten Mai-Hälfte eine neue Anleihe auflegen, voraussichtlich über 900 Mill. DM. In Frankfurter Rentenkreisen geht man davon aus, daß die Konditionen bereits am 15. Mai in einer Sitzung des Bundesanleihekonsortiums im Hause der Deutschen Bundesbank festgelegt werden. Frankfurter Rentenhändler wagen angesichts der neuen Zinsunsicherheit in den USA noch keine Prognose.

Japan: Export ausgeweitet

Tokio (VWD) – Die japanischen Exporte auf Basis von Exportakkreditiven sind im April gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Prozent auf 8,843 Mrd. Dollar gestiegen. Dies war der 13. aufeinanderfolgende Zuwachs im Jahresvergleich. Im März war es gegenüber dem Vorjahr zu einer Erhöhung um 9,2 Prozent auf 9,322 Mrd. Dollar gekommen. Besonders kräftig entwickeln sich die Orders im Bereich Maschinenbau, auch bei Chemie- und Lebensmittelprodukten.

Unctad: Keine Einigung

Genf (VWD) – Ohne Einigung beendeten am Samstag Vertreter der Industrie- und Entwicklungsländer in einem Ausschuß der Konferenz für Entwicklung und Handel der Vereinten Nationen (Unctad) die Beratungen über eine Verlängerung der allgemeinen Zollpräferenzen. Die dabei bestehenden Differenzen konnten nicht ausgeräumt werden. Generell, so heißt es, soll an dem seit 1971 bestehende Zollpräferenz-System der Unctad, das noch bis zum Januar 1985 gültig ist, festgehalten werden.

Erfolgreiche Messe

Köln (dpa/VWD) – Rund 28 000 Fachbesuchern aus 26 Ländern kamen auf die Fachmesse Textiles Gestalten „Handarbeit '84" in Köln, die am Sonntag abend nach viertägiger Dauer zu Ende ging. Es habe sich erneut gezeigt, daß der Markt einen ungebrochenen Boom erlebe, hieß es in einer Mitteilung der Veranstalter. Aussteller und beteiligte Verbände hätten sich zufrieden mit der Resonanz im In- und Ausland geäußert. Zu der letzten „Handarbeit 1982" waren 20 000 Besucher gekommen.

Wochenausweis

	30.4.	23.4.	31.3.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	75,6	75,6	73,4
Kredite an Banken	67,2	68,8	77,5
Wertpapiere	6,9	6,9	7,3
Bargeldumlauf	103,7	103,1	102,7
Einl. v. Banken	45,8	40,4	47,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	2,8	10,1	4,1

REGIONALE ENERGIEUNTERNEHMEN

Mit dezentraler Versorgung zu umfassendem Dirigismus

HANS BAUMANN, Kassel

Eine Neuorientierung der Stromwirtschaft hat der Ministerpräsident von Hessen, Holger Börner, auf der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Regionaler Energieversorgungsunternehmen (ARE) in Kassel gefordert. Seine Landesregierung werde durch konsequente Dezentralisierung den Energiebedarf in Grenzen halten und langfristig senken. Dazu sollen beitragen anhaltendes Energiesparen, rationelle Energieverwendung sowie eine umweltfreundliche Kohle- und Gasverwendung. Nach Börner sieht die Landesregierung eine Chance, neue Großkraftwerke überflüssig werden zu lassen.

Otto Hausner, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft, entgegnete Börner, daß er mit der hessischen Landesregierung insoweit übereinstimme, als es darum gehe, Energie einzusparen. Eine dezentrale Energieversorgung aber würde den Wärmemarkt außer Kraft setzen, die freie Energiewahl der Kunden beseitigen und umfassenden Dirigismus heraufbeschöwren.

Die Energiepolitik der hessischen Landesregierung sei fixiert auf den Ausbau der Fernwärme auf der Basis von Kraft-Wärme-Koppelung. Den Kunden aber werde verschwiegen, welche untragbaren Preiserhöhungen für Energie mit diesen Vorstellungen verbunden seien.

Den Aussagen von Ministerpräsident Börner gegen Kernkraftwerke und Großkraftwerke hielt Hausner entgegen, daß die Elektrizitätserzeugung eine nahezu ideale Primärenergiebasis habe. Es bestehe kein Zweifel mehr an der Sicherheit der Kernkraft, ihrem Preisvorsprung und ihrer Umweltfreundlichkeit

STEUERBELASTUNG / Modellrechnung vom Bund der Steuerzahler

Das meiste kassiert doch der Staat

HEINZ HECK, Bonn

Die für 1986 geplante Steuerreform liefert täglich Schlagzeilen. Der Streit darüber, wie stark der geplagte Steuerzahler entlastet werden soll, ist voll entbrannt. In dieser Situation kommt der Bund der Steuerzahler mit konkretem Anschauungsmaterial gerade recht. In der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Der Steuerzahler" schildert er den Fall eines qualifizierten Angestellten (unverheiratet), der sein Bruttoeinkommen von 1981 bis 1984 um tausend auf 6000 Mark oder 20 Prozent steigern konnte.

1981 hatte er für 5000 Mark in Steuerklasse I (Ledige) 1481,30 Mark Lohnsteuer zu entrichten. Hinzu kamen 133,31 Mark Kirchensteuer, 396 Mark Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Rentenversicherung, 66 Mark Arbeitslosenversicherung und 198 Mark Krankenversicherung. Zusammen sind dies 2274,61 Mark, so daß von 5000 Mark brutto immerhin 2725,39 Mark oder 54,5 Prozent zur freien Verfügung blieben.

1984 dagegen ist er mit seinem Nettoeinkommen unter die 50-Prozent-Marke gerutscht. Inzwischen sind verschiedene Gesetzesänderungen in Kraft getreten, die sich stark belastend auswirken. So sind die Beitragsbemessungsgrenzen in der Renten- und Arbeitslosenversicherung von 4400 auf 5200 Mark und in der Krankenversicherung von 3300 auf 3900 Mark monatlich gestiegen. Darüber hinaus wurden die Beitragssätze erhöht: von neun auf 9,25 Prozent in der Renten- und von 1,5 auf 2,3 Prozent in der Arbeitslosenversicherung (jeweils nur Arbeitnehmeranteil). Hinzu kommt die sogenannte Investitionshilfeabgabe als fünfprozentiger Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer, die den sogenannten Besserverdienenden als zinsloses Zwangsdarleben vom Staat abverlangt wird.

1984 sind von 6000 Mark brutto 1973,10 Mark Lohn- und 177,57 Mark Kirchensteuer abzuführen. Außerdem ist eine Investitionshilfeabgabe von 98,65 Mark zu entrichten. Der Beitrag zur Rentenversicherung macht nunmehr 481, der zur Arbeitslosenversicherung 119,60 und der zur Krankenversicherung 234 Mark aus.

Die Abzüge summieren sich auf 3083,92 Mark, so daß ein Nettoeinkommen von 2916,08 Mark verbleibt. Das entspricht 48,6 Prozent des Bruttoeinkommens. Von den tausend Mark, um die das Gehalt in drei Jahren brutto gestiegen ist, bleiben netto 190,69 Mark übrig.

Beinahe 81 Prozent des Mehrverdienstes gingen nicht in die Tasche des „Leistungsträgers", sondern sind in öffentliche Kassen geflossen – getreu dem Motto: Leistung muß sich wieder lohnen. Deutlicher als mit einem solchen Beispiel läßt sich der Begriff Grenzbelastung kaum erläutern.

FRANKREICH / Neue Arbeitszeitverkürzung geplant

Keine 35-Stunden-Woche

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Um der seit einigen Monaten stark zunehmenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, will die französische Regierung noch vor den Sommerferien, in denen die Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt drängen, neue Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitszeit ergreifen. Im Unterschied zur Bundesrepublik steht aber die generelle Einführung der 35-Stunden-Woche nicht zur Diskussion, obwohl sie von Staatspräsident Mitterrand vor seiner Wahl ausdrücklich versprochen worden war.

Nachdem die Sozialisten sehr schnell mit praktisch vollem Lohnausgleich die gesetzliche Arbeitszeit von 40 auf 39 Wochenstunden reduziert und dadurch den Unternehmen bis heute noch nicht verkraftete zusätzliche Lasten aufgebürdet hatten, wurde die Durchführung von Mitterrands Versprechen auf das Ende seiner Amtszeit (März 1988) vertagt. Außerdem stellte die Regierung klar, daß alle weiteren Verkürzungen nur unter teilweisem Lohnausgleich (wenn überhaupt) erfolgen sollen.

Nunmehr ist die Rede von einer dezentralisierten und selektiven Arbeitszeitverkürzung für ausgewählte Wirtschaftssektoren und Unternehmen. Entsprechende Vorschläge will das Planungskommissariat der Regierung unterbreiten, ohne daß dadurch die allgemeinen Ziele der französischen Wirtschaftspolitik in Frage gestellt werden sollen. Das sind gegenwärtig vor allem die Bekämpfung der Inflation und die Wiederherstellung des Leistungsbilanzgleichgewichts. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit besitzt danach zwar nicht mehr die erste Priorität – jedoch ist die Verkürzung der Arbeitszeit „immer noch aktuell", erklärte Sozialminister Bérégovoy. Demgegenüber schlagen die Unternehmer vor, neue Arbeitsplätze durch den Ausbau der Teilarbeitszeit (ohne Lohnausgleich), die Einstellung von Arbeitskräften auf Zeit und durch die Lockerung der in Frankreich besonders strengen Entlassungsbedingungen zu schaffen bzw. bestehende Arbeitsplätze zu erhalten. Die Gewerkschaften fordern natürlich weiterhin eine schnelle Einführung der 35-Stunden-Woche. Ihre Auffassungen hinsichtlich des Tempos und des Lohnausgleichs gehen aber auseinander.

EG / Rechnungshof moniert schlechte Koordination der Entwicklungshilfe

Institutionen sprechen sich nicht ab

WILHELM HADLER, Brüssel

Die mangelhafte Koordinierung der Entwicklungshilfe hat der Europäische Rechnungshof moniert. In einem Sondergutachten für die EG-Institutionen warnt er zwar vor allgemeiner Kritik an der Politik der Gemeinschaft, stellt aber beispielsweise fest, daß bei vielen Vorhaben, die gemeinsam von der Kommission und der Europäischen Investitionsbank verwaltet werden, „die beiden Gemeinschaftsorgane einander regelrecht ignorieren und ihre jeweiligen Maßnahmen völlig unabhängig voneinander durchführen".

Zurückzuführen ist diese mangelhafte Abstimmung nach Meinung des Hofes in erster Linie auf drei Gründe:

- Unzulängliche gegenseitige Information der verschiedenen Geber über Konzeption, Zeitplan und Durchführungsmodalitäten der gleichzeitig geplanten Vorhaben.
- Unzulängliche Auswertung der Erfahrung, die bei früheren Vorhaben gewonnen werden konnten.
- Mangelnde gegenseitige Abstimmung der einzelnen Aktionen aufgrund der Vielzahl der Entscheidungsinstanz.

Alle diese Mängel könnten in der Phase der Vorbereitung und Organisation der verschiedenen Hilfsmaßnahmen dadurch behoben werden, daß möglichst umfassende Informationen in Form von allgemeinen Datensammlungen zusammengestellt würden. Diese könnten ohne großen Kostenaufwand den existierenden Rechenzentren der nationalen und internationalen Hilfsorganisationen geschaffen werden.

Die Kommission, so meinen die Rechnungsprüfer, könnte die von den Mitgliedsstaaten und deren wichtigsten Finanzinstituten vorgesehenen Hilfsprogramme sammeln und dafür Sorge tragen, daß die Identifikationspapiere über die beschlossenen oder laufenden Aktionen ständig auf dem neuesten Stand gehalten und an alle zuständigen Instanzen verteilt werden.

Eine weitere grundlegende Verbesserung würde nach Meinung des Hofes darin bestehen, sämtliche der Kommission, der Investitionsbank, den Mitgliedsländern und anderen Geldgebern bekannten Bewertungselemente zu sammeln und in einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage zu erfassen. Eine derartige Datenbank würde auf längere Sicht erlauben, den mit neuen Vorhaben betrauten Instanzen regelrechte Projektkataloge an die Hand zu geben, in denen die in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrungen analysiert und verglichen werden.

Weiterhin regt der Rechnungshof an, die den Empfängerländern auferlegten Verpflichtungen finanzieller und administrativer Art auf ein Mindestmaß zu reduzieren. In Einzelfällen sei es vorteilhafter, die CIF-Kosten für eine Nahrungsmittelhilfelieferung zu übernehmen als die Kosten für den Seetransport dem Empfänger aufzuerlegen und damit das Risiko einzugehen, daß die Güter lange Zeit im Verlade- oder Bestimmungshafen liegenbleiben. Das gleiche gelte für die häufig geringfügigen Arbeiten, die vom Empfängerstaat im Zusammenhang mit einem EG-Projekt ausgeführt werden müssen. Nur allzuoft verhinderten die Schwäche des Finanz- und Verwaltungsapparates der Dritten Welt die Erfüllung dieser Auflagen.

BANCO AMBROSIANO / IOR-Vermögen beschlagnahmt

Schulden werden beglichen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das Mailänder Konkursgericht hat dem Antrag einer Gruppe von Kleinaktionären des im Sommer 1982 liquidierten Kreditinstituts Banco Ambrosiano stattgegeben und die Beschlagnahmung der auf italienischem Staatsgebiet liegenden Vermögenswerte der Vatikanbank IOR festgesetzt, um so die Schuldsumme von 1,2 Mrd. Dollar, mit der das Kreditinstitut in Konkurs geriet, zu sichern.

Bei Annahme des Kleinaktionärs-Antrags machte sich das Mailänder Konkursgericht die These zu eigen, daß die Vatikanbank durch die dem seinerzeitigen Ambrosiano-Präsidenten Roberto Calvi ausgestellten Patronatsbriefe entscheidende Verantwortung für die von diesem durchgeführten Kreditgeschäfte im Ausland trägt. Noch unsicher ist, wie sich die Entscheidung des Mailänder Konkursgerichts auf den Vergleich auswirkt, den die Vatikanbank mit den 88 ausländischen Hauptgläubigerbanken kürzlich getroffen hat und der die Zahlung von 250 Mill. Dollar als „moralischen" Ersatz für den eingetretenen Schaden vorsieht.

Da die Liquidatoren des alten Banco Ambrosiano, Marine Midlandbank und Westminsterbank, als Repräsentanten der 88 Gläubigerinstitute inzwischen ebenfalls ein Vergleichsabkommen beschlossen haben, können damit 70 Prozent der auf rund 450 Mill. Dollar geschätzten Schulden der Ambrosiano-Holding in Luxemburg zurückgezahlt werden. Der auf die Mailänder Bank entfallende Teil wird größtenteils durch den aus dem Verkauf der Beteiligung an Banca del Gottardo in Lugano stammenden Betrag gedeckt.

Die Aktion der Kleinaktionäre ist darauf gerichtet, Schadenersatz für den durch die Liquidierung des Banco Ambrosiano entstandenen Aktienverlustes zu erhalten. Den 33 000 Kleinaktionären bot die Nachfolgebank Nuovo Banco Ambrosiano 1983 Warrantscheine an.

Mit dem Abkommen, das zwischen den Liquidatoren des alten Banco Ambrosiano und den ausländischen Gläubigerbanken abgeschlossen worden ist, hat sich der Horizont für die Nachfolgebank weiter gelichtet. Die vorgesehene Eingliederung der Finanzgesellschaft La Centrale trägt zur weiteren Normalisierung bei.

RGW-STAATEN / Verschuldung stark zurückgegangen

Kreditnachfrage begrenzt

AP, Berlin

Mit ungewohnter Offenheit hat sich die dem „DDR"-Außenministerium nahestehende Monatsschrift „Horizont" in ihrer jüngsten Ausgabe mit der Verschuldung der sozialistischen Länder im Westen und mit den besonderen Schwierigkeiten Polens beschäftigt. Nach dem Artikel haben die gesamten Nettoverbindlichkeiten der Länder des östlichen Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Ende letzten Jahres 57 bis 59 Mrd. Dollar betragen – gegenüber annähernd 80 Mrd. Ende 1982.

Zu den Ursachen für die „zeitweiligen Schwierigkeiten" der RGW-Länder hieß es, sie seien durch die rapide Verschlechterung der allgemeinen internationalen Wirtschaftskonjunktur von 1980 bis 1982 hervorgerufen worden. Die Notwendigkeit, die Verbindlichkeiten unter spürbar verschlechterten internationalen Wirtschaftsbeziehungen und gesunkenen Exportmöglichkeiten abzubauen, habe einige sozialistische Länder gezwungen, auch ihren Import in frei konvertierbarer Währung rapide einzuschränken, was sich zuletzt auf ihr Exportpotential ungünstig ausgewirkt habe.

Inzwischen habe sich die Situation gebessert – mit Ausnahme Polens. Die Zahlungsfähigkeit Bulgariens, der „DDR", der Sowjetunion sei selbst in den besonders schwierigen Jahren von 1980 bis 1982 in internationalen Finanzkreisen nie ernsthaft bezweifelt worden. Zu den polnischen Schulden hieß es in dem Artikel, diese hätten bis Mitte 1983 nach offiziellen Schätzungen 24,5 Mrd. Dollar betragen. Etwa 55 Prozent davon seien Schulden bei westlichen Regierungen, der Rest bei westlichen Geschäftsbanken.

Zur Frage der Aufnahme neuer Kredite durch RGW-Länder im Westen wurde in dem Artikel erklärt, daß der „Preis" die entscheidende Rolle spielt. 12,5 Prozent Zinsen seien für eine stabile oder gar wesentlich größere Nachfrage von seiten potentieller Kunden im Osten zu hoch.

Ölverbrauch steigt wieder stärker

J.Sch. Paris

Der Tendenzumschwung im Ölverbrauch verstärkt sich. Nachdem die westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) ihren Verbrauch bis Mitte letzten Jahres kontinuierlich vermindert hatten, steigerten sie ihn in den folgenden drei Quartalen im Jahresvergleich um 0,7 Prozent, 2,7 und schließlich vier Prozent. Damit wurde die von der Internationalen Energieagentur (IEA), Paris, Anfang April gegebene Schätzung (plus 2,5 Prozent) erheblich übertroffen.

Höher als erwartet war der Verbrauchsanstieg in Nordamerika (sieben Prozent) und in der Pazifik-Zone (acht Prozent), während Westeuropa immer noch zwei Prozent weniger Öl verbrauchte. Der Mehrverbrauch wurde zum größten Teil aus Vorratsentnahmen befriedigt.

Die IEA veranschlagt für das zweite Quartal diesen Jahres einen Verbrauch von 33,9 Mill. Barrel pro Tag (BPD), für das dritte von 33,2 Mill. BPD und für das letzte Quartal von 36,2 Mill. BPD.

Indien besorgt über Handelsbilanzdefizit

Ha. Brüssel

Um ausgeglichenere Handelsbeziehungen haben sich die EG und Indien in dreitägigen Konsultationsgesprächen bemüht. Anlaß des Meinungsaustausches ist eine Sitzung des im Kooperationsabkommen von 1981 geschaffenen „Gemischten Ausschusses". Dabei dürften sich die Inder besorgt über das wachsende Handelsdefizit mit der Gemeinschaft äußern. Die EG-Kommission führt dieses vor allem darauf zurück, daß die indische Wirtschaft nur unzureichenden Gebrauch von den Zollpräferenzen macht, die die EG für Halb- und Fertigwaren aus den Entwicklungsländern eröffnet. 1982 nutzte Indien nach Angaben aus EG-Kreisen nur 42 Prozent der Zollbegünstigungen im Handel aus.

Die Gemeinschaft sieht allenfalls Möglichkeiten, ihre Hilfestellung für die Vermarktung indischer Erzeugnisse zu intensivieren. Im Haushaltsplan stehen zur Verkaufsförderung für Agrar- und Fischereiprodukte rund 2,2 Mill. DM zur Verfügung.

Französische Autos auf Talfahrt

J.Sch. Paris

Frankreichs Autoproduzenten verbuchten im ersten Quartal schlechtere Ergebnisse als die meisten ihrer ausländischen Konkurrenten. Im Vergleich zu den sehr guten Vorjahresergebnissen schrumpfte ihr Inlandsabsatz um 14,3 Prozent und ihr Export um 5,9 Prozent. Entsprechend mußte die Produktion um 8,6 Prozent auf 741 884 Pkw reduziert werden.

Zwar ging erstmals nach längerer Zeit auch der Absatz der Importeure zurück – um 8,9 Prozent. An dem insgesamt um 11,3 Prozent geschrumpften Inlandsabsatz konnten sie aber dennoch ihren Anteil auf 34,1 Prozent erhöhen. Damit übertrafen sie erstmals den Marktanteil von Renault (32,3 Prozent). Auf dem gesamten europäischen Markt fiel der staatliche französische Automobilkonzern stückzahlmäßig vom ersten auf den sechsten Platz nach Fiat, Ford, General Motors, VW-Audi und Peugeot. Die Nachfrageeinbrüche in Frankreich, Spanien und Portugal seien dafür verantwortlich.

RASSELSTEIN / Kräftig für das Weißblech investiert

Ertragsstärke bewahrt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Auch im neunten und für alle deutschen Massenstahlerzeuger wieder einmal besonders schlimmen Stahlkrisenjahr 1982/83 (30. 9.) hat der Weiß- und Feinblechproduzent Rasselstein AG, Neuwied, seine nun schon traditionelle Ertragsstärke bewahrt. Aus 1,57 (1,51) Mrd. DM Umsatz, der mit jahresdurchschnittlich 3601 (3639) Beschäftigten erzielt wurde, wird ein Netto-Organschaftsgewinn von 15 (14,6) Mill. DM ausgewiesen. Den teilen sich die beiden Paritätspartner Thyssen- und Otto-Wolff-Konzern, die bis März 1983 das Rasselstein-Aktienkapital in zwei Etappen und ohne Agio auf 106 (56) Mill. DM erhöht haben.

Der Kapitaleinschuß begleitet die 127 Mill. DM teure (und bis Mitte 1984 fertige) Großinvestition zum Bau einer Durchlaufglühe, die im Weißblechgeschäft wegen des Trends zu dünneren und härteren Verpackungsblechen erforderlich wurde. Den Gipfel dieses Kraftaktes brachte das Berichtsjahr mit 81 (52) Mill. DM Sachinvestitionen bei 31 (35) Mill. DM Abschreibungen.

Einen Gipfel erreichte dieser aus Thyssen-Vormaterial produzierende „Stahlveredeler" 1982/83 auch mit seinem auf 758 000 (718 000) t gestiegenen Weißblechversand, der um ein Fünftel höher lag als im letzten Stahlboomjahr 1973/74. Die Belebung stammte hier jedoch nur aus dem jetzt um 23 Prozent auf 446 000 t gesteigerten Export, während der Inlandsabsatz vor allem durch geringeren Bedarf an Konservendosen um 12 Prozent zurückfiel. Im Feinblechgeschäft sank der Absatz um weitere 9 Prozent auf 353 000 t.

Für 1983/84 sieht der Vorstand in seinen beiden Produktgruppen bisher noch keine wesentliche Markterholung. Bei Weißblech gebe es im Inland noch keine Belebung und im Export die Aussicht auf verstärkten Preiswettbewerb. Bei Feinblech sei noch nicht damit zu rechnen, daß der Absatz steigen werde.

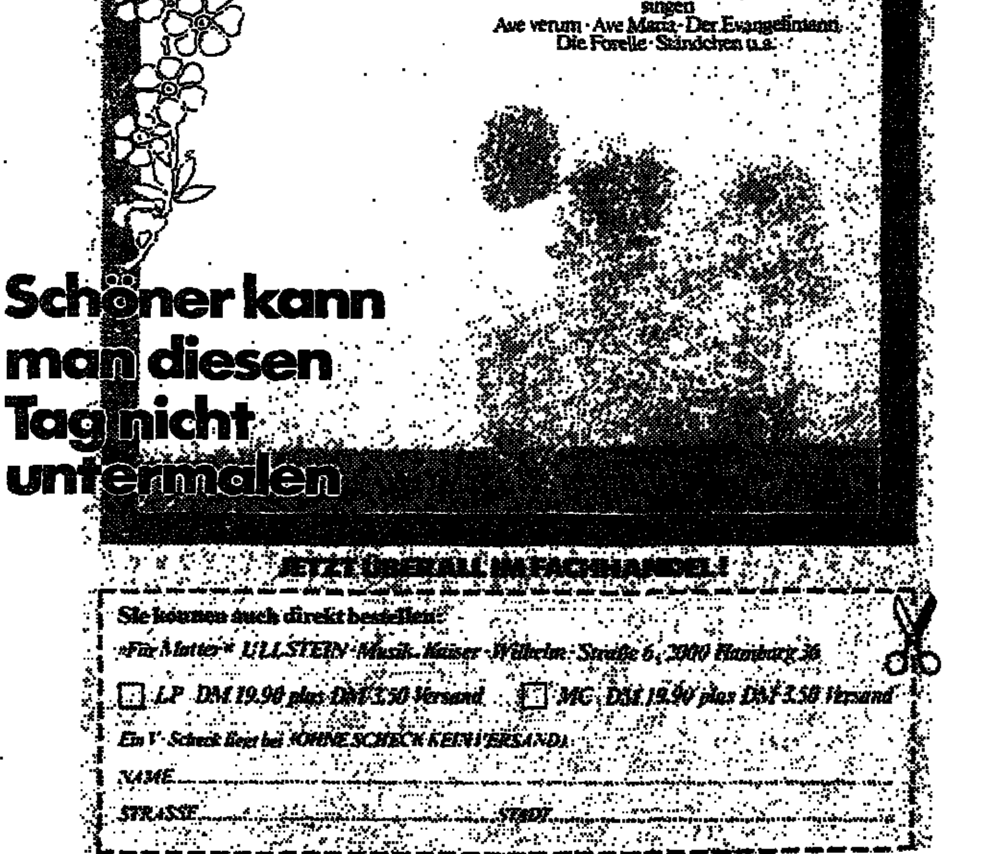
Ekkehard Hasse

* 19. April 1927 † 4. Mai 1984

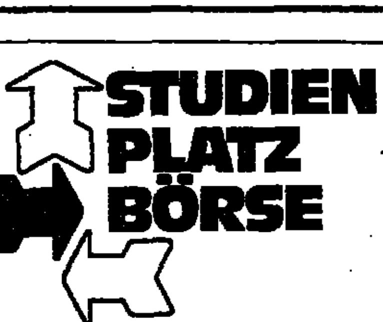
Ute Hasse geb. Gabriel
Joachim Hasse
Gabriele Schulz geb. Hasse
Reinhard Schulz
Marco und Michael

2 Hamburg 52
Parkstraße 1b

Beerdigung am Donnerstag, dem 10. Mai 1984, um 13 Uhr auf dem Heidefriedhof in Quickborn.



FINANZANZEIGEN



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

Nr.	von	nach
1	FU Berlin	Uni München
2	Düsseldorf	Münster
3	Frankfurt	Freiburg
4	Frankfurt	Heidelberg
5	Frankfurt	Tübingen
6	Frankfurt	Ulm
7	Gießen	Freiburg
8	Gießen	Uni München
9	Gießen	Tübingen
10	Mainz	Münster
11	Würzburg	TU München
12	Würzburg	Uni München

Humanmedizin
3. klinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	FU Berlin
2	FU Berlin	Hamburg
3	FU Berlin	Lübeck
4	FU Berlin	TU München
5	FU Berlin	Uni München
6	Düsseldorf	Essen
7	Essen	Münster
8	Essen	Uni München
9	Erlangen	Freiburg
10	Erlangen	Heidelberg
11	Erlangen	Tübingen
12	Gießen	Düsseldorf
13	Gießen	Frankfurt
14	Gießen	Hamburg
15	Gießen	Uni Kiel
16	Gießen	Münster
17	Köln	Freiburg
18	Köln	Heidelberg
19	Köln	Tübingen
20	Uni Kiel	Aachen
21	Uni Kiel	Mannheim
22	Uni Kiel	Mainz

Humanmedizin
4. klinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Aachen	Uni München
2	Bonn	TU München
3	Bonn	Uni München
4	FU Berlin	Freiburg
5	FU Berlin	Tübingen
6	FU Berlin	Ulm
7	Essen	TU München
8	Essen	Uni München
9	Göttingen	Bonn
10	Göttingen	Freiburg
11	Hannover	Hamburg
12	Hannover	Lübeck
13	Hannover	Uni Kiel
14	Hannover	Uni München
15	Hannover	Tübingen
16	Hannover	Ulm
17	Heidelberg	Freiburg
18	Heidelberg	Hamburg
19	Heidelberg	Uni München
20	Hamburg	TU München
21	Hamburg	Uni München
22	Marburg	Frankfurt
23	Mainz	Heidelberg
24	Mainz	Tübingen
25	Mainz	Ulm

Humanmedizin
6. klinisches Semester

Nr.	von	nach
1	Bonn	Freiburg
2	Bonn	Uni München
3	Bonn	Ulm
4	FU Berlin	Freiburg
5	FU Berlin	Heidelberg
6	FU Berlin	Mainz
7	Essen	Köln
8	Gießen	Düsseldorf
9	Gießen	Essen
10	Gießen	Köln
11	Göttingen	Gießen
12	Göttingen	Marburg
13	Göttingen	Würzburg
14	Hannover	Bochum
15	Hannover	Düsseldorf
16	Hannover	Essen
17	Heidelberg	FU Berlin
18	Heidelberg	Hamburg
19	Heidelberg	Uni Kiel
20	Köln	Erlangen
21	Marburg	Erlangen
22	Marburg	Göttingen
23	Marburg	Hamburg
24	Marburg	Lübeck
25	Marburg	Uni München
26	Marburg	Ulm
27	Münster	FU Berlin
28	Uni München	Bonn
29	Mainz	Bonn
30	Mainz	Köln

Zahnmedizin
1. Semester

Nr.	von	nach
1	Frankfurt	Münster
2	Frankfurt	Uni München
3	Gießen	Göttingen
4	Gießen	Hamburg
5	Gießen	Uni Kiel
6	Göttingen	Uni München
7	Göttingen	Tübingen
8	Mainz	Bonn
9	Mainz	Köln

Psychologie
1. Semester

Nr.	von	nach
1	Bielefeld	Hamburg
2	Bielefeld	Uni Kiel
3	Mannheim	Hamburg

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1984

EX-CELL-O / Eineinhalb Jahre Kurzarbeit beendet

Auftragseingänge belebter

WERNER NEITZEL, Eislingen

Obwohl steigende Auftragseingänge im Werkzeugmaschinenbau eine Trendwende signalisieren, hat diese Branche noch stark unter der Last ihrer Probleme des Jahres 1983 zu ächzen. Traditionell hinkt das Geschäft in diesem Wirtschaftszweig zyklischen Aufschwüngen hinterher, wobei die langen Durchlaufzeiten eine wesentliche Rolle spielen. So verspricht nach Ansicht der beiden Geschäftsführer der Ex-Cell-O GmbH, Eislingen/Fils, Jürgen Jenrich und H. J. Waldenmaier, das Jahr 1984 unter solchen Bedingungen allenfalls eine bescheidene Erholung. Da Firmen mit schwacher Kapitaldecke dem starken Wettbewerbsdruck bei gleichzeitigem Zwang zur Innovation auf Dauer nicht gewachsen seien, gehe man davon aus, daß dies schon mittelfristig zu einer Bereinigung der Kapazitäten führen werde.

Das Eislinger Tochterunternehmen des amerikanischen Ex-Cello-O-Konzerns, das auch weiterhin im Bereich schwarzer Zahlen bleiben wird, sieht sich gut gerüstet, die Marktprobleme zu durchstehen. Beim Umsatz bewege man sich in 1984 auf Vorjahreshöhe. In 1983 hatte dieser Werkzeugmaschinenbauer entsprechend der Marktverfassung einen um 21,7 Prozent auf 89 Mill. DM gesunkenen Umsatz zu verbuchen.

Der Auftragsbestand schrumpfte; zur Zeit beträgt die Reichweite etwa sieben Monate. Da die Auftragseingänge inzwischen deutlich nach oben zeigten, arbeite man bei Ex-Cello-O nach eineinhalb Jahren Kurzarbeit nunmehr wieder voll. Viel verspricht sich die Geschäftsführung von flexiblen Fertigungssystemen, wobei die neue Universaltransferstraße auf großes Interesse stoße. Der Exportanteil am Umsatz verringerte sich auf 53 (59) Prozent und wird 1984 weiter auf 30 Prozent abnehmen.

Investiert wurden 3 (5,4) Mill. DM, für das laufende Jahr sind 6,2 Mill. DM vorgesehen. Die Eigenmittelquote des durchschnittlich 770 Mitarbeiter beschäftigenden Unternehmens beläuft sich auf gute 54,2 (55,4) Prozent. Der gesamte Ex-Cello-O-Konzern kam 1983 auf einen Umsatz von 954 Mill. Dollar (minus 7 Prozent).

GEHE / Bald 24 Prozent freie Aktionäre

Neue Aktien Anfang Juli

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Das Pharmagroßhandelsunternehmen Gehe AG, Stuttgart, will – wie schon kurz gemeldet – verstärkt an die Börse gehen. Voraussichtich Anfang Juli wird ein Bankenkonsortium unter der Führung der Dresdner Bank 8,4 Mill. DM neue Gehe-Aktien, die aus einer geplanten Kapitalerhöhung des Gehe-Grundkapitals um 13,5 Mill. DM auf 40,5 Mill. DM stammen werden, einem breiten Publikum zum Kauf anbieten. Der Preis soll erst kurz vor Verkaufsbeginn festgelegt werden. Die neuen Gehe-Aktien werden an den Börsen Stuttgart, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt und München eingeführt. Gehe notierte zuletzt um 285 DM für die 100-DM-Aktie. Eine Umstellung auf 50-DM-Aktien ist vorgesehen.

Mit der Placierung wird der Anteil der freien Aktionäre am Grundkapital von 6 auf rund 24 Prozent steigen. Entsprechend verringert sich der Anteil des Großaktionärs Franz Haniel & Cie. GmbH von derzeit 94 Prozent auf 76 Prozent. Motiv sei eine stärkere Unterstreichung des Charakters der Gehe AG als Publikumsgesellschaft.

Die Kapitalerhöhung hängt zusammen mit der starken Expansion des Unternehmens, das 1983 den Umsatz überdurchschnittlich (das Branchenwachstum lag bei 9 Prozent) um 11,9 Prozent auf 1,04 Mrd. DM steigerte. Einschließlich der im Oktober 1982 übernommenen Ruwa GmbH wird für den Teilkonzern ein Umsatz von 1,61 Mrd. DM ausgewiesen. Der Marktanteil von Gehe wird mit etwa 13 Prozent angegeben. In den ersten vier Monaten 1984 lag das Umsatzwachstum bei 10 Prozent.

Für 1983 wird ein auf 3,86 (1,08) Mill. DM verbesserter Jahresüberschuß ausgewiesen. Den Dividendensatz hat Gehe von 4 auf 10 Prozent angehoben. Mindestens in dieser Höhe wird auch eine Ausschüttung für 1984 angepeilt. Die Eigenkapitalquote von derzeit 11 Prozent wird sich nach der Kapitalerhöhung zwischen 17 und 19 Prozent bewegen. In den letzten drei Jahren hatte Gehe insgesamt 73 Mill. DM investiert.

ROWENTA / Größter europäischer Bügeleisen-Produzent wird hundert Jahre alt

Fester Platz in fast allen deutschen Haushalten

INGE ADHAM, Frankfurt

Rowenta, der größte europäische Bügeleisenhersteller, wird in diesem Monat hundert Jahre alt. Als Robert Weintraud – aus seinem Namen entstand 1909 der Markenname „Rowenta“ Anfang Mai 1884 in Offenbach seine Weintraud & Comp. gründete, hatte er freilich Bügeleisen nicht im Visier. Der Sproß einer alteingesessenen Strumpfwirkerfamilie wollte vielmehr dem Strukturwandel begegnen, der die einst erfolgreichen Offenbacher Strumpfwirker aus dem Rennen warf und etablierte ein Unternehmen zur Herstellung von Lederwaren und Metallzubehör für Lederwaren, um an der rasch wachsenden Bedeutung von Offenbach als Lederwarenstadt zu partizipieren.

Bei den Lederwaren blieb das junge Unternehmen freilich nicht lange, sie wurden von der Fertigung von „Galanteriewaren“ sukzessive abgelöst; den ersten Warenschutz beim kaiserlichen Patentamt erhielt „Rowenta“ Ende 1909 für Schreibutensilien, Rauchergarnituren, Toilettenartikel und Haushaltsgegenstände.

Der Drang nach Neuem, der sich heute im Offenbacher Stammsitz an der Waldstraße in einer 120 Mitarbeiter starken Entwicklungsabteilung dokumentiert, war offenbar schon beim Unternehmensgründer groß: Bereits 1913 erhielt das Unternehmen Warenzeichenschutz für elektrische Heiz-, Koch- und Wärmeapparate und elektrische Beleuchtungsgegenstände, damals noch Luxusgegenstände für einen kleinen Käuferkreis. Die Elektrizität im Haushalt war noch jung.

Der erste Weltkrieg stoppte die Bastler aus der Waldstraße: Koppelschlösser und Pickelhauben wurden als Produktionsprogramm befohlen. Doch schnell kehrte Rowenta zum angestammten Bereich der „thermischen Elektrogeräte“ zurück; eine Preisliste von 1920 bietet zahlreiche „Elektrische Koch- und Heizapparate“, unter anderem „Universal-Reise-Garnituren“: Das Bügeleisen für 28,95 Mark, verwendbar auch als Brennscherenwärmer und als Kocher. Die Multifunktionalität eines elektrischen Gerätes, damals eine unerhörte Neuheit, reizt offenbar auch heute noch. Ansätze dazu läßt der im Jubiläumsjahr als Neuheit präsentierte Toaster für Brot, Brötchen und Sandwiches erkennen.

Zweifellos ist es im Laufe der Jahre ungleich schwerer geworden, „Neues“ zu entwickeln. Zwar machte Rowenta nach Angaben der Geschäftsleitung 1982/83 (30. 11.) ein Viertel seines Umsatzes von fast einer halben Milliarde Mark mit „neuen Produkten“, aber die Definition, wann ein Produkt wirklich das Prädikat „neu“ verdient, fällt schwer. Wesentlich bleibt, daß es gelungen ist mit sinnvollen Neu- und Weiterentwicklungen, der Marke einen festen Platz in den deutschen Haushalten zu etablieren.

Mit „notwendigen Werkzeugen der Hausfrau“ wie Bügelautomat, Haartrockner, Kaffeemaschine oder Staubsauger in praktisch allen bundesdeutschen Haushalten präsent, hat Rowenta auch schwierige Jahre am Kleingerätemarkt mit seinem hohen Sättigungsgrad überstanden. Zur Sicherheit „hoher Produktionsstückzahlen und damit einer überlegenen Fertigungsrationalisierung“ hat die Rowenta GmbH, die nicht allein vom Ersatzbedarf leben will, von 1963 an den Export gepflegt, heute stammen 58 Prozent des Umsatzes aus dem Ausland, wo man sich derzeit über zweistellige Wachstumsraten freut.

Rowenta ist zwar seit 1963, als die amerikanische Sunbeam-Gruppe einstieg, kein Familienunternehmen mehr (inzwischen gehört das Unternehmen je zur Hälfte der amerikanischen Allegheny International und der Brinkmann Holding), die deutsche Geschäftsführung hat es aber immer verstanden, ihre Unabhängigkeit zu wahren. Ohne Zweifel erleichtert wird dies durch stabile Gewinnbeiträge der Rowenta GmbH, die am 18. Mai in Offenbach mit einem Festvortrag von Prof. Karl Steinbuch unter dem Motto „100 Jahre Fortschritt“ feiert.

EDV-Service für den Kfz-Handel

Py, Düsseldorf

Die GSI, Tochtergesellschaft des französischen Elektrokonzerns Thomson-Brandt und eines der größten europäischen EDV-Service-Unternehmen, festigt im deutschen Automobilhandel ihre führende Position. Durch die Tochter Deutsche Datel-Gesellschaft für Datenfernverarbeitung mbH, Darmstadt, übernahm GSI Frankreich die A.I.D. Autocomp. sowie die zur A.I.D.-Gruppe gehörenden Interdispo-Firmen in Holland, der Schweiz und Österreich.

Die A.I.D. – Auto-International Dataservices-Gruppe hatte 1983 einen Umsatz von 20 Mill. DM und bietet für mehr als 1500 Kunden eine integrierte Organisationslösung für den Kfz-Handel von der Lagerbewirtschaftung bis zur Garantieabwicklung. Die GSI-Gruppe (2500 Mitarbeiter) setzte im letzten Jahr mehr als 300 Mill. DM um. Mit mehr als 5000 Kunden im Pkw-, Lkw- und Landmaschinenhandel in 12 europäischen Ländern bezeichnet sich GSI europaweit als Nr. 1 unter den EDV-Dienstleistern in der Kraftfahrzeug-Branche.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Höhere DLW-Dividende

Stuttgart (nl.) – Der Hauptversammlung der DLW AG, Bietigheim-Bissingen, am 9. Juli wird für 1983 eine auf 11 (10) DM je 50-DM-Aktie erhöhte Bardividende auf insgesamt 58,5 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen. Der Konzernumsatz ist 1983 um 1,4 Prozent auf 711 Mill. DM zurückgegangen.

Keine Dividende

Leinfelden-Echterdingen (VWD) – Noch keinen Dividendenvorschlag für das Geschäftsjahr 1983 enthält die Einladung zur Hauptversammlung der Vereinigte Altenburger und Stralsunder Spielkarten-Fabriken AG (Ass), Leinfelden-Echterdingen, für das Geschäftsjahr 1983 am 15. Juni. 1983 hatte das Unternehmen erstmals nach drei Verlustjahren wieder ein positives Ergebnis erreicht.

Thyssen übernimmt

Essen (dpa/VWD) – Die Thyssen Industrie AG, Essen, hat mit Wirkung vom 1. Mai den gesamten Aufzugsbereich der M. A. N.-Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG übernommen. Die M. A. N. überträgt ihre Aktivitäten auf die Thyssen Aufzüge GmbH, die ihre Firma in „Thyssen-M. A. N. Aufzüge GmbH“ ändern wird, teilte die Thyssen Industrie gestern mit. Die M. A. N. werde an der neuen Gesellschaft einen Anteil von 15 Prozent halten. Den 465 M. A. N.-Mitarbeitern sei die Übernahme ihrer Arbeitsplätze angeboten worden.

Wieder zehn Mark

München (sz.) – Eine unveränderte Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie schlägt die Thuringia Versicherungs-AG, München, der Hauptversammlung am 18. Juni für 1983 vor. Auf die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung auf 42 (36) Mill. DM sollen 5 DM gezahlt werden. 1983 wurde ein Jahresüberschuß von 14,0 (12,2) Mill. DM erzielt, aus dem 0,6 Mill. DM der gesetzlichen und 5,5 Mill. DM der freien Rücklage zugeführt werden. Als Bilanzgewinn verbleiben 7,9 (7,23) Mill. DM.

Gelsenwasser gibt Bonus

Essen (Bm.) – Die Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, wird ihrer Hauptversammlung am 28. Juni die Verteilung von wieder 12 Prozent Dividende auf 125 Mill. DM Aktienkapital vorschlagen. Zusätzlich soll ein Bonus von 1 Prozent bezahlt werden. Aus dem Jahresüberschuß von 18,25 Mill. in 1983 werden 2 Mill. DM in die Rücklage für Substanzerhaltung eingestellt. Eine Wasserpreiserhöhung komme „frühestens“ 1985 in Betracht.

Großauftrag aus Südafrika

Essen (Bm.) – Die GEA GmbH, Herne, hat von der Escom, der öffentlichen Energieversorgungsgesellschaft der Republik Südafrika, einen Großauftrag über mehr als 330 Mill. DM erhalten. GEA liefert luftgekühlte Kondensatoren für sechs Kohlekraftwerke mit zusammen 4000 MW Leistung. Mit diesem Auftrag wird die GEA im laufenden Jahr ein Auftragsvolumen von über einer Milliarde DM erreichen.

LEDERINDUSTRIE

Rohwarenpreise steigen stark

dpa/VWD, Bad Dürrheim

Die Produktivitätsfortschritte der deutschen Lederindustrie, die 1983 und Anfang 1984 erzielt werden konnten, wurden nach Angaben des Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Lederindustrie, Karl Ernst Strebost, auf der Mitgliederversammlung in Bad Dürrheim durch die massiv gestiegenen Rohwarenpreise wieder aufgezehrt. Die Zahl der Produktionsbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ging 1983 leicht um 1,2 Prozent auf 81 (82) Unternehmen mit insgesamt 6912 (7020) Mitarbeitern zurück. Gleichzeitig stieg der Umsatz der Branche 1983 um 13,5 Prozent auf rund 1,38 (1,21) Mrd. DM. Die inländische Ledererzeugung erhöhte sich um 6,1 Prozent auf 32 909 (36 676) Tonnen. Die Ausfuhrquote – bezogen auf die Produktion – konnte dabei der Menge nach auf 42,8 (40,5) und dem Wert nach auf 53 (48,6) Prozent gesteigert werden.

Der Produktivitätszuwachs in der inländischen Lederindustrie dürfte 1983 bei etwa 6 Prozent gelegen haben. Es gab im letzten Jahr für die Gerbereien wenig Beschäftigungsprobleme. Die Nachfrage nach Leder war weiterhin rege. Insbesondere bei Polstermöbeln konnte Leder „ständig an Boden gewinnen“. Aber auch in der Schuhindustrie seien Synthetiks kaum noch ein Thema.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bochum: Pfankuch GmbH; **Detmold:** Ewald Heidbreder Straßen- u. Tiefbauges. mbH & Co. KG, Bad Salzuflen; **Essen:** Christel Wiechers geb. Wolff, Inh. d. Fa. Fritz Wolff; Fritz Orth, Bauunternehmung GmbH; **Gütersloh:** Johannes Nieländer, Tischlermeister, Rheda-Wiedenbrück; **Hann.-Münden:** Weinhandel Wiltrudis Brobose GmbH; **Heidelberg:** Ges. zur Förderung v. lern- u. geistig Behinderten u. Legasthenikern gemeinnützige GmbH; **Kehl:** Sarem Med.-Electronic GmbH; **Plön:** JUWA GmbH Bau- u. Möbeltischlerei, Dannau; **St. Ingbert:** Günter Seel, Ges. mbH; **Wesel:** Peter Memmesheimer, Immobilienkaufmann; JWC Bauträger Ges. mbH.

Vergleich beantragt: Ansbach: Rudi Dannenberg, Kaufmann, Neuendettelsau; **Lampertheim:** 1. Heinrich Neff, Viernheim 2. Fa. Neff, Grundstücksverwaltung Objekt Viernheim, Eissporthalle KG; **Osterholz-Scharmbeck:** Kühl & Co., Worpswede; Hans-Dieter Kühl, Kaufmann, Worpswede.

Streikgefahr lähmte die Käufer

Die meisten Aktienkurse wurden kräftig zurückgenommen

DW.- Wenn es wirklich zum Streik kommen sollte, wäre das Vertrauen der ausländischen Anleger dahin, hieß es am Montag in den deutschen Börsensälen. Vorerst hat die Urabstimmung in der südwestdeutschen Metallindustrie nur die deutschen und ausländischen Käufer so gut wie gelähmt. Mutige lagen mit niedrig gesetzten Kurslimits auf der Lauer, um billig „abzustauben", aber bis auf diese Limits sanken die Notierungen nur selten. Betroffen waren von den Kursrückgängen nicht nur „Metall"-Aktien, sondern der gesamte Markt.

Am Automarkt wurden BMW um 6 DM, Daimler-Benz um 7 DM und VW um 4 DM zurückgenommen. Sondereinflüsse – nämlich Gewinnmitnahmen der Ersterwerber – drückten die Porsche-Aktie um rund 40 DM. Bis um 4 DM (Hoechst) wurden die Kurse der Farbennachfolger zurückgenommen. Ähnlich stark gaben die Elektrowerte nach, auch AEG (minus 1,40 DM), bei denen positive Unternehmensnachrichten erwartet werden. Großbankaktien sanken bis um 4,50 DM. Weniger stark abgeschwächt Stromversorgungswerte. Preussag verloren 5 DM. Warenhäuser teilweise um 5,50 DM schwächer. Leichte Kurssteigerungen dagegen bei den an deutschen Börsen amtlich notierten holländischen Aktien.

Düsseldorf: DAT erhöhten sich um 4 DM auf 400 DM, Dt. Texaco konnten sich um 8 DM auf 233 DM befestigen und Stinnes schlossen mit einem Plus von 20 DM ab. Leffers sanken um 6 DM auf 490 DM, Düwag verminderten sich um 4 DM auf 126 DM und Allianz Leben gaben um 90 DM nach.

Frankfurt: Bei den Chemieaktien stand der Beginn des Bezugsrechtshandels bei Degussa im Mittelpunkt. Das Bezugsrecht blieb erstmals 33,10 DM bei 30 000 Stück Umsatz. Stollwerck stiegen bei Plusankündigung um 44 DM auf 494 DM. Autoaktien hatten Einbußen bis zu 6 DM, jedoch Mercedes gut behauptet. Porsche gaben um 39 DM auf 981 DM nach.

Hamburg: HEW lagen bei 97,70 DM minus 0,80 DM etwas leichter. NWK Vz. waren bei 179,50 DM unverändert. Phoenix Gummi eröffneten zu 139 DM und lagen später bei 138 DM minus 2 DM. Reichelt gingen zu 131 DM minus 2 DM und Bremer Vulkan zu 62 DM minus 2,20 DM aus dem Markt.

München: Etienne Aigner verminderten sich um 0,50 DM auf 296 DM, Agrob St. fielen um 3 DM auf 280 DM und Augsburger Kammgarn sanken um 2,80 DM auf 105 DM. Diamalt AG verbesserten sich um 4 DM auf 102 DM, Flachglas erhöhten sich um 3,50 DM auf 254 DM und NAK Stoffe konnten sich um 1 DM auf 88 DM befestigen.

Berlin: Kempinski erholten sich um 1 DM. Schering büßten 8 DM und Berthold 5 DM ein. Engelhardt und Scheidemandel wurden um je 5 DM niedriger taxiert. Herlitz Vz. mußten um 3 DM und Herlitz St. um 2,50 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 153,1 (152,1)
WELT-Umsatzindex: 2541 (2275)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Optionshandel

Frankfurt: 7. 5. 84: 609 Optionen = 32 800 (27 950) Aktien, davon 169 Verkaufsoptionen = 9050 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-90/14,5, 7-95/11, 7-100/5,5, 7-110/2,2, 10-100/9,4, 10-110/5, 1-100/11,3, BASF 7-170/6,9, 7-180/2,5, 10-170/10,5, 10-180/6, Bayer 7-170/9, 7-180/4,1, 7-180/2, 10-180/8,2, 10-190/4,4, 1-190/7,5, Bay. Hypo 1-300/8,2, Bekula 7-95/2, 10-95/5, BMW 10-420/15, Commerzbank 7-170/14, 7-180/6,4, 7-190/2, 10-200/3,4, 1-180/15,9, Conti 7-123,7/11,6, 7-130/7,4, 7-140/2,9, 10-130/12, 10-140/5,1, 1-140/10, Daimler 7-580/22, 7-600/15,1, 10-580/38, 10-590/30, 10-600/21, Dt. Babcock St. 10-160/16, 10-170/6, Deutsche Bank 10-400/12,3, 1-390/29, Dresdner Bank 7-170/11, 7-180/3,9, 10-180/9, GHH St. 7-150/9, 1-160/6, Hoechst 7-180/9,1, 7-190/3,1, 7-200/1, 10-170/20, 10-180/13,4, Hoesch 7-100/18, 7-110/10,6, 7-120/4, 10-120/6,6, Klöckner 7-60/5,2, 7-65/2,4, 7-70/1,9, 10-60/7, 10-65/5, 1-70/5, Lufthansa Vz. 7-160/3, Mannesmann 7-140/12,5, 7-150/5, 7-160/1,5, 10-150/8,8, 10-160/4,2, 1-150/11, 1-160/6,5, Preussag 7-280/8,8, RWE St. 10-170/3,9, RWE Vz. 10-170/3,5, Thyssen 7-85/4,9, 10-85/7,4, 10-95/2,8, 1-90/7,6, Veba 7-170/4,5, 10-190/1,3, 1-170/15, 1-180/6,8, VW 7-190/18, 7-200/10, 7-210/5, 7-230/1,1, 10-210/10, 10-220/7, 1-200/22,2, 1-220/12,2, Chrysler 7-60/12, 7-75/2,5, 10-70/8,4, 1-70/8,5, General Motors 1-190/16,6, IBM 10-310/25, Philips 7-38,9/5,66, 10-40/3,5, Royal Dutch 7-140/8, 10-140/10, Xerox 7-110/7,9, 1-120/5,5; **Verkaufsoptionen:** AEG 7-95/3, 10-90/2, 10-95/5, 1-85/3, 1-95/5,4, Bayer 7-170/2,5, BBC 7-230/15, 10-230/17,6, BMW 7-420/19,9, 10-390/12, Commerzbank 7-170/1,4, 1-170/2, 1-180/8, Conti 7-130/3,4, 10-130/4,5, 10-140/10,9, 1-130/5,2, Daimler 7-570/12, 10-580/20, Deutsche Bank 10-390/22, 1-370/8, 1-390/35, Dresdner Bank 7-190/15, 1-180/7,5, Karstadt 7-290/20, Klöckner 7-60/2, 7-70/10, Lufthansa St. 1-160/10, MAN 7-150/5,7, Mannesmann 7-150/3,5, 1-140/4, Preussag 7-290/17, Siemens 1-370/4, Thyssen 7-85/3, 10-80/2,1, Veba 7-180/9, 10-170/3, VW 7-190/2, 7-200/5,7, 7-220/30, 7-230/12,1, 7-230/30, 10-190/3,3, 10-200/8, 10-210/12,5, 10-220/20,5, 1-190/5, Chrysler 10-65/3,2, 1-70/8,5, Litton 10-190/19.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅞–11	5⅛–5⅜	3¼–3½
3 Monate	11⅛–11⅜	5⅝–5⅞	3⅝–3⅞
6 Monate	11½–11⅞	5¾–6	4 –4¼
12 Monate	12 –12¼	6⅛–6⅜	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisen

Die neuen negativen Aspekte zur amerikanischen Zinspolitik, vorgebracht am Freitag von dem Zinspapst Henry Kaufmann, sorgten am 7.5. für einen Anstieg der Dollar-Zinssätze um bis zu ¼ Prozentpunkte und auch für höhere Dollar-Kurse. Mit Besorgnis wurde im Ausland auch die Zustimmung der Metallarbeiter im Bezirk Nordbaden zu Kampfmaßnahmen registriert, so daß eine generell schwache Mark heute zu notieren war. Der Dollar wurde zwischen 2,7480 und 2,7610 gehandelt, wobei gegen Geschäftsschluß die Tageshöchstbasis wieder erreicht wurde. Aktivitäten der Notenbank waren lediglich zur amtlichen Notiz mit einem Spitzenausgleich im Verkauf von 9,35 Mill. Dollar festzustellen. Die Kursverbesserungen der übrigen Währungen waren unterschiedlich. Der Yen stieg um 1,13 Prozent auf 1,2096, das britische Pfund um 5 Promille auf 3,842 und der Schweizer Franken um 4,5 Promille auf 121,34. Sehr fest lagen von den nordischen Währungen die Norwegische und die Schwedische Krone. US-Dollar in: Amsterdam 3,0960; Brüssel 50,0282; Paris –; Mailand 1700,00; Wien 19,3770; Zürich 2,2697; Ir. Pfund/DM 3,068; Pfund/Dollar 1,3954; Pfund/DM 3,843.

Ostmarkkurs am 7. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50, Verkauf 21,50 DM West; Frankfurt:

Devisenterminmarkt

Deutlich befestigte Euro-Dollar-Zinsen zu Beginn der Woche (1/3–3/16 Prozent) hatten am Terminmarkt kräftig erweiterte Dollar-Abschläge gegen D-Mark zur Folge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,44/1,34	3,88/3,78	7,75/7,55
Pfund/Dollar	0,24/0,27	0,45/0,49	1,52/1,57
Pfund/DM	1,90/0,50	4,10/2,70	7,30/5,90
FF/DM	29/13	66/50	131/115

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 5.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 7. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,90, Rendite 7,80.



Rentenwerte etwas leichter

An den Rentenmärkten sind die Zinssteigerungen in den USA nicht ohne Einfluß auf die Notierungen geblieben. Bundesobligationen wurden am Montag um 0,1-0,25 Prozentpunkte zurückgenommen. Die Umlaufrendite der öffentlichen Anleihen hat auf 7,96 (7,95) Prozent angezogen. Bundesanleihen gaben bis um 0,4 Prozentpunkte nach. Ähnlich abgeschwächt tendierten DM-Auslandsanleihen. Auch am Pfandbriefmarkt bröckelten die Notierungen am Wochenanfang um 0,15-0,25 Punkte ab. Für die meisten festverzinslichen Papiere verlief das Geschäft ruhig.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Durchweg schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Mit Ausnahme des verfügbaren abgeschwächten Monats ging Kaffee fester aus dem Markt. Dagegen wurde Kakao durchweg etwas unter Vortagesniveau bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	4. 5.	3. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	359,75	365,75
Juli	342,50	341,75
Sept	344,50	343,75
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif	4. 5.	3. 5.
St. Lawrence 1 CW	244,88	241,66
Amber Durum	220,55	234,00
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	135,50	133,00
Juli	139,00	137,10
Okt	144,50	142,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	136,00	134,50
Juli	129,00	127,40
Okt	121,50	120,00
Hafer Chicago (c/bush)	4. 5.	3. 5.
Mai	175,00	174,00
Juli	179,75	160,00
Sept	153,50	153,75
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	345,00	345,75
Juli	346,75	346,50
Sept	322,75	322,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	4. 5.	3. 5.
Mai	134,10	132,65
Juli	132,70	132,90
Okt	127,50	127,30

Genußmittel

	4. 5.	3. 5.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	151,25	151,75
Juli	148,40	147,55
Sept	144,50	144,65

	4. 5.	3. 5.
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	2590	2625
Juli	2615	2559
Sept	2525	2660
Umsatz	–	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	5,87	–
Juli	6,20	6,06
Sept	6,42	6,45
Okt	7,11	6,65
Jan.	7,58	7,35
Umsatz	10 750	9 415
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4. 5.	3. 5.
	5,75	5,50

	7. 5.	4. 5.
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Mai	geschl.	2125–2126
Juli	geschl.	2130–2131
Sept	geschl.	2105–2110
Umsatz	–	2554
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	geschl.	1925–1932
Juli	geschl.	1954–1955
Sept	geschl.	1954–1955
Umsatz	–	2370
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug	geschl.	161,60–162,00
Okt	geschl.	171,20–171,40
Dez	geschl.	178,60–179,00
Umsatz	–	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 5.	4. 5.
schw. Sarawak spez.	345,00	345,00
weißer Sarawak	645,00	645,00
weißer Muntok	652,50	652,50

	4. 5.	3. 5.
Orangensaft New York (c/lb)		
Mai	189,60	187,90
Juli	187,40	185,10
Sept	184,40	183,35
Nov	179,10	178,50
Jan	177,40	176,30
Umsatz	1500	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

	4. 5.	3. 5.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	55,00	55,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	33,00	32,50
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	34,50	34,20
Juli	34,25	33,80
Aug.	33,50	32,65
Sept.	31,50	31,40
Okt.	29,40	29,05
Dez.	27,90	27,60
Jan.	27,80	27,30
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	36,00	34,30
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	30,00	29,50
Choise white hog 4% fr. F	22,50	22,00
Talg New York (c/lb) top white	21,00	21,00
fancy	20,75	20,75
bleichfähig	19,00	19,00
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine Chicago (c/lb) Juni	55,27	55,45
Juli	58,65	58,75
Aug.	59,25	59,45
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Mai	68,50	68,70
Juli	68,60	69,10
Aug	67,45	67,80

	4. 5.	3. 5.
Häute Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	63,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	59,00	59,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Mai	809,00	801,00
Juli	816,00	810,00
Aug	804,50	800,00
Sept.	761,00	757,00
Nov.	722,50	718,00
Jan.	732,00	729,00
März	744,00	740,50
Sojaschrot Chicago ($/sht) Mai	189,70	189,10
Juli	196,00	195,00
Aug.	196,50	196,00
Sept.	194,00	194,00
Okt.	187,50	188,00
Dez.	190,00	189,50
Jan.	191,00	191,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	4. 5.	3. 5.
Mai	352,50	344,00
Juli	357,50	351,50
Okt.	363,50	357,90
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	52,00	52,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	7. 5.	4. 5.
jegl. Herk. cif	1160,00	1145,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	560,00	540,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	900,00	830,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	257,00	248,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1270,00	1175,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	316,00	298,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	4. 5.	3. 5.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Mai	83,40	83,60
Juli	82,90	83,00
Okt.	80,50	81,00
Dez.	79,70	80,10
März	77,28	77,35
Mai	78,40	78,60
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS–1:	52,50	52,75

	7. 5.	4. 5.
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:		
Mai	geschl.	419–427
Aug.	geschl.	446–448
Okt.	geschl.	448–452
Umsatz	50	89
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
Mai	unerhältl.	50,20
Juli	unerhältl.	49,90
Okt.	unerhältl.	50,40
Dez.	unerhältl.	50,30
Umsatz	–	6750
		Tendenz: –
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
Mai	564,0–568,0	569,0–573,0
Juli	581,0	584,0–585,0
Okt.	577,0–580,0	572,0–575,0
Umsatz	42	37
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen East African 3 long	geschl.	670,00
undegraded:	geschl.	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
Mai	13 905	unerhältlich
Juni	13 863	unerhältlich
Kautschuk London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	geschl.	72,50–74,50
Juni	geschl.	72,50–74,50
Juli	geschl.	74,00–75,00
Aug.	geschl.	75,40–76,00
		Tendenz: –

	7. 5.	4. 5.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
Mai	230,50–232,00	228,50–229,00
Juni	236,00–236,50	233,25–234,50
Nr. 2 RSS Mai	228,50–229,50	227,00–228,00
Nr. 3 RSS Mai	225,00–226,00	223,50–224,50
Nr. 4 RSS Mai	218,00–219,00	216,50–217,50
		Tendenz: ruhig
Jute London (£/lgt)		
BWC	geschl.	512,00
BWD	geschl.	500,00
BTC	geschl.	512,00
BTD	geschl.	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	7. 5.	4. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	geschl.	126,61–126,81
drittfolg. Monat	geschl.	128,91–129,10
Zink: Basis London		
laufend. Monat	geschl.	263,57–263,76
drittfolg. Monat	geschl.	259,36–259,55
Produz.-Preis	geschl.	295,83
Reinzinn 99,9%	3769–3806	3800–3837

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 5.	4. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	404,44–406,37	402,45–404,36
Blei in Kabeln	geschl.	134,25–135,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	7. 5.	4. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	392	391
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	433	432–434
MS 63	426–433	425–431

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	7. 5.	4. 5.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 5.	4. 5.
Leg. 225	420–443	420–443
Leg. 226	422–445	422–445
Leg. 231	452–475	452–475
Leg. 233	462–485	462–485

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 5.	4. 5.
Platin (DM je g)	36,558	36,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 600	33 350
Rücknahmepr.	32 850	32 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 620	33 310
Rücknahmepr.	32 760	32 790
verarbeitet	35 290	34 960
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 290	33 035
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	793,30	801,30
Rücknahmepr.	764,10	785,20
verarbeitet	828,50	836,90

Internationale Edelmetalle

	7. 5.	4. 5.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	geschl.	378,30
15.00	geschl.	376,70
Zürich mittags	374,50–375,00	378,25–378,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 300	100 750
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	geschl.	543,80
3 Monate	geschl.	654,25
6 Monate	geschl.	670,35
12 Monate	geschl.	699,85
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	geschl.	273,15
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	geschl.	111,50

	4. 5.	3. 5.
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	378,50	378,50
Silber H & H Ankauf	899,00	912,50
Platin fr. Händlerpr.	387,00–395,00	387,00–395,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	156,00–157,00	158,00–159,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	881,50	902,00
Juni	891,50	910,50
Juli	895,00	918,30
Sept.	914,00	935,10
Dez.	943,00	962,00
Jan	953,90	972,70
März	972,40	990,00
Umsatz	28 000	20 000

New Yorker Metallbörse

	4. 5.	3. 5.
Kupfer (c/lb)		
Mai	64,40	65,45
Juni	65,00	66,05
Juli	65,60	66,65
Sept.	66,80	67,95
Dez.	68,70	69,95
Jan.	69,55	70,50
März	70,80	71,85
Umsatz	8 500	9 500

Londoner Metallbörse

	7. 5.	4. 5.
Aluminium (£/t)		
Kasse	geschl.	937,00–938,00
3 Monate	geschl.	960,00–960,50
Blei (£/t) Kasse	geschl.	330,50–331,00
3 Monate	geschl.	336,40–337,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	geschl.	1037,5–1038,5
3 Monate	geschl.	1052,5–1053,0
abends Kasse	geschl.	–
3 Monate	geschl.	–
(Kupfer-Standard)		
Kasse	geschl.	1036,0–1038,0
3 Monate	geschl.	1047,0–1048,0
Zink (£/t) Kasse	geschl.	688,00–688,50
3 Monate	geschl.	677,00–677,50
Zinn (£/t) Kasse	geschl.	8580–8585
3 Monate	geschl.	8574–8575
Quecksilber ($/FL)	geschl.	308–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	geschl.	84–86

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 22 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 6 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Heimliches Vorbild

gaz – In dem an interessanten historischen Details nicht gerade reichen neuen Erinnerungsband des Tübinger Germanisten Hans Mayer findet sich eine Episode, die es wert ist, extra beleuchtet zu werden. Mayer erzählt da vom sogenannten Pfingsttreffen der FDJ 1950 in Ost-Berlin, an dem er als damaliger Leipziger Literaturprofessor teilnahm, um prominente ausländische Gäste zu betreuen, unter ihnen den sowjetischen Schriftsteller Ilja Ehrenburg.

„Alle meine Versuche", schreibt Mayer, „mit Ehrenburg über die DDR oder auch nur ihre Autoren zu sprechen, scheiterten schon im Versuch. Ehrenburg gab nichts preis, und er war nicht neugierig. Doch, nach einem einzigen Schriftsteller hat er sich erkundigt. Er wollte wissen, was ich von Ernst Jünger hielte. Als ich kühl und distanziert aussagte, schien er unzufrieden und brach auch dieses Gespräch ab."

Die Begegnung scheint Eindruck auf Mayer gemacht zu haben. Viel später kommt er noch einmal auf sie zurück: „Plötzlich entsann ich mich der Verachtung, mit welcher Ilja Ehrenburg im Frühjahr 1950 ... in Berlin alle meine Versuche abtat, mit ihm über die junge Literatur der DDR zu sprechen. Was er nicht gesagt, doch gedacht hatte, war wohl dies: Das sind kommunistische Schreiber. Was kann an ihnen also dran sein? Über Ernst Jünger hatte er mich befragt."

Ilja Ehrenburg und Ernst Jünger – das ist in der Tat ein merkwürdiges Gespann. Hier der Internationalist aus jüdischem Hause, der gleichwohl zu einem der schlimmsten Hofsänger Stalins und zu einem der haßerfülltesten Propagandisten gegen die Deutschen schlechthin wurde; da der „Nationalist" und Kriegsteilnehmer, der dennoch nie ein pauschalierendes, abwertendes Wort über den Gegner verliert und der Hitler nicht schmeichelt, ja, dem es sogar gelingt, mitten in der Blüte des Regimes mit den „Marmorklippen" ein unanfechtbares Zeichen geistigen Widerstands zu setzen.

Aber wahrscheinlich war es gerade diese Differenz, die Ehrenburg faszinierte. Wir wissen heute über die inneren Anfechtungen Ehrenburgs, über seine Scham angesichts der Stalinorgien, wir wissen, daß er sich damals, 1950, schon mit „Tauwettergedanken" trug. Jünger war offenbar das heimlich bewunderte Vorbild. Von den „Marmorklippen" zu Ehrenburgs Tauwetterroman läuft eine direkte Linie.

Und noch einmal Weltuntergang: Das Orwell-Symposion des ORF in Salzburg

An den Felsen geschmiedet

Ein prachtvoller Frühlingstag in Salzburg: Forsythien und Apfelbaumblüte, zart grünende Sträucher begleiteten die Besucher des Symposions mit dem sadomasochistischen Titel „Die Lust am Untergang" bis zur Rampe des Studios Salzburg des Österreichischen Rundfunks, dem Tagungsort. Im Publikumsstudio stimmte man dann aber mit riesigem dunkelgraublauem Vorhang in die äußeren Umstände zum Untergang ein. Der erklärende Symposionsuntertitel, „Zukunftsperspektiven zwischen Kulturpessimismus und Hoffnung", hatte George Orwells Roman „1984" zum Anlaß genommen, zwischen Neusprache und totaler Entpersönlichung, zwischen Apokalypse jetzt und der Hoffnung auf möglicherweise doch vorhandene freundlichere Alternativen zu pendeln. Drei Tage ohne Tageslicht im Studio – Vorahnung und Einstimmung auf den Untergang?

Die Frage stellte der wissenschaftliche Leiter der Tagung, Oskar Schatz, Wissenschaftsredakteur am Salzburger ORF, in seiner Einleitung so: „Geht Homo sapiens an seinem 'Exzessivorgan' Hirn zugrunde, so wie einst der Säbelzahntiger in eine Sackgasse der Evolution geraten ist?" Die ersten Referenten antworteten durch die Bank mit einem mehr oder weniger entschiedenen Ja. Das düstere Ambiente schien auf die Gemüter durchzuschlagen.

Mancher mag es da bereut haben, die zarten und bescheidenen Pflanzen Freude, Sorge um andere, Trost, wie sie der Regensburger Ulrich Hommes an den Schluß seines Referats gebettet hatte, nicht sorgfältiger begossen zu haben. Denn der Befund von Hommes unterschied sich ja nicht wesentlich von dem der reinen Schwarzseher: Es leben Tendenzen im Menschen, „Risiken abzuwälzen und andere für uns schaffen und entscheiden zu lassen; in dieser riesengroßen Bequemlichkeit liegt vielleicht die größte Bedrohung unserer Freiheit". Und natürlich findet sich immer jemand, der gegen ordentliche Bezahlung – und sei es unter Preisgabe der eigenen Persönlichkeit und Freiheit, die man zu überschreiben hat – die Aufgabe des „Bluthunds" übernimmt.



Warnung vor totalitärer Friedenspropaganda: Ernst Topitsch auf dem Salzburger Orwell-Symposion FOTO: ERNST GOTTMANN

Schnell war auf dem Podium das Stichwort Ideologie gefallen. Von der Abschleifung dieses Gebildes im klassischen Sinn, das jeweils paradiesische Zustände verheißt und doch nur die Macht meint, die zur Errichtung diesseitiger angeblicher Gärten Eden notwendig ist, sprach Ernst Topitsch (Graz). Er warnte davor, die Friedenspropaganda unserer Tage nicht auch auf dem Hintergrund totalitären Machtstrebens zu sehen; sie folge nur allzu oft dem Prinzip: sprich vom Frieden, wenn du den Krieg willst oder auf gewaltsame Unterwerfung aus gehst!

Die Sprache, auch das wurde in Salzburg vorgeführt, ist ein vorzügliches Mittel, Untergangstimmung zu erzeugen und dabei die Wörter vielsinnig einzusetzen: „Wörter werden zu Lügendetektoren", sagte Erwin Chargaff, Biochemiker aus den USA, und wies als „Altösterreicher unter anderen" auf Karl Kraus hin. Der Wiener Peter Kampits brillierte ebenfalls mit Kraus, und zwar mit dessen Bonmot: „Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben, man muß auch unfähig sein, sie auszudrücken."

Dem entsprach auf keinen Fall Jewgenij Samjatin, beteiligt an der legendären Meuterei auf dem Panzerkreuzer Potjemkin, der einen Vorläuferroman zu Orwells „1984" schrieb: „Wir". Diese Zukunftsprosa war also schon 28 Jahre alt, als sich der britische „anarchoide Sozialist" Eric Blair zu „1984" an den Schreibtisch setzte. Wobei man fragen muß, ob ohne dieses Datum der Roman, dessen literarische Qualität in Salzburg niemand lobte, mit seinem ursprünglichen Titel „Der letzte Mensch in Europa" heute noch gelesen würde.

Leopold Kohr (Salzburg) war der einzige in der Runde, der Orwell noch persönlich gekannt hatte. 1937 während des spanischen Bürgerkriegs, erzählte er gutgelaunt, sei ein Herr an seinen Caféhaustisch in Valencia getreten und habe sich so vorgestellt: At any rate, my name is George Orwell."

Kohrs Gedanken gingen zur „Massengesellschaft"; von dieser komme das eigentliche Verderben, freilich nicht der Untergang. Es zeige sich wieder und wieder, daß der Mensch – begibt er sich seiner Ganzheit, seiner Integrität, läßt er zu, daß sich andere seiner ureigenen Pflichten bemächtigen – sich selbst an einen Felsen schmiede, so wie weiland der Sonnenfeuerdieb Prometheus zur Strafe an den Felsen geschmiedet worden sei: Hüben drücke den Menschen von heute die Maschine nieder, die er selbst erfunden und der er aus Bequemlichkeit und Dummheit seinen Geist ausgeliefert habe, drüben halte ihn die Neusprache nieder: Friede bedeutet Krieg, Liebe Haß usw. usw.

Blieb ein Wort zur Angst zu sagen, zu dem sehr oft nur irrationalen Gefühl, das man aber allein aus Desorientierung nicht zu deuten vermag. Man war sich in Salzburg einig, daß viele Alternativenbewegungen, ob sie nun gegen ein Kernkraftwerk oder eine neue Straße, gegen ein Flußkraftwerk oder für die Abrüstung eintreten, von einer dräuenden Gewitterwolke, von einem noch gestaltlosen Grauen der Zukunft bestimmt würden.

Darüber dürfe man nicht spotten. Denn genau darauf ziele jegliche Ideologie ab: Daß der Mensch den Überblick verliert, daß er sein Weltbild nicht mehr selbst durch eigene Erfahrung erarbeiten kann, daß er es „second hand" vermittelt bekommt. In dieser Vermittlung vermute: der Mensch, sehr oft mit Recht, wie der Gang der Geschichte zeigt, Narkotika und Sedativa, die seine Wachheit zu Gunsten fremder Machtgelüste einschläfern sollen.

Robert Jungk (Salzburg/Berlin) hätte an dieser Stelle Chancen zu einer wirksamen Intervention gehabt oder auch Günter Altner (Heidelberg). Aber sie nahmen nicht auf, was etwa Günter Rohrmoser (Stuttgart) und zum Teil auch Ernst Topitsch leider fast ganz liegengelassen hatten: die sorgfältige Analyse der gegenwärtigen Situation.

So bezog allenfalls Karl Markus Michel (Berlin), satirisch selbst Literarisches anbietend, zur gegenwärtigen Hochkonjunktur der Untergangsliteratur Stellung: Erst als die Hoffnung sich mit der Praxis, der politischen Aktion, verbunden habe, sagte er, sei aus dem utopischen Heil das reale Unheil geworden, sei das Denken in den Mahlstrom des Untergangs geraten.

FRANZ MAYRHOFER



Eingeklemmt im Schacht des Aufzugs und der Gefühle: Götz George in dem Thriller „Abwärts" FOTO: CINEVOX

Film: Carl Schenkels „Abwärts" mit Götz George

Fahrstuhl zur Hölle

Thriller haben eine so lange Tradition, die praktisch alle bombensicheren Versatzstücke und dramaturgischen Tricks offengelegt hat, daß es einen nicht mehr wundern kann, wenn das Gros des Genres passabel gelingt. Bei Thrillern deutscher Provenienz lebt man allerdings immer wieder in der Furcht vor der Langeweile: Zu viele dilettantisch gebastelte Stories mit faden Schocks und trostlosen Trivialitäten haben uns da von Kino-Leinwand oder TV-Scheibe das Gähnen gelehrt.

Was Carl Schenkel, der 36jährige Filmemacher aus Bern, der u. a. auch bei Staudte assistierte, zum Thema seines zweiten in der Bundesrepublik gedrehten Films „Abwärts" gemacht hat, ist zwar nicht brandneu, garantiert aber immerhin ein nicht unbeträchtliches Maß an professionell inszenierter Psycho-Spannung. Vier Menschen, drei Männer und eine Frau, die an einem Freitagabend in einem Bürohochhaus-Lift in 120 Meter Höhe eingeschlossen sind, werden bei reißenden Seilen und vergeblichen Ausbruchsversuchen in einen Abgrund von Aggressionen, Haß und Todesangst getrieben. Hier zeigt jeder bald sein wahres Gesicht: der großmäulige Macho und Besserwisser (Götz George) ebenso wie der schweigsame Buchhalter (Wolfgang Kieling), der kesse No-Future-Boy (Hannes Jaenicke) ebenso wie die coole, karrieresüchtige Blondine (Renée Soutendijk).

Der Mensch als des Menschen schlimmster Feind. Im Fahrstuhl zur Hölle ist kein Rost erforderlich – die Hölle, das sind die anderen. Das hat bekanntlich Sartre in seinem Drama „Huis clos" gesagt, und Schenkel scheint das als Motto vor Augen gehabt zu haben. Wenn es in seiner „Geschlossenen Gesellschaft" letzten Endes auch handgreiflicher zugeht. Beim Zweikampf auf dem Fahrstuhldach stürzt der eine metertief ab, man geht mit Schraubenschlüsseln und anderen Mordinstrumenten aufeinander los, und beim Handgemenge mit dem Alten fliegt aus dessen Köfferchen wie ein Rififi-Schwalbenschwarm eine halbe Million in allerschönsten Scheinen heraus.

Das hat Schenkel, wie bei seinem Erstling „Kalt wie Eis" nur auf ein Low Budget gestützt, mit handwerklichen Können, mit Tempo und Sorgfalt in Szene gesetzt. Im „Action"-Bereich ist in kräftigen Spannungscrescendi und klaren Zäsuren alles sauber auskomponiert. Zwar nicht immer so, daß einem das Herz still zu stehen droht, aber doch mit wachem Sinn für nervenkitzlige Situationen.

Sträflich vernachlässigt hat Schenkel, der hier auch als sein Drehbuchautor fungiert, allerdings das, was einen Action-Psycho-Thriller erst über Konfektionsware erhebt: den psychologischen Feinschliff der Figuren, der dem Geschehen Schärfe und überzeugenden Unterbau gibt. Tiefgründig ist in „Abwärts" nur der Fahrstuhl-Schacht. Was den Protagonisten als Motiv ihrer ekelhaften Aggressionen, Skrupellosigkeit und Frustrationen mitgegeben ist, bleibt vordergründig, modische Applikation. Da wird die Furcht vor Arbeitslosigkeit für den miesen Geldraub, der Aufmarsch der Computer und der jüngeren Arbeitskräfte für moralisches Versagen verantwortlich gemacht. Schicksale wollte Schenkel zeigen, doch zeigte er nur schicke Folien. Als Drehbuch-Erfinder macht er in diesem Film eine sehr matte Figur.

Götz George, der mit „Abwärts" aus seinem „Tatort"-Gefängnis auszubrechen trachtet, ist eine erstaunlich subtile Schattierung seiner Rolle gelungen. Was das Drehbuch ihm vorenthielt, erfand er in sensiblen Wandlungen hinzu.

KLÄRE WARNECKE

JOURNAL

Forschungen über die Musik bei Shakespeare

dpa, Bochum

Wissenschaftler bereiten zur Zeit mit Computerhilfe den ersten umfassenden „Shakespeare-Musik-Katalog" vor. Das wurde auf der Jahrestagung der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft West mitgeteilt, die in Bochum zu Ende gegangen ist. Nach Ansicht eines der Beteiligten an der Katalogarbeit, Prof. David S. Thatcher von der Universität Victoria (Kanada), sei kein anderes Dichterwerk so oft für Oper, Ballett und Chorgesang vertont worden. Darum hat sich seine Universität laut Thatcher die Aufgabe gestellt, bis 1988 in fünf Bänden alle entsprechenden Musikstücke, darunter auch unveröffentlichte, unvollendete oder fälschlich zugeschriebene zusammenzustellen.

Lagerhaft für russischen Literaturwissenschaftler

DW. Leningrad

Der 39jährige Literaturwissenschaftler Michail Mejlach ist – wie erst jetzt bekannt wurde – am 24. April in Leningrad zu sieben Jahren Lagerhaft und fünf Jahren Verbannung verurteilt worden. Der Wissenschaftler wurde unter dem Vorwurf der „antisowjetischen Agitation und Propaganda" zur Höchststrafe verurteilt. Dabei wurde ihm offenbar die Veröffentlichung einer wissenschaftlichen Arbeit im Ausland zur Last gelegt, der Besitz „unerlaubter" Bücher sowie der Kontakt zu ausländischen Kollegen.

Grass in die Jury der Venedig-Biennale berufen

dpa, Venedig

Der deutsche Schriftsteller Günter Grass ist zum Mitglied des Preisgerichts berufen worden, das über die Vergabe der „Goldenen Löwen" bei der diesjährigen Film-Biennale von Venedig (27. 8. bis 7. 9.) entscheiden wird. Die Biennale-Verwaltung ernannte gleichzeitig den italienischen Regisseur Michelangelo Antonioni zum Präsidenten der internationalen Jury, deren weitere Zusammensetzung noch Gegenstand von Verhandlungen ist.

Japanisches Palais wird in Dresden restauriert

AP, Dresden

Das 1732 im Auftrag von August dem Starken fertiggestellte Japanische Palais in Dresden wird gegenwärtig originalgetreu restauriert. Um den Sälen und Gängen des Porzellan-Schlosses ihren alten Farbschmuck wiederzugeben, sind alte Baupläne studiert und Vergleiche mit Gebäuden aus dem frühen 18. Jahrhundert angestellt worden. Das im Zweiten Weltkrieg stark beschädigte und 1952 wiederaufgebaute Palais beherbergt Ausstellungen des 1874 gegründeten Sächsischen Landesmuseums.

Museumspreis geht in die Schweiz

AFP, Sargans

Der Europäische Museumspreis ist in diesem Jahr dem Regionalmuseum von Sargans in der Ostschweiz verliehen worden. Die von der historischen Gesellschaft der Stadt im mittelalterlichen Schloß von Sargans eingerichtete Sammlung zeichnet die Geschichte der Region von den Anfängen bis heute nach. Unter den Museen, die bei der Verleihzeremonie in Paris lobend erwähnt wurden, ist auch das Deutsche Schloß- und Beschlägemuseum in Velbert (Rheinland).

Gedichte und Beiträge zur Lyrikdiskussion

DW. Münster i. W.

In Münster findet seit 1979 alle zwei Jahre das sog. Lyrikertreffen statt, zu dem rund 20 deutschsprachige Lyriker und ebenso viele Literaturwissenschaftler und Kritiker eingeladen werden. Das 2. Treffen (1981) ist mit einem Band dokumentiert, der soeben im S. Fischer Verlag, Frankfurt/M., erschienen ist: „Lyrik – Blick über die Grenzen" (365 S., 16,80 Mark). Er enthält neben Gedichten von Wolfgang Bächler, Oskar Pastior, Jürgen Theobaldy u. a. wissenschaftliche Beiträge zur Lyrikdiskussion und ein Verzeichnis von Gedichtbänden, die von 1978 bis 1982 erschienen sind.

Plattendokument von Karlrobert Kreiten

hvl. Düsseldorf

Beim Klavierwettbewerb 1933 in Wien verwies er Dinu Lipatti auf den zweiten Platz, 1934 konnte er auch von Claudio Arrau nichts mehr lernen, in den folgenden Jahren bahnte sich eine steile Karriere für den 1916 geborenen Pianisten Karlrobert Kreiten an. Er galt als eine der ganz großen Klavierhoffnungen Deutschlands – bis die Nazis ihn 1943 in Plötzensee hinrichteten. Das Können Kreitens ist jetzt überprüfbar dank einer in Düsseldorf vorgestellten Schallplatte (Thorofon ATH 259) mit Privataufnahmen aus jener Zeit, u. a. von Brahms' Paganini-Variationen, Schoecks Toccata op. 29/2 und Chopins cis-Moll-Nocturne.

Florenz: Ljubimow inszeniert Verdis „Rigoletto"

Schatten des Tyrannen

Die Oper ist tot. So will es auf den ersten Blick in Juri Ljubimows Inszenierung des „Rigoletto" zur Eröffnung des Maggio Musicale Fiorentino scheinen. Die Bühne ist der Hängeboden, wo die Kostüme all jener Figuren lagern, die Geschichte machten auf jenen Brettern, die die Welt bedeuten. Wie Marionetten ohne Lenker, Figurinen ohne Spieler stehen und hängen sie da, von Colombine bis zum „großen Diktator". Ganz aufgerissen hat Stefano Lazaridis die Bühne des Teatro Communale, sie bis zum Proszenium erweitert, hat über den Brettern ein Gewirr errichtet aus Schwebebrücken mit schmaler Wendeltreppe, Kasperletheater, Verschlägen. Und über all dem thront warnend der Tod. Doch auch er besteht nur aus drei übergroßen Handpuppen.

Wenn aus dem scheinbar improvisierten Spiel, das Juri Ljubimow in dieser Lagerhalle angezettelt hat, am Schluß ernst wird, wenn Rigoletto über der Leiche seiner Tochter kniet, dann rasseln die drei Puppen plötzlich herab wie aufgescheuchte Fledermäuse und bilden zusammen mit den Totengerippen, die sich aus dem Dunkel lösen, die optische Entsprechung zum Fluch Monterones, der hier in Erfüllung ging. Das ist ein überdeutliches Schlußtableau für eine Inszenierung, die vor allem durch Skandalgerüchte von den Proben Staub aufgewirbelt hatte.

Sängerabsagen, Umbesetzungen beim Dirigenten und entsprechende Kommentare der lokalen Presse schufen ein aufgeheiztes Klima, schürten die Lust des Publikums, den Regisseur, der die Ursache all dieser Querelen war, fertigzumachen. Das Ergebnis war weit entfernt von einem Skandal, und Verdi fühlte sich ganz sicher nicht, wie das Publikum lautstark höhnte, in seiner Grabesruhe gestört. Ljubimow verlangt nichts Unmögliches von seinen Sängern, stellt weder sie noch die Geschichte auf den Kopf.

Wie bei all seinen Inszenierungen sucht er einen heutigen Ansatzpunkt, um sich an den Kern der Aussage heranzutasten, wobei sein Glaube an die Oper nicht ungebrochen ist, es nicht sein kann. Widersprüchliches und Brüche finden deshalb auf der Szene ihre Entsprechung. In dem Magazin wird also Oper gespielt. Die Figuren nehmen ihre Attribute von den Puppen, beginnen mit der vorgegebenen Handlung. Deutlich, überdeutlich wird Hugos Drama im Detail abgehandelt. Die Angelpunkte der Handlung, charakterisierende Phrasen der Protagonisten, werden aus dem Kasperletheater herausposaunt.

Das Drama als ein Spiel mit Kostümen, mit Verkleidungen, die gleichzeitig Machtattribute sind, macht Ljubimow deutlich. Verläßt Rigoletto den Kreis der Höflinge und geht nach Hause, so vertauscht er seine Kappe mit einem Filzhut, seine Narrenjacke mit einem Mantel.

Einer der schönsten Momente ist Gildas Begegnung mit dem Herzog. Er unten in der Mitte der Bühne, sie auf ihrer Schaukel hoch über ihm. Wie in einer amerikanischen Tanzrevue zaubert der Herzog durch seinen Gesang die Angebetete zu sich, schaukelt sie sich in sein Herz. Auf dieser Schaukel findet Rigoletto am Schluß seine tote Tochter. Der Narr hat nichts dazugelernt, er wird immer der Unterlegene sein. Wie erbarmungswürdig ist er, wenn er wie der kleine Charlie Chaplin vor den Höflingen herumstolpert!

Dieser Rigoletto ist ein hastendes Nachtstück, ein gehetzter Lauf um persönliches Glück im Schatten des Tyrannen. So kühl, fast eiskalt, rücksichtslos vorandrängend, dirigiert Hans Graf die Musik, die hier von einer schneidenden Schärfe ist. Graf hat die Oper in Martin Chusids Edition schon Muti in Wien nachdirigiert und merklich vom Vorbild gelernt.

In Wien war Peter Dvorsky als Herzog vorgesehen, in Florenz sang er ihn jetzt, kraftstrotzend seine kostbare Stimme forcierend, viele Feinheiten aber vernachlässigend und über Koloraturen stolpernd, aber eben so auftrumpfend und unsympathisch, wie die Rolle sein sollte, doch nie ist. Die Konkurrentin vor der Tür, das veranlaßte Edita Gruberova, ihre Absage zurückzunehmen und doch die ersten Aufführungen zu singen. Florenz durfte sich also an dieser heute unvergleichlichen Rolleninterpretation erfreuen und sie gebührend feiern. Der Dritte im Bunde aus Preßburg war Georg Tichy, der sich als Rigoletto einige Unmutsäußerungen des Publikums gefallen lassen mußte, doch konnte er durch das ehrliche, anrührende Spiel überzeugen und durch die Stimme, die trotz gewisser Beschränkungen ihr Bestes gab, vor allem den Herzton der Verzweiflung traf. Voll gültig waren Kurt Rydls Sparafucile und Livia Budais Maddalena.

ROLF FATH

Schaffhausen: Neues Haus für Gegenwartskunst

Raumgreifendes Kapital

Es ist schon etwas dran, an dem Liedvers und an dem Naturgesetz: Alles neu macht der Mai. Zumindest gilt das für die Schweizer Stadt Schaffhausen, wo soeben eine der bedeutendsten Sammlungen internationaler Gegenwartskunst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Die Ausstellung, deren Werke vornehmlich der Minimal- und Concept-Art zuzuordnen sind, wird weit über die helvetischen Landesgrenzen hinaus Aufsehen erregen, zumal sie in einer ausgedienten Fabrik untergebracht ist. Es sind die „Hallen für neue Kunst".

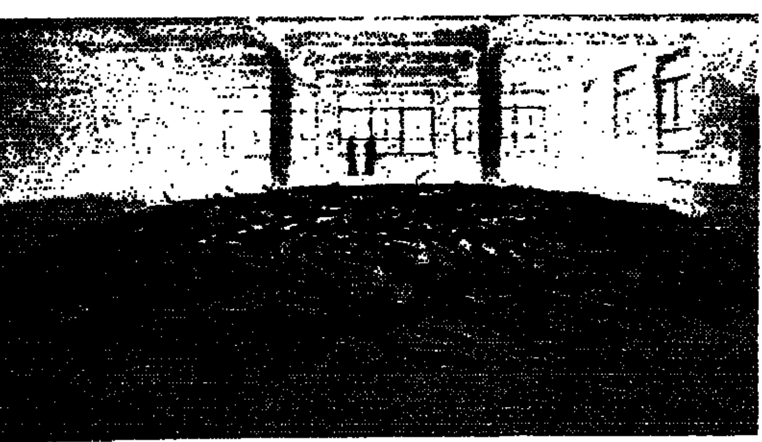
Doch nicht nur der Ausstellungsort, auch der ganze Rahmen ist auf verlockende Weise ungewöhnlich: Die Ausstellung währt fünf Jahre lang. Dennoch gab es keine großangekündigte spektakuläre Vernissage. Man vertraut auf den Wert der Stücke und vielleicht auch ein bißchen auf den phantasievollen Namen der Sammlung: CREX.

Zehn Jahre ist es her, daß sich auf Initiative des Bildhauers und Ausstellungsmachers Urs Raussmüller eine Handvoll Geschäftsleute entschlossen hat, der zeitgenössischen Kunst unter die Arme zu greifen. In absoluter Eigenverantwortung konnte Raussmüller eine Unzahl Werke erwerben, die bereits heute für die Kunstgeschichte von revolutionärer Bedeutung sind. Werke von Carl Andre, Donald Judd, Sol LeWitt, Richard Long, Bruce Nauman u. a. Trotzdem: Nicht mit schillernden Namen wollte man auftrumpfen, auch keine krisensichere Kapitalanlage begründen. Vorrangiges Ziel der gesamten Sammlertätigkeit war es, den Werken eine dauerhafte Existenz und den Künstlern selbst eine solide Schaffensgrundlage anzubieten.

Viel Wert legte Raussmüller zudem auf eine dem jeweiligen Künstler angemessene Repräsentation seiner Arbeiten. „Viel zu viele Museen haben irgendeinen Beuys, vielleicht einen Mario Merz", so Raussmüller, „wir aber zeigen entweder Werke von zentraler Bedeutung oder eben genügend Arbeiten eines einzelnen Künstlers, um ihn ins richtige Licht zu rükken." So verwundert es nicht, wenn man in Schaffhausen das Beuyssche „Kapital" – vom Meister eigenhändig arrangiert – oder etwa dreißig Bilder von Robert Ryman vorfindet.

Ein großer Teil der Sammlung wird nun in den 5000 Quadratmeter umfassenden Fabrikhallen der ehemaligen Kammgarnspinnerei in Schaffhausen sein Zuhause haben. Weil vorerst keine konkreten Sanierungspläne bestanden, hat die Stadt ziemlich spontan diese Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Mit minimalen, teils öffentlichen, teils privaten Mitteln wurden die riesenhaften Hallen für ihren musealen Zweck herausgeputzt. Mehr noch: Der Raum, seine Ausdehnung, seine Dimensionen sollten einen direkten Bezug zur ausgestellten Kunst ermöglichen. So wurden denn die meisten Künstler eingeladen, ihre Werke in den Hallen neu aufzubauen oder – wie etwa Jannis Kounellis – völlig neu zu gestalten. Der Eindruck dieser so entstandenen „Raumkunst" ist in der Tat überwältigend und sucht seinesgleichen. Jeder Liebhaber zeitgenössischer Kunst wird also bei seiner nächsten Reise in die Schweiz gut daran tun, in der Stadt am Rheinfall einen Halt einzulegen.

MARTIN WYSS



Maßstäbe durch Dimensionen: Installation von Richard Long in den „Hallen für neue Kunst" in Schaffhausen FOTO: ALAIN STOUDER

Ruhrfestspiele: Brechts „Tage der Commune"

Zusammenhänge in Rosa

Wenn die Delegierten die Trennung von Staat und Kirche verlangen, gibt es Beifall bei den Ruhrfestspielen in Recklinghausen. Fordern sie jedoch im nächsten Atemzug, man solle folglich die Kruzifixe aus den Klassenzimmern der Schulen entfernen, dann fällt dem gewerkschaftlichen Publikum Polen ein – und es schämt sich.

Der Gedanke entstand in Paris, erfährt man bei dieser Gelegenheit, während der ersten „Volksdemokratie". Bert Brecht feierte sie in seinem letzten Stück von 1949, „Die Tage der Commune". Deren Aufstieg und Fall werden beschrieben, genau festgelegt auf Stunde und Tag zwischen dem 22. Januar und dem 28. Mai 1871. Etwas besseres ist der Theatertruppe der Festspiele für ihre erste Produktion dieses Jahres nicht eingefallen.

Die Festspielzeitung erklärt des langen und breiten, daß jene historische Episode „aus der Sicht der kleinen Leute" geschildert werde. Das ändert aber wenig daran, daß Brechts ganz und gar undramatischer Bilderbogen nichts als törichte Kleinbürger vorführt. Sie lassen den Staatsschatz entführen, sie kassieren keine Steuern mehr und können ihre Leute folglich nicht entlohnen, sie schaffen das Beamtentum ab – und wundern sich, daß keiner mehr zum Dienst erscheint.

Für Brecht waren die Prinzipien der Commune, „das Recht zu leben" oder „die Freiheit des einzelnen", bare Humanitätsduselei. „Wir hätten nur einen einzigen Punkt statuieren sollen: *Unser* Recht zu leben", heißt es einmal. Von Rosa Luxemburgs „Freiheit des anderen" keine Spur, Brecht läßt keinen Zweifel daran, daß er unter der „Diktatur des Proletariats" tatsächlich auch Diktatur versteht und daß diese „zum Terror allein das Recht" habe. So ergibt sich ein wahrhaft unsägliches Spektakel.

Der Theaterchef der Ruhrfestspiele hat das inszeniert, Wolfgang Lichtenstein, der das Unstück schon einmal, 1974, in Kassel auf die Bühne stellte. Jetzt traut er der zähnefletschenden Treuherzigkeit der Vorlage offenbar nicht mehr ganz. Aber dem Publikum traut er auch nicht.

Er ändert den Text, er übersetzt Fremdwörter, den als Nonne verkleideten Spion läßt er kurzerhand erschießen. Außerdem fügt er einen rosagewandeten Conférencier ein, der dem Parkett die Zusammenhänge erklärt, merkwürdigerweise aus der Sicht des nach Versailles geflohenen Bürgertums.

Dramatik freilich oder auch nur dialektische Brechung der Handlung stellt sich nicht ein. Rein gar nichts wird aus dem Einfall gewonnen, Bismarck und den französischen Regierungschef Thiers von Frauen darstellen zu lassen, in Masken allerdings, die der Regisseur ausnahmslos auch allen „Kapitalisten" verpaßt hat – das Publikum weiß dann gleich, woran es ist.

Das ist auch nötig, denn es gibt keine Dekorationen, und die riesige Bühne verschluckt den Schall – mit der überraschenden Folge, daß der tüchtige Regisseur das gut 30 Meter tiefe Haus einfach leerstehen und in der ersten Parkettreihe spielen läßt. Solche Überdeutlichkeit fordert indes einen verheerenden Tribut: Das ohnehin banale Stück verkommt zum Krippenspiel.

KATHRIN BERGMANN

Ein Teenager ohne Hoffnung wurde zum Twen mit Zukunft

Von KLAUS WOHLT

In der südaustralischen Wüste bei Woomera verwehten Europas frühe Hoffnungen: Die Versuche, vor 20 Jahren, am 5. Juni 1964 begonnen, eine eigene Rakete für Satellitenstarts zur Funktionsreife zu entwickeln, schlugen damals fehl. Die frischgebackene Organisation Eldo (für die Raketen-Entwicklung) stellte zwar schon einen Monat nach ihrer offiziellen Gründung am 9. Mai eine Rakete auf die Startrampe. Aber die Qualifikationstests in Australien und – ein einziges Mal – in Kourou in Französisch-Guayana waren bestenfalls Teilerfolge. Das Projekt krankte an der Halbherzigkeit der Politiker und an der Eigenbrötelei der Konstrukteure, es starb schließlich Anfang der 70er Jahre einen stillen Tod.

Trotzdem tragen heute europäische Raketen von Kourou aus Satelliten in die Umlaufbahn, stehen in den Auftragsbüchern der (privaten) Gesellschaft Arianespace Anmeldungen für etwa 30 Satellitenstarts. Zielstrebige Franzosen hatten nach der Liquidierung des ersten Raketenprogramms darauf bestanden, daß Europa sich auch im All seine Unabhängigkeit von den Raumfahrt-Großmächten bewahren, einen eigenen Träger entwickeln sollte, eben die Ariane.

Der damalige Forschungsminister der Bundesrepublik Deutschland, Klaus von Dohnanyi, heute Hamburger Bürgermeister, war einer der erbittertsten Gegner dieses Projektes. Er setzte auf die Zusammenarbeit mit den Amerikanern, wollte – unter äußerst ungünstigen Konditionen – das Raumlabor Spacelab für den US-Raumtransporter beisteuern. Aber Paris setzte sich durch. Nur widerwillig akzeptierte Bonn die Ariane als Programm der neuen, für Träger und Satelliten zuständigen Raumfahrtagentur Esa. Der deutsche Beitrag war denn auch eher bescheiden: Gerade 340 Millionen Mark wollte Bonn zu den Gesamtkosten von 1,5 bis 2 Milliarden beisteuern. Entsprechend gering fiel auch der deutsche Entwicklungsanteil aus.

Auch dieses Projekt war nicht frei von Rückschlägen, wieder gab es Fehlstarts, wie schon bei der Europa-1-Rakete. Aber es gab auch Erfolge, und sie überwogen. Die Erprobungs- und die Demonstrationsphase der Ariane ist abgeschlossen. Am 22. Mai soll die Europa-Rakete erstmals gegen Bezahlung einen Satelliten in den Weltraum tragen. Verantwortlich wird dann Arianespace sein, der die Esa das Programm übertragen hat. Nur die Weiterentwicklung zu den leistungsstärkeren Versionen Ariane 2 bis 4, die bis zu vier Tonnen schwere Trabanten auf eine elliptische Übergangsbahn schießen können, bleibt bei der Esa.

Während also der Weg zu eigenen Satellitenträgern für die Europäer lang und steinig war, haben sie sich beim Satellitenbau schnell die Anerkennung der Amerikaner und der Sowjetunion verschafft: Zwar war die Alte Welt auf die Starthilfe der Amerikaner angewiesen, aber ihre Weltraumspäher arbeiteten zuverlässig, blieben – wie etwa die Sonnensonden Helios oder die Nachrichten-Versuchssatelliten vom Typ Symphonie – weit über die geforderte Lebensdauer hinaus funktionsfähig. Europa hat erfolgreiche Forschungssatelliten entwickelt, Meteosat liefert seit Jahren Wetter-Bilder und -Daten. Die neue Generation von direktsendenden Nachrichtentrabanten neiden selbst die USA der Alten Welt.

Bei den Satelliten war freilich schon die zugleich mit der Eldo gegründete Organisation Esro erfolgreich, die Anfang der 70er Jahre ebenfalls in der Esa aufging. Während die nationalen Egoismen sich bei der Trägerrakete Europa 1 auch in der Technik hatten durchsetzen können, schaffte die Esro klare Verantwortlichkeiten. Hauptauftragnehmer wurden bestimmt, die das Konzept auf einen Nenner brachten.

Klaus Iserland, beim letzten Fehlstart der Europa 1 Eldo-Startdirektor in Kourou, ist heute technischer Direktor von Arianespace. Er erinnert sich noch der bangen Sekunden, als knapp zwei Minuten nach dem Abheben der Rakete der Kontakt verlorenging, keine Daten mehr zu den Empfängern im Startbunker gelangten. Beobachter hatten durchs Fernglas ein Aufblitzen gesehen, es für eine Stufentrennung gehalten – aber es war die Explosion. Nur ein Kinotheodolit auf den Teufelsinseln hatte die Katastrophe im Film festgehalten, er war Ausgangspunkt für die Fehlersuche. Trotzdem führte Iserland das Original den Journalisten vor, die den Erfolg beobachten wollten und den Fehlschlag erlebten, machte ihnen an den Datenbändern die Schwierigkeit deutlich, den Ursachen auf die Spur zu kommen. Vergebens, die Politiker stoppten das Programm.

Kourou, seinerzeit außer für den einzigen Start der Europa 1 nur für französische Versuche genutzt, ist längst aus dem damals verhängten Dornröschenschlaf erwacht. Die Intervalle zwischen den einzelnen Ariane-Starts werden kürzer, und vom nächsten Jahr an steht eine zweite Startrampe zur Verfügung. Europas Trägerrakete, lange nur als Prestige-Objekt der Franzosen bekrittelt, ist auf dem besten Wege, zum Exportschlager zu werden.

Unterhalb von London, in Höhe der alten Woolwich-Docks, erhebt sich das gewaltige Sperrwerk aus der Themse - ein Weltwunder? FOTO: DPA

Königlicher Knopfdruck bewegt ein Bollwerk

Milliardenteures „Weltwunder" in der Themse soll London vor der lange befürchteten katastrophalen Flut bewahren

PETER MICHALSKI, London

Eigentlich wollte „der rote Ken" Livingstone (39), Großlondons republikanisch gesinnter Labour-Oberbürgermeister, die Queen gar nicht dabeihaben. Aber seine königstreue Mutter redete ihm ernsthaft ins Gewissen. Das Ergebnis: Mit großem Pomp und Musikbegleitung fährt Königin Elizabeth II. heute nachmittag 55 Minuten lang die Themse flußabwärts, um in Höhe der alten Woolwich-Docks eine Rede zu halten, auf einen Knopf zu drücken und die „Themsebarriere" einzuweihen. Mit der Queen und Prinz Philip zusammen an Bord der königlichen Hafenbarkasse: Witwe Ethel Livingstone (69) im dreiteiligen, rosa- und beigefarbenen Kostüm mit passendem Federhütchen.

Kostüm und Kopfbedeckung hat sie eigens für diesen Anlaß erstanden. Schließlich ist das mattsilbern scheinende Jahrhundertbauwerk das größte beweglich Flußsperrwerk der Welt – „das achte moderne Weltwunder", wie Livingstones Großlondoner Stadtverwaltung (immerhin mit einem Fragezeichen dahinter) formuliert. Voraussichtlich wird es das letzte Weltwunder von Frau Livingstones Sohn sein, denn die britische Regierung ist entschlossen, die gesamte Großlondoner Stadtverwaltung in zwei Jahren abzuschaffen.

Während die Administration ihrem Untergang entgegengeht, soll die Flutsperre die sechs Millionen Einwohner vor einem ähnlichen Schicksal bewahren. Spätestens 30 Minuten nach dem königlichen Knopfdruck ist auch das letzte der zehn Mammuttore geschlossen und riegelt den 520 Meter breiten Fluß bis zu einer Höhe von 16 Meter ab. Im Ernstfall braucht London dann keine Angst mehr vor einer Flutkatastrophe zu haben.

Die Gefahr einer solchen Katastrophe wuchs nämlich von Jahr zu Jahr. Seit dem Ende der letzten Eiszeit hat sich die britische Insel in eine schiefe Ebene verwandelt: Der Norden hebt sich immer weiter aus dem Meer, während der Südosten alle zehn Jahre um drei Zentimeter tiefer rutscht. Die Hauptstadt sinkt noch schneller, weil dichte Besiedlung und Industrialisierung den Boden ausgetrocknet haben. Die Flutpegel in London liegen heute einen dreiviertel Meter höher als vor hundert Jahren. Gleichzeitig werden die Sturmfluten immer höher.

Schon bei der letzten schweren Flutkatastrophe vor 31 Jahren ertranken allein am Themse-Unterlauf hundert Menschen. Zwölf Jahre später stand die Themse in der Innenstadt 25 Zentimeter vorm Überschwappen. Bei einem ernsten Übertreten wären eine Million Menschenleben in Gefahr, 250 000 Wohnungen, Häuser und Büros, die Gas- und Stromversorgung, das Parlament, die meisten Ministerien und sogar Scotland Yard. Die U-Bahn wäre mindestens sechs Monate außer Betrieb.

Allein der unmittelbare Sachschaden würde nach Expertenschätzung bei zwölf Milliarden Mark liegen. Deshalb entschloß sich die Stadtverwaltung vor zehn Jahren zum Bau der Flutsperre, deren Kosten damals mit 425 Millionen Mark veranschlagt wurden. Seitdem haben sie sich vervierfacht. Aber wenigstens kann London von heute an ruhig schlafen. (SAD)

Pornofilm führte zur „technischen Panne"

Griechen auf den Barrikaden / TV-Intendant mußte gehen

E. ANTONAROS, Athen

Solche Filmszenen hatten Griechenlands Fernsehzuschauer auf ihren Bildschirmen noch nie gesehen: ein erwachsener Sohn saugte genüßlich an der Brust seiner Mutter. Kurz darauf paradierte ein knappes Dutzend splitternackter Männer vor den Augen der verdutzten Zuschauer.

Der ungewöhnliche Film am Samstag zur griechischen Hauptsendezeit (22 Uhr) blieb „endlos": keine zwanzig Minuten nach Filmbeginn waren die Leitungen des staatlichen Fernsehsenders ERT-2 von den Anrufen empörter Zuschauer blockiert, hundert Anrufe gingen über die Notrufnummern bei der Athener Polizei ein.

Der Film „Die Kugeln sind wie Hagel gefallen", gedreht im Jahr 1977 vom griechischen Avantgarde-Filmregisseur Nikos Alevras und seinerzeit von den Filmkritikern als „sehr aussagekräftig" bewertet, war fest im Programm eingeplant. Der in der Anstalt für die Begutachtung der Filme zuständige Ausschuß hatte ihn ohne Bedenken freigegeben. Doch bereits eine Stunde vor Beginn der Ausstrahlung hatte der im Sender zuständige Redakteur kalte Füße bekommen und TV-Chef Soulis Apostolopoulos zu Hause alarmiert. Der Intendant ließ sich nicht umstimmen: „Halten Sie das Programm ein und blenden Sie immer wieder den Hinweis 'Nicht für Jugendliche' ein."

Mit der Protestwelle konfrontiert, machte Apostolopoulos einen entscheidenden Fehler: Per Telefon wies er seine Leute an, die Ausstrahlung sofort zu unterbrechen. Eine dreiviertel Stunde lang blieben Griechenlands Bildschirme schwarz, weil die Fernsehleute so schnell keinen Ersatz auftreiben konnten. Als kurz nach Mitternacht das Programm des einstigen griechischen Militärfernsehsenders mit einem Musikprogramm fortgesetzt wurde, begründete ein Sprecher die Unterbrechung unwahrheitsgemäß mit einer „technischen Panne".

Diese falsche Erklärung, an der Apostolopoulos auch gegenüber dem für das Fernsehen zuständigen Minister Sakis Peponis festhielt, kostete dem umstrittenen Intendanten seinen Posten. Peponis: „Es ist nicht so wichtig, daß dieser untaugliche Film gezeigt wurde, sondern daß der TV-Chef selbst mir gegenüber von Anfang an nicht die wahren Gründe der Programmunterbrechung gesagt hat."

Der Skandal in der Anstalt ERT-2 ist im Grunde genommen symptomatisch für die Misere des griechischen Fernsehens. Völlig professionell nach westeuropäischem Muster haben die beiden vom Staat kontrollierten Sender zwar von Anfang an nicht gearbeitet. Doch seit der Machtübernahme durch die Sozialisten vor zweieinhalb Jahren hat sich die Lage zusätzlich verschlechtert: es gibt immer wieder neue Intendanten, Programmdirektoren und Nachrichtenchefs. In beiden Sendern haben sich Gruppen von dogmatischen Ideologen eingenistet, die keine Unterhaltungsprogramme und keine Nachrichtensendungen produzieren, sondern ihre linke Propaganda verbreiten wollen. Selbst regierungsnahe Zeitungen beschweren sich über das langweilige Programm. „Da müssen endlich echte Profis ran", forderte jetzt das links von der Mitte stehende Blatt „Eleftherotypia". (SAD)

Wurde Prinz Opfer seiner „Geschäfte"?

SAD, Paris

Edouard-Xavier de Lobkowicz, ältester Sohn des Prinzen Edouard de Lobkowicz und Prinzessin Françoise de Bourbon-Parma, wurde von Unbekannten ermordet. Die Polizei erklärte gestern, der Prinz sei mit zwei Schüssen aus einem Jagdgewehr getötet worden. Die mit einem an einer Kette hängenden Betonklotz beschwerte Leiche des 23jährigen, der seit rund einem Monat als vermißt galt, war schon Ende April in der Seine gefunden worden. Die Familie, eine der bekanntesten und wohlhabendsten der französischen Hauptstadt, hatte nach der Identifizierung am Wochenende zunächst von einem „Unfall" gesprochen.

Über die Hintergründe der Tat herrscht noch Unklarheit. Da die Familie des Ermordeten enge Beziehungen zu Christen in Libanon unterhält, tauchten gestern Gerüchte auf, nach denen Edouard-Xavier de Lobkowicz in Waffengeschäfte verwickelt gewesen sein soll. Aber auch von „schlechter Gesellschaft aus der Drogenszene" war die Rede. Ein Onkel des Prinzen, Sixte-Henry de Bourbon-Parma, aus Spanien ausgewiesener Monarchistenführer, war vor einigen Jahren nur knapp einem Attentat entgangen.

Staatsanwalt ermittelt

AP, Traunstein

Die Staatsanwaltschaft Traunstein hat ein Ermittlungsverfahren gegen Professor Julius Hackethal wegen Verdachts des Totschlags eingeleitet. Ein Sprecher der Behörde erklärte gestern, daß es dabei um den Fall der Sterbehilfe bei der 69jährigen Frau gehe, der in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt hat. Die Ermittlungen seien sehr umfangreich und würden sich über mehrere Monate hinziehen.

Eisige Zeiten

AP, Frankfurt

Nach Angaben der Meteorologen ist eine „typische Eisheiligen-Wetterlage" eingetreten, bei der ein Hoch westlich der Britischen Inseln und ein Tief über Nordfinnland liegt. Die Temperaturen sollen in dieser Woche auf zehn Grad zurückgehen. Es könne sogar verbreitet zu Bodenfrost kommen. Bis zum 12. Mai, dem kalendarischen Beginn der Eisheiligen, soll jedoch „das Schlimmste" überwunden sein.

Decke eingestürzt

dpa, Bielefeld

Nach dem Einsturz eines Daches und einer Klassendecke am Samstag ist gestern eine erst vor zwölf Jahren erbaute Grundschule in Bielefeld-Schildesche von den Behörden vorerst geschlossen worden. Die 270 Schüler und 15 Lehrer sollen im Laufe der Woche in andere Schulen umziehen.

Feuchtgebiet zerstört

dpa, Belgrad

Eines der größten europäischen Feuchtgebiete, die 50 000 Hektar große Sumpflandschaft „Kopacki Rit" zwischen den Flüssen Donau und Drau bei der jugoslawischen Stadt Osijek, ist offenbar zerstört worden. Nach Zeitungsberichten haben Abwasser aus einer Schweinefarm zu einem Fischsterben geführt. Der biologische Zyklus dieser Region ist nach Angaben eines Wissenschaftlers „für Jahrhunderte gestört".

Rhein-Alarm

rtr, Mainz

Von Ludwigshafen bis zu den Niederlanden wurde für den Rhein gestern Umweltalarm ausgelöst, nachdem der Chemiekonzern BASF einen „schwerwiegenden Störfall" in seiner Groß-Kläranlage gemeldet hatte. Nach Angaben der Landesregierung kam es jedoch zunächst nicht zu einem besorgniserregenden Anstieg der Schadstoffbelastung.

WETTER: Kühl

Wetterlage: An der Ostflanke eines Hochdruckgebietes mit Kern über den britischen Inseln wird Kaltluft polaren Ursprungs nach Mitteleuropa geführt.

Deutscher Wetterdienst 7. Mai 1984, nachm.

Symbole: 12 bedeckt, West Stärke 5, 18°C. bedeckt soll. Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Dienstag

Bundesgebiet und Berlin: Anfangs im Alpenraum noch bedeckt und zeitweise Regen, im Laufe des Vormittags – wie schon im übrigen Deutschland – Übergang zu heiterem bis wolkigem und niederschlagsarmem Wetter. Höchsttemperaturen zwischen 10 und 14 Grad. Tiefsttemperaturen Mittwoch früh 3 bis null Grad, örtlich geringer Frost. Schwacher bis mäßiger, tagsüber auflebender Wind aus Nord bis Nordost.

Weitere Aussichten

Heiter bis wolkig, trocken, aber kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	24°
Bonn	8°	Kopenh.	6°
Dresden	5°	Las Palmas	21°
Essen	8°	London	9°
Frankfurt	6°	Madrid	14°
Hamburg	9°	Mailand	18°
List/Sylt	9°	Mallorca	18°
München	12°	Moskau	22°
Stuttgart	10°	Nizza	18°
Algier	23°	Oslo	10°
Amsterdam	9°	Paris	6°
Athen	19°	Prag	13°
Barcelona	17°	Rom	21°
Brüssel	9°	Stockholm	12°
Budapest	23°	Tel Aviv	29°
Bukarest	21°	Tunis	27°
Helsinki	13°	Wien	21°
Istanbul	12°	Zürich	15°

* **Sonnenaufgang am Mittwoch:** 5.40 Uhr, Untergang: 20.58 Uhr, **Mondaufgang:** 13.14 Uhr, Untergang: 3.47 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Auf der Blumeninsel feiert der Chef heute selbst

D. GURATZSCH, Mainau

So ganz kann die Feier vor fünf Jahren nicht nach dem Geschmack des Jubilars gewesen sein. Damals, zum 70. Geburtstag, reisten mehrere hundert Gäste auf die Bodenseeinsel Mainau, um Lennart Graf Bernadotte, dem Präsidenten der Deutschen Gartenbaugesellschaft und Sprecher des Deutschen Rates für Landespflege, zu gratulieren. Auch viel Adel und der Neffe, König Carl Gustav von Schweden, machten ihre Aufwartung. Mag sein, daß der Inselherr und königliche Revoluzzer dabei auch manche Stichelei zu hören bekommen hatte, denn er hatte gerade ein ziemlich poltriges Buch über sein Leben geschrieben.

Heute jedenfalls feiert der rüstige Graf „im engsten Familien- und Freundeskreis". Daß das auch nicht gerade wenig sind, läßt sich leicht addieren: Der Graf hat vier Kinder aus erster, fünf aus zweiter Ehe, und ein Urenkel ist auch schon da.

Um das obligatorische Fest zu seinem 75. wollte der Chef der Blumeninsel allerdings auch seine Leute nicht bringen. Mit ihnen feierte der unorthodoxe Graf gestern abend. Ob er dabei, wie so oft bei ausgelassenen Festen, aber auch sinnbildlich in seinem Leben, auch wieder höchstselbst zum Schlagzeug gegriffen hat, blieb freilich Betriebsgeheimnis.

Hätte er nicht eine Bürgerliche geheiratet, so säße der einzige Sohn des Prinzen Wilhelm von Schweden und der russischen Großfürstin Maria Pawlowna auf dem schwedischen Königsthron. Aber er entschied sich für Karin Nissvandt, die Tochter eines Wirtschaftsprüfers, und verzichtete 1932 auf alle Titel und die Erbfolge.

Das Schicksal hielt für diesen Entschluß eine dreifache Ironie bereit: Heute sind alle Häupter des schwedischen Hofes bürgerlich verheiratet. Der Graf selber ließ sich nach fast 40jähriger Ehe scheiden und heiratete mit 64 Jahren seine 28jährige Sekretärin Sonja Haunz – wieder eine Bürgerliche. Vier Jahre später bat er König Carl Gustav, ihm seine früheren Titel zurückzugeben – und erhielt einen „abschlägigen Bescheid ohne weitere Erklärung". Immerhin verdankt er seiner Tante, der Großherzogin von Luxemburg, daß er seit 1951 wieder den Titel eines Grafen führen darf.



Lennart Graf Bernadotte, Warner und Umweltschützer der ersten Stunde, feiert heute seinen 75. Geburtstag im „engsten Familienkreis". FOTO: DPA

Aber nicht seine Familiengeschichte, sondern sein öffentliches Wirken hat ihn in die Schlagzeilen gebracht. Er gilt als „Grzimek der deutschen Gärtner", als früher Vorkämpfer des Umweltschutzes, als einer der ersten Warner vor Landschaftszersiedelung und Gewässerverschmutzung.

Am Anfang hatte auch hier ein Bruch mit der Überlieferung gestanden: Aus dem privaten Urwald seines Urgroßvaters Großherzog Friedrichs I. von Baden hatte er auf der Mainau ein Blumen- und Blütenparadies gemacht, das heute Anziehungspunkt für zwei Millionen Besucher jährlich ist. Die „Grüne Charta von der Mainau", zahlreiche Garten- und Blumenkampagnen und nicht zuletzt die Nobelpreisträgertreffen in Lindau haben ihm, dem Spiritus rector, jenes Ansehen eingebracht, dessen er zur Durchsetzung von Ideen bedarf.

Heute weiß der Jubilar sein Vermächtnis in den besten Händen: Zu seiner Nachfolgerin und Präsidentin der Deutschen Gartenbaugesellschaft wurde im vergangenen Jahr seine Frau, Gräfin Sonja, gewählt. Die Mainau selbst hat er schon 1974 in eine gemeinnützige Stiftung eingebracht.

ZU GUTER LETZT

Das britische Gesundheitsmagazin „Health Education News" konnte dieser Tage nur mit einer Notausgabe erscheinen - die meisten Redakteure waren krank, wie der Verlag mitteilte.